



WORTPROTOKOLL

**der 59. Sitzung der
XIX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Freitag, 5. März 2010

10.09 Uhr - 16.00 Uhr

Tagesordnung

1. *Aktuelle Stunde zum Thema „Nachhaltige Wege aus der Wirtschafts- und Energiekrise“*
2. *Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend das Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Korruption um Zustimmung zur Auslieferung des Abgeordneten Gerhard Pongracz zur staatsanwaltschaftlichen und strafgerichtlichen Verfolgung wegen der inkriminierten Vorwürfe*

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 9304)

Wortmeldungen zur Geschäftsordnung: Ilse Benkö (S. 9306), Maga. Margarethe Krojer (S. 9307), Ing. Rudolf Strommer (S. 9308) und Christian Illedits (S. 9309)

Aktuelle Stunde (17.)

Aktuelle Stunde zum Thema „Nachhaltige Wege aus der Wirtschafts- und Energiekrise“
(auf Verlangen des Grünen Landtagsklubs)

Redner: Maga. Margarethe Krojer (S. 9311), Ilse Benkö (S. 9316), Wilhelm Heissenberger (S. 9317), Christian Illedits (S. 9319), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 9323), Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (S. 9325), Mag. Josko Vlasich (S. 9326), Mag. Georg Pehm (S. 9328) und Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner (S. 9330)

Verhandlungen

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend das Aufsichtsversagen auf Kosten der burgenländischen Gemeinden und SteuerzahlerInnen (Zahl 19 - 888) (Beilage 1410)

Begründung der Dringlichkeit (S. 9345)

Redner: Maga. Margarethe Krojer (S. 9351), Ilse Benkö (S. 9357), Leo Radakovits (S. 9359), Christian Illedits (S. 9365), Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (S. 9365), Ernst Schmid (S. 9373), Landeshauptmann Hans Niessl (S.9376), Christian Sagarz, BA (S. 9379) und Doris Prohaska (S. 9383)

Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 9388)

Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend das Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Korruption (Beilage 1407) um Zustimmung zur Auslieferung des Abgeordneten Gerhard Pongracz zur staatsanwaltschaftlichen und strafgerichtlichen Verfolgung wegen der inkriminierten Vorwürfe (Zahl 19 - 886) (Beilage 1409)

Berichterstatter: Vinzenz Knor (S. 9332)

Redner: Ilse Benkö (S. 9332), Mag. Werner Gradwohl (S. 9333), Robert Hergovich (S. 9336), Maga. Margarethe Krojer (S. 9340) und Gerhard Pongracz (S. 9342)

Annahme des Beschlussantrages (S. 9345)

Landesregierung

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 9304)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 09 Minuten

Präsident Walter Prior: Einen schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 59. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 58. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat der Abgeordnete Johann Tschürtz entschuldigt.

Ich ersuche die Frau Schriftführerin Andrea Gottweis um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Frau Abgeordnete.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführerin Andrea Gottweis: Einlauf für die 59. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Von der Landesregierung ist

der Beschlussantrag, mit dem der Bericht der Gleichbehandlungskommission für die Jahre 2006 bis 2008 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 19 - 874)(Beilage 1395) eingelangt.

Weiters sind selbständige Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag. Josko Vlasich und Maga. Margarethe Krojer auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Absicherung der Friedensuniversität Schlaining (Zahl 19 - 875) (Beilage 1396);
2. der Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer, Leo Radakovits, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Landesverfassungsgesetzes, mit dem die Burgenländische Gemeindeordnung 2003 geändert wird (Zahl 19 - 889) (Beilage 1411);
3. der Landtagsabgeordneten Paul Fasching, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Pflanzenschutzgesetz 2003 geändert wird (Zahl 19 - 890) (Beilage 1412);
4. der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer und Mag. Josko Vlasich auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend einer Strategischen Umweltprüfung, um das Grundwasser im nördlichen Burgenland zu schützen (Zahl 19 - 891) (Beilage 1413);
5. der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Landesverfassungsgesetzes, mit dem die Burgenländische Gemeindeordnung 2003 geändert wird (Zahl 19 - 892) (Beilage 1414);

ein Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend das Aufsichtsverfahren auf Kosten der burgenländischen Gemeinden und SteuerzahlerInnen (Zahl 19 - 888) (Beilage 1410),

Berichte des Rechnungshofes

1. betreffend den Jahrestätigkeitsbericht 2009 (Zahl 19 - 871) (Beilage 1392) und
2. betreffend Vollzug des Pflegegeldes; Kinderbetreuung; Follow-up-Überprüfung (Zahl 19 - 887) (Beilage 1408),

der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Landwirtschaftlichen Fachschulen Neusiedl am See, Eisenstadt und Güssing (Zahl 19 - 872) (Beilage 1393),

Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz an Landesrat Helmut Bieler (Zahl 19 - 838) betreffend Nachtragsvoranschlag 2009 (Zahl 19 - 873) (Beilage 1394),
2. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 19 - 870) betreffend die geplante Errichtung eines Erstaufnahmezentrums für Asylwerber in Eberau (Zahl 19 - 876)(Beilage 1397) sowie

schriftliche Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer an Landesrätin Verena Dunst betreffend Kinderbetreuungsförderung (Zahl 19 - 877) (Beilage 1398),
2. der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer an Landesrat Helmut Bieler betreffend Verkehrszählungen im Gemeindegebiet von Wulkaprodersdorf (Zahl 19 - 878) (Beilage 1399),
3. der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer an Landeshauptmann Hans Niessl, an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl, an Landesrat Helmut Bieler, an Landesrat Dr. Peter Rezar, an Landesrätin Verena Dunst, an Landesrätin Mag. Michaela Resetar und an Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner betreffend Informationsaktivitäten in Print- und elektronischen Medien (Zahl 19 - 879 bis Zahl 19 - 885)(Beilagen 1400 bis 1406)

eingelangt.

Präsident Walter Prior: Danke Frau Abgeordnete. Die Regierungsvorlage Zahl 19 – 874, Beilage 1395, weise ich dem Rechtsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 19 – 875, Beilage 1396, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 19 – 889; Beilage 1411, Zahl 19 – 892, Beilage 1414 und

die Berichte des Rechnungshofes Zahl 19 – 871, Beilage 1392, und Zahl 19 – 887, Beilage 1408, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz- Budget und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 19 - 890, Beilage 1412, weise ich dem Agrarausschuss und dem Finanz- Budget und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 19 – 891, Beilage 1413, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Umweltausschuss

und den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Zahl 19 – 872, Beilage 1393, weise ich dem Landeskontrollausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 19 – 877, Beilage 1398, und Zahl 19 – 883, Beilage 1404, habe ich der Frau Landesrätin Verena Dunst,

die schriftlichen Anfragen Zahl 19 – 878, Beilage 1399, und Zahl 19 – 881, Beilage 1402, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler,

die schriftliche Anfrage Zahl 19 – 879, Beilage 1400, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftliche Anfrage Zahl 19 – 880, Beilage 1401, habe ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl,

die schriftliche Anfrage Zahl 19 – 882, Beilage 1403, habe ich Herrn Landesrat Dr. Peter Rezar,

die schriftliche Anfrage Zahl 19 – 884, Beilage 1405, habe ich der Frau Landesrätin Mag. Michaela Resetar und die schriftliche Anfrage Zahl 19 – 885, Beilage 1406, habe ich Herrn Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortung von schriftlichen Anfragen Zahl 19 – 873, Beilage 1394, und Zahl 19 – 876, Beilage 1397, den Fragestellern und den Damen und Herren des hohen Hauses übermittelt.

Die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend das Aufsichtsversagen auf Kosten der Burgenländischen Gemeinden und SteuerzahlerInnen, Zahl 19 – 888, Beilage 1410, erfolgt gemäß § 24 Abs. 3 und 6 GeOLT nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung.

Ich gebe nun die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt:

1. Aktuelle Stunde zum Thema „Nachhaltige Wege aus der Wirtschafts- und Energiekrise“;
2. Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend das Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Korruption (Beilage 1407) um Zustimmung zur Auslieferung des Abgeordneten Gerhard Pongracz zur staatsanwaltschaftlichen und strafgerichtlichen Verfolgung wegen der inkriminierten Vorwürfe (Zahl 19 - 886) (Beilage 1409).

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? – *(Abg. Ilse Benkö: Zur Geschäftsordnung!)*

Bitte Frau Kollegin Benkö.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Herr Präsident! ich melde mich gemäß § 66 Abs. 1 GeOLT zur Geschäftsordnung.

Sehr geschätzter Herr Präsident! Die Tagesordnung sieht keine Fragestunde vor. Ihre Begründung dazu glaube ich zu kennen.

Geschätzte Damen und Herren! Gestatten Sie mir folgende Bemerkung: die SPÖ hat eine Sondersitzung des Landtages beantragt. Sie haben diese Sitzung, wie es Ihnen auch gesetzlich zusteht, für heute, Freitag, 5. März, 10.00 Uhr, anberaumt.

Es ist auch richtig, dass diese Einladung zur Sitzung den Abgeordneten ebenfalls gesetzeskonform am Dienstag, dem 2. März, also drei Tage vor der Sitzung, zugestellt wurde.

Sie alle wissen aber, und auch Sie Herr Präsident, dass die wesentliche Aufgabe des Landtages, neben der Gesetzgebung, die Kontrolle ist. Wesentlichster Bestandteil der Kontrolltätigkeit ist natürlich die Inanspruchnahme des Fragerechtes, also, das Recht des einzelnen Abgeordneten an die Mitglieder der Landesregierung Fragen zu stellen.

Mündliche Anfragen müssen spätestens am vierten Tag vor der Sitzung eingebracht werden. Die Fragestunde kann formal nur dann entfallen, wenn es die Präsidiale beschließt. Die Gepflogenheiten in diesem Hohen Haus haben sich leider geändert.

Herr Präsident! Ich habe erwähnt, dass das natürlich Ihr gutes Recht ist. Davon haben Sie Gebrauch gemacht. Ich stelle jedoch die ganze Vorgehensweise in Frage. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es hat keine Präsidialkonferenz gegeben. Das Gesetz sieht diese zwar nicht zwingend vor, es würde jedoch, wie es immer war, dem respektvollen Umgang miteinander und mit den Parteien Rechnung getragen. Meiner bescheidenen persönlichen Meinung nach, haben Sie als Präsident die Interessen des Landtages wahrzunehmen, zu vertreten und auch dementsprechend zu handeln.

Wessen Interessen Sie heute hier wahrgenommen haben, das weiß ich nicht. Jedenfalls haben Sie in diesem Fall nicht die Interessen des Landtages vertreten, weil sonst hätten Sie auf unser Kontrollrecht Rücksicht genommen und hätten die Sitzung so angesetzt und ausgeschrieben, dass es möglich gewesen wäre, eine Fragestunde abzuhalten.

Abschließend, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, noch zwei Bemerkungen:

1. es ist, zumindest für mich, sehr verwunderlich, dass wir den heutigen Sitzungstermin informell bereits in der vergangenen Woche vernommen haben. Sie haben diese Sitzung allerdings erst am Dienstag angeordnet. Offizielle Informationen seitens Ihres Büros waren nicht zu bekommen.

2. das erregt, für mich persönlich, den Schluss, dass es sich nur um einen parteipolitisch motivierten Willkürakt handeln kann, denn man wollte gar nicht, dass der Landtag zu seinem Recht auf Interpellation kommt, und hat im Sinne der SPÖ gehandelt.

Ich ersuche, meine Wortmeldung auch ordnungsgemäß zu protokollieren.

Ich danke.

Präsident Walter Prior: Als Nächstes zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Maga. Krojer. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Zur Geschäftsordnung!)*

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte durch meine Wortmeldung das, was die Kollegin Benkö vorher schon sehr ausführlich gemacht hat, einfach nur bekräftigen.

Auch ich möchte hier heute meinen Protest zum Ausdruck bringen, dass die Interessen des Landtages nicht vertreten werden, und das wir von Ihnen, Herr Präsident, erwarten, dass Sie nicht die Interessen Ihrer Partei hier vertreten, sondern die Interessen aller Abgeordneten. Das ist Ihre Aufgabe und der haben Sie sich auch zu stellen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der zweite Punkt ist ebenfalls die Fragestunde. Wir haben das auch im Vorfeld diskutiert. Es ist eine Tagesordnung mit einem ganz normalen Tagesordnungspunkt. Es ist deshalb verpflichtend, auch eine Fragestunde auf die Tagesordnung zu nehmen.

Wenn eben die Fristen so sind, dann erwarten wir von Ihnen, dass Sie die Fristen so setzen, dass wir die Möglichkeit haben, von unserem Recht Gebrauch zu machen. Es wäre keine Notwendigkeit, und es wäre nicht die Sonne vom Himmel gefallen, hätten wir die Sitzung nicht heute, sondern am Montag gemacht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es sind auch Anträge, und die liegen da, ich kann mich noch erinnern, dass wir im Dezember, sonntags Vormittag, vorgeladen wurden, um zu verhandeln. Was ist jetzt mit der Dringlichkeit von diesen Dingen? In Nacht, Nebel und sonstigen Verhandlungen, in frühen Morgenstunden, ob wir Zeit hatten oder nicht, hatten wir zu erscheinen.

Was ist jetzt damit? Was ist jetzt mit der Dinglichkeit? Das liegt jetzt irgendwo in der Schublade und ist jetzt plötzlich nicht mehr wichtig. (*Abg. Christian Illedits: Schon abgestimmt! – Abg. Matthias Gelbmann: Schon abgestimmt und somit erledigt!*)

Das entlarvt die parteipolitische Taktik, dass es nämlich nicht um die Sache, sondern um Ihre politische Darstellung oder eben darum, wie ich dem Gegner möglichst viel schaden kann, geht. (*Beifall bei den Grünen*)

Präsident Walter Prior: Herr Kollege Strommer? (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Zur Geschäftsordnung!*)

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für jene, die am vergangenen Montag etwas länger hier im Landhaus waren, einer davon war ich, die gesehen haben, dass das Politbüro hell erleuchtet war, welche Autos davor geparkt haben, diese Beobachter haben gesehen, dass es am Dienstag in der Früh Termine geben wird. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Diese Termine sind mitgeteilt worden, ohne vorher in einer Präsidiale, wie die Frau Kollegin Benkö vorher schon ausgeführt hat, Dinge abzusprechen, nämlich nicht nur den Termin einer Landtagssitzung, sondern wie Landtagssitzungen ablaufen.

Denn, es geht doch nicht nur darum, ein Ersuchen der Korruptionsstaatsanwaltschaft in Bezug auf die Auslieferung des Kollegen Pongracz heute abzuhandeln, sondern, es liegen noch sehr viele Dinge in den Ausschüssen, die einer Behandlung zugeführt werden sollen.

Es ist das Landes-Rechnungshofgesetz, nahezu ausverhandelt, wenn nicht sogar schon komplett ausverhandelt. Es ist auch die Geschäftsordnung des Landtages bereits sehr weit gediehen.

Ich könnte mir fast vorstellen, dass wir diese Dinge in einer Runde beschließen könnten. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Sehr geehrter Herr Präsident! Sie haben mit Ihrer Vorgangsweise den Mandataren das Fragerecht in der heutigen Landtagssitzung genommen, indem sie erst drei Tage zuvor zu dieser Landtagssitzung eingeladen haben, Anfragen an Regierungsmitglieder aber vier Tage vorher eingebracht werden müssen.

Das Fragerecht, das Interpellationsrecht, das Mandataren zusteht, ist ein wichtiges Recht.

Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sollten sicherstellen, dass den Mandataren des Hohen Hauses keines Ihrer Rechte genommen wird. Durch Ihre Vorgangsweise ist den Mandataren dieses Recht heute genommen worden.

Zehn Jahre lang haben Sie diesen Hohen Landtag als Präsident geführt. Mit der einen oder anderen Sache waren manche auch nicht immer einverstanden. Im Großen und Ganzen hat das aber funktioniert. Sie haben in den letzten Jahren in der Präsidiale immer auf Konsens gesetzt.

Warum Sie in den letzten drei Monaten Ihrer Präsidentschaft, sehr geehrter Herr Präsident, das nunmehr ändern, weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, ob das Ihre Entscheidung war, diese Landtagssitzung heute einzuberufen, oder ob das eine andere Vorgangsweise gewesen ist.

Tatsache ist, dass wir als ÖVP-Landtagsklub, diese heutige Sondersitzung für uns nützen werden, um eine Arbeitssitzung daraus zu machen.

Wir haben zwei Initiativanträge eingebracht. Einerseits die Änderung der Gemeindeordnung, die, bis auf eine Kleinigkeit, defacto am vergangenen Mittwoch ausverhandelt wurde. Diese Kleinigkeit ist das, was der Kollege Illedits als Begründung für seinen Dringlichkeitsantrag heute eingebracht hat, nämlich, mehr Kontrolle für die Gemeindeprüfungsausschüsse, damit auch die die ausgelagerten Gesellschaften der Gemeinden überprüft werden können. Damit ist die Dringliche defacto nahezu hinfällig. *(Abg. Anna Schlaffer: Eine Entscheidung!)*

Die zweite Sache ist, dass im Seewinkel die Vertreibung von Staren mit Greifvögeln ermöglicht werden soll. Diese gesetzliche Bestimmung ist im Pflanzenschutzgesetz zu ändern. Wir machen also aus der heutigen Sondersitzung eine Arbeitssitzung.

Sehr geehrter Herr Präsident! In Bezug auf diese Vorgangsweise nehmen Sie mein, nehmen Sie unser Missfallen entgegen. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Christian Illedits: Zur Geschäftsordnung!)*

Präsident Walter Prior: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Christian Illedits.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst einmal eine Klarstellung, Herr Klubobmann Strommer. Wenn Sie einmal am Montag länger hier sind, und feststellen, dass der arbeitende Teil der Landesregierung noch hier im Landhaus ist, dann ist das jeden Montag so der Fall.

Das darf ich nur ergänzen. Wir sind jeden Montag bis Mitternacht hier, und arbeiten, weil wir uns dazu verpflichtet fühlen. *(Beifall bei der SPÖ - (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten))*

Zum Zweiten, Sie haben heute nur aufgrund der Einberufung des Sonderlandtages durch die SPÖ die Möglichkeit, Anträge überhaupt einlaufen zu lassen. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Danke!)*

Wenn wir diesen Sonderlandtag nicht einberufen hätten, hätten Sie die Gemeindeordnung wahrscheinlich nie einlaufen lassen können! *(Abg. Ilse Benkö: Hochmut kommt vor den Fall!)*

Weil Ihre Intension ist es, zweifelsohne nicht das hier Diskutierte wie Sie sagen, zu einer Arbeitssitzung zusammenkommen.

Wir haben auch bei der Auflösung des Landtages eindeutig gesagt, dass es weitere Sitzungen geben wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich verwehre mich gegen unwahre Behauptungen. Die unwahre Behauptung ist, wie die Klubobfrau Krojer das in Medienberichten gesagt hat, dass noch viele Anträge zum Bearbeiten vorliegen.

Ich persönlich und wir von der SPÖ haben versprochen, das Landes-Rechnungshofgesetz weiter zu verhandeln und somit auch hier zu beschließen.

Frau Klubobfrau! Ich habe mein Wort gehalten! Wir machen das, und es liegen uns zusätzlich noch Anträge zur weitem Behandlung und Beschlussfassung vor. Es wird uns niemand daran hindern, wenn Sie alle dazu bereit sind. Wir machen das! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bei der Gemeindeordnung hätte die ÖVP beispielsweise schon lange die Chance dazu gehabt.

Jetzt eröffnen wir Ihnen diese Möglichkeit heute hier mit dem Einlaufen, aber auch noch eine weitere Sitzung zu machen, um diese zu beschließen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sollen wir jetzt dankbar sein? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie hätten es aus eigener Intention natürlich nicht machen können, weil wir sonst diesen Landtag nicht gehabt hätten.

Eines ist schon klar: Stellen Sie sich vor, Sie hätten einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Dieser wäre dann zwei Wochen später behandelt worden. Ihre Reaktion hätte ich mir gerne angesehen. *(Abg. Doris Prohaska: Genau!)*

Wenn ich einen Dringlichkeitsantrag zu einer Landtagssitzung einbringe, dann will ich, dass er in kürzester Zeit abgehalten wird. Der Herr Präsident hat deshalb, der Geschäftsordnung entsprechend, regelkonform gehandelt.

Noch zur Ergänzung: Es liegt keine einzige Anfrage im Landtag für eine Fragestunde auf. Sie können jederzeit, sofort und immer Fragen einbringen. Dann wird der Herr Präsident auch das wahrnehmen, dass es wirklich Fragen gibt. Das nur zur Klarstellung. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Meine Damen und Herren! Ich habe die heutige Sitzung aufgrund des § 54 Abs. 4 GeOLT eingeladen, nachdem ein Dringlichkeitsantrag eingebracht wurde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn ein Dringlichkeitsantrag eingebracht wird, erfordert es für die Einberufung keine Tagesordnung.

Zum anderen, war es jedem Abgeordneten unbenommen, auch seit der Auflösung des Landtages, Anfragen in der Landtagsdirektion einzubringen. Bis jetzt ist keine Anfrage eingebracht worden und daher konnte ich keine Fragestunde auf die Tagesordnung setzen. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das stimmt ja so nicht.)*

Zum anderen hat vorige Woche auch die Sitzung des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses stattgefunden, sodass ich der Meinung gewesen bin, wenn schon eine Sondersitzung abgehalten wird, dann könnten wir diesen Tagesordnungspunkt auch gleich in dieser heutigen Sitzung mit erledigen. *(Unruhe bei der SPÖ und den Grünen)*

Meine Damen und Herren, ich glaube, wenn Sie die Geschäftsordnung aufmerksam durchlesen, dann habe ich auf Grund der Geschäftsordnung rechtmäßig gehandelt.

Zum anderen bin ich es gewohnt nicht unbedingt zu verzögern, das überlasse ich anderen, die das wesentlich besser verstehen als ich. *(Beifall bei der SPÖ)*

1. Punkt: Aktuelle Stunde

Präsident Walter Prior: Wir kommen nun zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Aktuellen Stunde zum Thema „Nachhaltige Wege aus der Wirtschafts- und Energiekrise“, die von den Grünen verlangt wurde.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit der Aktuellen Stunde beginnen, möchte ich auf die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung hinweisen.

Zu Beginn der Aktuellen Stunde ist einem Sprecher des antragstellenden Klubs Gelegenheit zu geben, als erster Redner die Meinung der Antragsteller zum Thema darzulegen; Sodann ist je einem Sprecher jener Klubs, denen der erste Redner nicht angehört, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Die Redezeit dieser Redner ist auf jeweils 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung. Jedenfalls aber hat der Präsident die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten für beendet zu erklären.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist pro Wortmeldung auf fünf Minuten beschränkt, wobei die Redezeit aller Mitglieder der Landesregierung zusammengerechnet 35 Minuten nicht übersteigen darf.

Die Redezeit der übrigen Redner ist auf fünf Minuten beschränkt. Außerdem darf sich jeder Redner nur einmal zu Wort melden. Es sei denn, es handelt sich um Mitglieder der Landesregierung.

Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, das bei der Aktuellen Stunde weder Anträge gestellt, noch Beschlüsse gefasst werden können.

Außerdem wird nicht zwischen „Für“- und „Gegen“-Rednern unterschieden, doch hat der Präsident im Sinne des § 64 Abs. 3 GeOLT darauf zu achten, dass die verschiedenen Standpunkte zum Aussprachethema gebührend zur Geltung kommen sowie dass auf die zahlenmäßige Stärke der Klubs und auf einen Wechsel zwischen den Rednern verschiedener Klubs Bedacht genommen wird.

Schließlich, meine Damen und Herren, finden die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung keine Anwendung, das heißt, eine Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung ist nicht möglich.

Wir beginnen nun mit der Aktuellen Stunde.

Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Ihre Redezeit, Frau Abgeordnete, ist wie bereits erwähnt auf 15 Minuten beschränkt.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Die Meldung dieser Woche im „Standard“: Ukraine stoppt Stromlieferungen an die Europäische Union. Einmal ganz etwas anderes, bisher waren wir immer gewöhnt, dass es sich um die Gaslieferungen handelt die gestoppt werden, in die Europäische Union.

Das führt uns wieder vor Augen, in welch unnötigen Abhängigkeiten wir uns befinden und es wird alles, aber alles unternommen, damit es auch so bleibt, wie es ist.

Vieles hat sich in den letzten Jahren in eine falsche Richtung entwickelt. Aus welchem Grund befinden wir uns jetzt mitten in einer Wirtschaftskrise, mitten in einer Finanzkrise, aber auch mitten in einer Klimakrise?

Krise heißt aber auch immer Chancen zu haben, etwas zu ändern um nicht wieder in die nächste Krise zu geraten. Wir müssen auch aus der Vergangenheit lernen, um es in der Zukunft besser zu machen.

Wir haben immer wieder in der Vergangenheit Konzepte gehabt die zukunftsweisend waren. Wir mussten immer sehr geduldig oft zehn, 15 Jahre warten bis etwas umgesetzt wird. Wir haben es x-mal bewiesen. Wenn heute alle Parteien so tun als hätten sie die Windräder, zum Beispiel persönlich erfunden, dann ist das eine sehr interessante Geschichte.

Meine Damen und Herren, Sie setzen heute zum Beispiel mit den Windparks das um, was wir vor zehn Jahren hier schon gesagt haben. Sie können sich vielleicht noch erinnern, an der Stelle vom Herrn Landesrat Falb-Meixner saß damals der Landesrat Kaplan und da habe ich damals diese Windräder hier in der Hand gehabt und habe über Ausbau der Windenergie gesprochen. *(Die Abgeordnete zeigt grüne Papierwindräder.)* Ich habe über Wertschöpfung, über regionale Wertschöpfung gesprochen.

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie ich milde belächelt wurde. Der Herr Landesrat Kaplan hat sich, abgesehen im sehr niedrigen Niveau, oder sehr tiefen Niveau damals auch geäußert, das möchte ich jetzt nicht wiederholen.

Aber was der Kollege Darabos, damals als Klubobmann hier gesagt hat, das *(Abg. Anna Schlaffer: Das möchtest Du schon wiederholen.)* lese ich Ihnen jetzt vor. Weil, das ist nämlich, wenn wir heute von 100 Prozent Windenergie sprechen und wir bitte vor neun Jahren schon diese Konzepte *(Abg. Anna Schlaffer: Warum sagst Du das vom Kaplan nicht?)* vor Augen gehabt haben. *(Abg. Anna Schlaffer: Warum sagst Du nur das vom Darabos?)*

Die Energiewende ist seit Jahren das Top Thema der Grünen. *(Abg. Anna Schlaffer: Das ist parteipolitisch. – Abg. Matthias Gelbmann: Sag das vom Kaplan auch.)*

Was regt Ihr Euch jetzt auf, bitte? *(Unruhe bei der SPÖ – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Es ist ja nur das Protokoll, das diese Sprache spricht. *(Zwischenruf der Landesrätin Verena Dunst.)*

Frau Landesrätin Dunst, ich komme schon noch zur ÖVP, machen Sie sich keine Sorgen.

Die ÖVP hat hier damals im Landtag immer gesagt, wir täten ja so gerne und wir täten ja auch und im Ausschuss haben sie sich ja auch irgendwie bewegt. Aber dann in der Landtagssitzung und ich möchte noch einmal sagen, dass der Herr Landesrat Kaplan und auch der Herr Landesrat Rittsteuer sich wirklich so geäußert haben, als wenn ich hier vom Mond sprechen würde. Also keine Ahnung von Visionen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das stimmt ja überhaupt nicht.)*

Möchte aber... *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ohne Rittsteuer hätte es in Zurndorf keine Windräder gegeben.)*

Na bitte, in Zurndorf, das wissen alle, wer dort Initiator war. Das war der Bürgermeister Suchy der dort Initiator war. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ja. – Abg. Christian Illedits: Der war von der SPÖ.)* Es war der Bürgermeister, der gegen alle Widerstände als „Spinner“ bezeichnet wurde und den man sozusagen dann erst langsam ernst genommen hat. *(Abg. Robert Hergovich: Welcher Partei gehörte der Bürgermeister an?)*

Wenn ich einmal das zitieren darf was der Kollege Darabos gesagt hat und zwar: Die Ausgangslage... *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Robert Hergovich: Wer war der Bürgermeister?)* Hört mir zu! Ihr seid noch so jung, Ihr ward damals noch nicht da, wie wir vor zehn Jahren schon diese Visionen gehabt haben, die Ihr heute umsetzt. Super, ganz super! *(Abg. Robert Hergovich: Welcher Partei gehörte dieser Bürgermeister an?)*

Die Ausgangslage - sagt der Kollege Darabos - war die, der zuständige Landesrat Karl Kaplan, den ich ausdrücklich für die Beschlussfassung zu diesem Gesetz loben möchte - es ging damals um das Burgenländische Elektrizitätswirtschaftsgesetz - hat einen Entwurf ausgesendet, wo zwei Prozent Windkraft vorgesehen waren.

Zwei Prozent! Das waren die Visionen des Herrn Landesrat Kaplan, das waren die Visionen. Und der Klubobmann Darabos sagt, das ist ein super Gesetz, zwei Prozent

Windkraft und na bitte die ÖVP, also die die Klientelpolitik für die Bauern macht. Zwei Prozent Biomasse beim Ökostrom, das war die Vision im Jahr 2001.

Da sind wir hier gestanden und haben schon von ganz anderen Dingen gesprochen.

Der Kollege Darabos sagt dann: Der jetzige Entwurf sieht eine Erhöhung auf drei Prozent Windkraft vor. Also dieser Entwurf geht über den ursprünglichen Kaplan-Entwurf eindeutig darüber. *(Abg. Ewald Gossy: 50 Prozent. – Heiterkeit bei der SPÖ)*

Dann sagt er weiter: Ich *(Abg. Ewald Gossy: Das ist nicht so wenig.)* sage Ihnen - zu mir hat er das gesagt ja - wenn wir diese Windräder alle verwirklichen, dann muss man dazu ja sagen, auch raumplanerisch. Auch in raumplanerischer Frage sind wir gefordert. Wollen wir 120 Windräder auf der Parndorfer Platte? Abgeordneter Thomas: Nein! - Das war die Diskussion im Jahr 2001.

Kollege Darabos sagt zu mir: Sie müssen mir schon erklären, warum ein Windrad in der Größenordnung von 120 Meter und lautstark und so weiter. Warum das so gut und schön und in die Landschaft passt, das müssen Sie mir erklären. 120 Windräder, das wäre eine Katastrophe.

Im ORF-Online stand zu lesen: Der von Wirtschaft-Landesrat Karl Kaplan ausgearbeitete Gesetzesentwurf beinhaltet einen Kompromiss, mit dem die Wirtschaft leben müsse. Jede weitere Belastung hätte allerdings fatale Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort. Milliarden schwere Belastungen würden folgen.

Auf diesem Stand, meine Damen und Herren, waren Sie von neun Jahren. Vor neun Jahren, wo wir zukunftsweisende Konzepte auf den Tisch gelegt haben. Wo wir von Ihnen milde belächelt worden sind und als „Spinner“ irgendwo dargestellt worden sind, die keinen Realitätsbezug haben.

Heute sprechen wir von 100 Prozent Ökostrom. Heute sind das Ziele und alle hier unterschreiben das. Das heißt, Sie waren in der Vergangenheit auch lernfähig *(Abg. Anna Schlaffer: Diese Präpotenz ist nicht mehr zum Aushalten.)* und wir freuen uns, dass die GRÜNEN Konzepte umgesetzt werden. Heute sind GRÜNE Konzepte Realität.

Das Burgenland ist bei der Windenergie Nummer Eins. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Das was Ihr heute sagt, das haben wir schon vor zehn Jahren gesagt.)* Das Burgenland muss sich aber auch weiter entwickeln und wir haben auch die Konzepte, die wir hier seit Jahren immer wieder vortragen.

Wir dürfen nicht hier stehen bleiben und sagen super, wenn wir noch 50 Windräder bauen, dann sind wir das beste und das schönste und tollste Öko-Musterland.

Nein, meine Damen und Herren, das sind schon die Konzepte von gestern. Wir brauchen die Konzepte für morgen und da sind wir schon ganz wo anders. Und hier haben wir viele Dinge auf den Tisch gelegt.

Was ist das Konzept von morgen im Bereich von Energie und im Bereich von regionaler Wertschöpfung? Im Bereich von Arbeitsplätzen - hier sichern. Schauen Sie sich an was wir für Betriebe haben!

Wir fördern Betriebe die kommen und gehen und kommen und gehen. Und wir fördern viel zu wenig unsere eigenen Betriebe. Es ist das ganze Bau-, und Baunebengewerbe, die Installationsbetriebe. Ich habe es hundertmal gesagt, nehmen wir ein Paket und schnüren wir ein Sanierungspaket. Wir haben Vorstellungen auf den Tisch gelegt.

Grüner Sanierungsscheck, Grüner Sonnenscheck, Grüner Ökoscheck, es gibt viele Dinge. Und Sie übernehmen ja schon unsere Terminologie. Grüne Arbeitsplätze sind in aller Munde. Es fällt Ihnen ja nicht einmal ein neues Wort dafür ein, weil eben Grün und Nachhaltigkeit einfach ein und dasselbe ist.

Was machen Sie? (*Abg. Mag. Georg Pehm: Das ist lächerlich.*) Wir wollen, dass in Zukunft jeder einzelne Haushalt energieunabhängig ist. Und das ist möglich. Denn wer heute ein Haus baut und eine Heizung braucht, der hat einen Baufehler gemacht. Es gibt einfach die Möglichkeit ohne viele Heizkosten oder unter Umständen mit gar keinen Heizkosten ein Haus zu erwärmen, warmes Wasser zu haben.

Wir haben so viel Energie, die uns der liebe Gott oder wer auch immer geschenkt hat. Mehr Energie als wir je in unserem Leben und zukünftigen Leben verbrauchen können. Nein, nein wir halten an den alten Dingen fest.

Was tun wir? Wir haben jetzt ein neues Ökostromgesetz das seit 2006 zu Tode reguliert, den gesamten Ökostrommarkt. Jetzt haben wir halt das Glück, dass die BEWAG 50 neue Windräder baut. Super, passt.

Die Frage stellt sich hier nur, wir haben Eignungszonen, wir haben Verbotszonen gemacht, wie wollen wir die Grenzen jetzt noch weiter hinaus schieben? Wir dürfen hier mit dem Naturschutz nicht in den „Klinsch“ kommen.

Wir haben hier ein Vorzeigemodell wie wir das gelöst haben und dieses Vorzeigemodell wird jetzt sukzessive aufgelöst, damit die BEWAG ihre einzige Einnahmequelle, positive Einnahmequelle, verbreitern kann.

Mag so sein. Gut, wir haben es immer argumentiert auch mit wirtschaftlichem Vorteil. Denn da werden wir erst verstanden. Weil Ökologie alleine, ist vielleicht uns genug, aber nicht den anderen, daher die wirtschaftliche Verknüpfung.

Wenn jetzt die BEWAG 50 Windräder baut, dann ist es weiterhin eine zentrale Energieversorgung, eine monopolisierte Energieversorgung. Das wird jetzt gefördert. Und letztendlich hat ja das Land etwas davon, weil es durch die Dividende dann Geld hereinbekommt.

Aber der einzelne hat nichts davon, jetzt vom Ökologischen abgesehen. Wirtschaftlich hat der einzelne nichts davon. Wirtschaftlich hat der einzelne etwas davon, wenn Sie den einzelnen entsprechend fördern.

Und noch einmal, knüpfen wir ein Konjunkturpaket das ökologisch gut ist. Zum Beispiel bei 50 Prozent aller Haushalte, das sind 60.000 Haushalte die zwischen 1945 und 1980 gebaut worden sind, 50 Prozent, also 60.000 Haushalte könnten 90 Prozent Energie einsparen. Da müssen wir den Hebel ansetzen, eine Sanierungsoffensive.

Wir haben unseren grünen Sanierungsscheck weiter entwickelt. Wir haben uns auch orientiert wo das Land zum Beispiel bis zum 13.000 Euro Direktförderung macht.

Das ist an und für sich ein gutes Konzept, aber wir haben es auch hier schon sehr oft diskutiert, die Einkommensgrenzen sind derartig nieder, dass heute in Zeiten von Wirtschaftskrise die Leute, viele Leute, diese Geld auch gar nicht haben, die es aber sehr notwendig hätten.

Trotzdem sehen wir, dass die Alternativenanlagen und alles was in diesem Bereich geht explodiert, würdet Ihr nicht ständig wieder den Deckel draufhalten, so wie es Ihr im Jahr 2001 gemacht habt.

Schaut einmal was passiert, wenn Ihr den Deckel aufmacht? Das errotiert nur so. Da ist so viel Potential vorhanden und Sie halten es mit aller Kraft und mit aller Gewalt nieder.

Die SPÖ und die ÖVP, und da muss ich jetzt besonders die ÖVP hervor streichen, ja, mit Ihrem Umweltminister Berlakovich und mit Ihrem Wirtschaftsminister Mitterlehner, das sind die, die alles blockieren und alles hinunter halten. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Geh, hör auf. Jetzt hast Du so gut angefangen. – Beifall bei den Grünen.)*

Na, wer hat denn das Ökostromgesetz gemacht? Das war doch Euer Mitterlehner. Und was hat der Berlakovich zum Reden gehabt? Entweder nichts oder er hat genauso eingestimmt. Und die SPÖ sitzt mit dieser ÖVP in einer Regierung.

Die Energiepolitik, die jetzt gemacht wird, haben SPÖ und ÖVP zu verantworten, vorrangig die ÖVP. Aber wie gesagt, dieses Ökostromgesetz deckelt mit 21 Millionen Euro.

Dieses Ökostromgesetz verhindert. Die Photovoltaik ist tot. Die Photovoltaik ist vom Bund tot. Bis zum Jahr 2011, also vor dem Jahr 2011 hat ein bestehender Antrag keine Chance umgesetzt zu werden.

Wir erwarten, Herr Landeshauptmann, dass endlich die Photovoltaikförderung, die Sie seit einem Jahr versprechen und bis heute nicht umgesetzt haben, kommt, und sie nach niederösterreichischen Vorbild kommt.

Denn, wenn Ihr Euch die Landesverfassung in Niederösterreich anschaut, dann schaut Ihr Euch ja die guten Dinge an. Dort gibt es einen Sonnenscheck oder Photovoltaikscheck. Mit bis zu 10.000 Euro wird hier eine Photovoltaikanlage gefördert. 50 Prozent der Investitionskosten.

Das ist ein Modell, das sollten wir auch für das Burgenland haben. Das wäre eine Innovation. Aber nicht mit einem Megawattdeckel.

Wie gesagt, Ihr haltet überall den Deckel drauf und lasst es nicht zu, dass diese Dinge passieren. In dem Moment, wo Ihr den Umwelttechnologien die Möglichkeit gebt, in dem Moment wo Ihr diese Dinge auch fördert, ohne Einkommensgrenzen oder zumindest mit weit höheren Einkommensgrenzen.

Man kann es auch beschränken. Man kann sagen, ich schnüre ein Konjunkturpaket für ein Jahr und in dem Konjunkturpaket lasse ich es einmal zu. Denn 2004 hatten wir 140 Millionen Euro österreichweit durch das Ökostromgesetz und jetzt haben wir 21 Millionen Euro.

Und wenn jetzt die Windenergie in der Ökostromtarifverordnung einen besseren Einspeistarif kriegt, ist das super, aber was bedeutet denn das? Wenn ich 21 Millionen Euro durch einen höheren Einspeistarif dividiere, kann ich weniger Anlagen fördern. Und das heißt, mit 21 Millionen Euro ist nicht ein Bruchteil von dem abgedeckt, was ich da tun würde.

Das heißt, noch einmal zusammenfassend für mich jetzt, dass es die Möglichkeiten hier im Burgenland gibt, die Möglichkeiten hier regionale Wertschöpfung zu machen, den Einzelnen im „Geldbörstel“ etwas zu ersparen. Da gibt es Modelle, das ist ja alles schon erfunden.

Ihr braucht nicht einmal etwas erfinden. Ihr braucht Euch nur die guten Dinge nehmen, abschreiben, umsetzen. Das wäre notwendig. Und dafür braucht es einen Topf mit einer bestimmten Summe, die dafür vorgesehen ist, als Konjunkturpaket mit höheren

Einkommensgrenzen, oder wie es zum Beispiel Oberösterreich macht, für ein Jahr oder zwei Jahre komplett die Obergrenzen auszusetzen.

Ist auch eine Möglichkeit. Das ist durchaus diskutierbar. Aber im Wesentlichen verhindert Ihr Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung. Und wenn wir die ersten Zahlungen für unsere klimaschädigenden Immissionen zahlen müssen und Zertifikationen, dann verstehe ich nicht, warum wir das Geld in die Luft hinaus blasen und nicht selber hier investieren.

Also bitte, neben dem Wahlkämpfen, neben sich gegenseitig hinunter tun, neben viele heiße Luft in Inseraten zu verblasen, hier vor Ort ein Konjunkturpaket zu knüpfen, das nachhaltige Wege zeigt, aus dieser Energieunabhängigkeit. *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident Walter Prior: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Ilse Benkö das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete. *(Die Abgeordneten der Grünen stellen grüne Papierwindräder auf ihren Platz.)*

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Innerhalb Österreichs gibt es eine enge Verflechtung zwischen dem bestehenden fossilatomaren Energiekomplex und so könnte man sagen, und unserem überholten rot-schwarzen Proporzsystem.

Vor allem unsere Landesenergieversorger sind auch heute noch ein wesentlicher Bestandteil jener rot-schwarzen Agrarflächen Österreichs, auf der wie man sieht, der Postenschacher so wunderbar gedeiht.

Es wäre also kein Wunder, Frau Kollegin Krojer, würde die etablierte heimische Politik sich der Abkehr vom bestehenden System mit zentralen Erzeugerstrukturen hin zu einem weitgehend dezentralen System mit erneuerbarer Energie wünschen.

Aber leider Gottes, auch auf internationaler Ebene gibt es ähnliche Verstrickungen und Abhängigkeiten, die globalen Unfrieden stiften. Kein Mensch wird heute etwa ernsthaft bestreiten, dass ein ganz bestimmtes Land immer wieder Kriege angezettelt hat, um ganze Länder für seine Ölkonzerne militärisch aufzuarbeiten.

Letztendlich versucht auch die europäische Union ähnliche Ziele zu erreichen. Wenngleich eher mit mehr diplomatischen Maßnahmen. Auf jeden Fall wird von Seiten Europas Einfluss auf Regierungen von Staaten mit fossilen Energieträgern oder wichtigen Energieleistungen genommen.

Geschätzte Damen und Herren! Die Unabhängigkeit vom fossilatomaren Energietopf ist jedenfalls und unbestritten bedeutend für die nationalstaatliche Souveränität. Die Versorgung der Bürger soll nicht von der Weltpolitik abhängig sein. Der Weg Österreichs zur energiepolitischen Unabhängigkeit wird nicht mit der gebotenen Vehemenz verfolgt.

In Bezug darauf sei etwa auf die Abhängigkeit burgenländischer Haushalte von ausländischem Gas verwiesen. Gewisse Projekte, wie etwa die Nabucco-Pipeline, lassen befürchten, dass sich die Politik mit dem Thema nach wie vor, und das ist das Traurige, nach wie vor nicht ernsthaft auseinandersetzt. Und aus diesem Grund drohen leider Gottes neue politische Abhängigkeiten.

Meine Damen und Herren, wir haben es ja im eigenen Land - Vorzeigprojekte. Vorzeigprojekte wie die Stadt Güssing beweisen ja, dass die Förderung erneuerbarer Energien nicht nur Unabhängigkeit schafft, sondern auch im Stande ist, selbst in

strukturschwachen, in strukturarmen Regionen Arbeitsmarkt und Wirtschaft zum Blühen zu bringen.

Neben derartigen Großprojekten schafft auch jede kleine Solar-, Photovoltaik- oder Biogasanlage Arbeit in der Region. Über positive Auswirkungen erneuerbarer Energietechnologien gibt es ja zahlreiche Untersuchungen. Die Beschäftigungseffekte sind beachtlich. Die Zunahme der Zahl der Beschäftigten in diesem Sektor ist mit keinem anderen vergleichbar.

Ich sagen Ihnen, geschätzte Damen und Herren, Arbeitsplätze im Land statt Devisen aus dem Land, das muss daher der politische Leitsatz von uns allen sein.

Während die Nachfrage nach Erdölprodukten im Zeitraum 1995 bis 2005 in Österreich im Wesentlichen gleich geblieben ist, haben sich die Ausgaben für solche Produkte im selben Zeitraum, man höre und staune, vervierfacht. So sensibel reagiert Österreich auf die Schwankung der Rohölpreise. Der Devisenabfluss für Energieimporte ist hauptverantwortlich für das österreichische Handelsbilanzdefizit.

Dazu kommt, und in diesem Szenario befinden wir uns derzeit, dass in Krisenzeiten Exporte zwar rasch einbrechen können, während der Energieverbrauch vergleichsweise doch stabil bleibt. Die Folgen für die Wirtschaft und leider Gottes letztendlich für die Menschen, können absolut verheerend sein.

Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren! Schlussfolgerung - die Politik tut zu wenig! Wir vernachlässigen den Weg raus aus der Unabhängigkeit und damit vergeben wir Chancen für die Wirtschaft, nämlich zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Möglichkeiten zum Schutz unserer Umwelt.

Die politischen Abhängigkeiten stellen, leider Gottes, noch immer eine Übermacht dar. Konzerne regieren Europa, regieren Österreich, regieren leider Gottes auch uns.

Ich erinnere, während Gusenbauer's Motto war - möglichst schwach anfangen - hat Feymann das Motto - daran anschließen, aber möglichst stark nachlassen - geprägt.

Ich sage Ihnen, geschätzte Damen und Herren, andere Länder haben es uns bereits vorgemacht, wie es funktionieren kann. Sie sind am besten Weg zur Unabhängigkeit, haben tausende Arbeitsplätze geschaffen, und dazu, was sehr wichtig ist, noch etwas für die Umwelt getan.

Leider Gottes, Österreich hinkt hinter her. Ich sage Ihnen, das muss sich ändern.
(Beifall bei der FPÖ)

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wilhelm Heissenberger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wilhelm Heissenberger (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident. Hohes Haus. Geschätzte Damen und Herren. Die Aktuelle Stunde „Nachhaltige Wege aus der Wirtschaft- und Energiekrise“ glaube ich, wird nicht das zentrale Thema heute sein.

Aber für mich ist es vielleicht eine besondere Gelegenheit, die Vormachtstellung der ÖVP im Wirtschaftsbereich, aber auch im Bereich der erneuerbaren Energie hervor zu heben. (Abg. Anna Schläffer: Jetzt kommt eine Wahlrede.)

Bei der Wirtschaftskammerwahl vor wenigen Tagen konnte der Österreichische Wirtschaftsbund als klarer Wahlsieger mit 70,9 Prozent hervorgehen. (Beifall bei der ÖVP – Abg. Matthias Gelbmann: Im Burgenland habt Ihr verloren.)

Wir gratulieren Präsident Ing. Peter Nemeth und seinem Team zu diesem großartigen Erfolg. Das ist auch ein klarer Auftrag für die nächsten fünf Jahre. Und ein Garant zur Stärkung der Wirtschaft in unserem Land. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Christian Sagartz, BA: Bravo!)*

Franz Steindl als Gemeinde- und Wirtschaftsreferent war immer bemüht, die Gemeinden zu stärken, und dadurch auch die Wirtschaft anzukurbeln. Immerhin sind die Gemeinden neben dem Bund die größten Investoren. Tatsache ist, die SPÖ blockiert und ignoriert einfach Vorschläge zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation hier im Burgenland.

Zusätzlich werden die Gemeinden durch überhöhte Sozialausgaben enorm belastet. In den letzten zehn Jahren haben sich die Sozialabgaben vervielfacht, aber die Einnahmen durch Ertragsanteile hingegen haben sich nur geringfügig erhöht. Das ist eine Aushöhlung der Gemeinden und der Regionen.

Statt den Gemeinden in schwierigen Zeiten zu helfen, werden sie von der Niessl-SPÖ an den Pranger gestellt und mit ihren Sorgen allein gelassen. Damit demolieren sie nicht nur die Kommunalpolitik, sie verunsichern auch die Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber auch durch den Nebenwohnsitz werden die Gemeinden geschwächt. Viele Millionen Euro verlieren hier die Gemeinden durch die Aktionen wie Parkpickerl in Wien, und es ist bis jetzt Landeshauptmann Niessl nicht gelungen, diese Problematik mit seinem Parteifreund Landeshauptmann Häupl zu Gunsten der burgenländischen Gemeinden zu lösen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Im Bereich der erneuerbaren Energie war und ist die ÖVP Vorreiter, Initiator und auch Visionär auch gegen den Widerstand der SPÖ. *(Abg. Doris Prohaska: Hörst Du das Grete?)* Landesrat Rittsteuer, Pionier der erneuerbaren Energie, aber auch seine Nachfolger wie Niki Berlakovich und Landesrat Werner Falb-Meixner, führen diesen Weg mit neuen Impulsen fort. Ich danke dem Landesrat herzlich für seine Initiative. *(Beifall bei der ÖVP)*

Neben der Windenergie konnten bis dato durch die Errichtung von Fernwärmeanlagen rund fünf Millionen Euro an Wertschöpfung lukriert, 22 Millionen Heizöl substituiert und damit 75.000 Tonnen CO² eingespart werden. Ein erfreulicher Erfolg für unsere Initiative. *(Beifall bei der ÖVP)*

Auch im Bereich Hochwasserschutz, wo in den letzten Jahrzehnten jährlich sieben bis acht Millionen Euro investiert wurden, konnte die regionale Wirtschaft dadurch gestärkt werden. *(Abg. Anna Schlaffer: Wie lange warten da die Gemeinden?)*

Um einen gesamten Hochwasserschutz zu gewährleisten, werden sicher noch mehr als 120 Millionen Euro notwendig sein. Eine Summe, die den Gemeinden, die den Hochwasserschutz bis jetzt verschlafen oder verdrängt haben, neue Chancen eröffnen. *(Abg. Anna Schlaffer: Bis wann warten die?)*

Wie ernst die ÖVP Wirtschafts- und Energiepolitik nimmt, wurde am Mittwoch durch Bundesminister Niki Berlakovich bei einer Pressekonferenz kräftigst unterstrichen. *(Abg. Erich Trummer: Dann soll er Geld investieren.)*

Der sogenannte Masterplan, Herr Kollege, für Greenjobs, mehr als 185.000 Menschen arbeiten derzeit in Greenjobs, dort wo Umweltschutz im Zentrum des Handels steht. Noch dieses Jahr sollen 760 Millionen Euro für die Schaffung von weiteren 90.000 Greenjobs bis zum Jahr 2020 geschaffen werden.

Zusätzlich werden noch weitere 500 Millionen Euro für Umweltschutz, Gewässerschutz, Biolandwirtschaft und Altlastensanierung bereitgestellt. Das ist Politik Marke der ÖVP! *(Beifall bei der ÖVP)*

Umweltjobs sind sichere Arbeitsplätze und entschärfen auch die derzeitige hohe Arbeitslosigkeit. Auf Landesebene muss man die Aktion Energiesparwettbewerb für die Gemeinden durch Initiator Franz Steindl besonders hervorheben. Gerade die Gemeinden leisten beim Umwelt- und Klimaschutz eine große Vorreiterrolle, eine besondere Pionierarbeit. Zum vierten Mal wurde dieses Projekt in Zusammenarbeit mit unserem größten Ökostromproduzenten Österreichs, der BEWAG, durchgeführt. Insgesamt haben sich 125 Gemeinden daran beteiligt und dadurch wichtige Impulse für nachhaltige und neue Technologien gesetzt.

Das Thema heuer war die E-Mobilität. 16 Gemeinden haben sich beworben. Die BEWAG, als Partner dieser Aktion, wird in Zukunft in diesem Bereich auch eine wichtige Rolle spielen.

Die Zukunft wird sicher in diese Richtung ausgelegt werden. Die E-Mobilität wird eine große Rolle spielen, die BEWAG, als wichtiger Partner, wird uns beistehen. Wir von der ÖVP sind im Bereich der Wirtschaft und Energiepolitik auf dem richtigen Weg. Wir von der ÖVP werden diesen Weg auch konsequent fortsetzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Christian Illedits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich zum eigentlichen Thema komme, weil es aber in einem doch sehr wichtigen und unmittelbaren Zusammenhang steht, sehr Positives von dieser Stelle vermelden.

Das Wichtigste deshalb an den Anfang gestellt: Der Wirtschaftsstandort Burgenland erholt sich viel rascher von dieser Wirtschaftskrise, von dieser größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, als alle anderen österreichischen Bundesländer, nämlich in den Bereichen des Arbeitsmarktes, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Dafür haben wir die höchste Arbeitslosenrate!)* aber auch im Bereich des Tourismus.

Ganz wichtig, weil es die wichtigste Zukunftsinitiative ist, weil es tatsächlich um die Zukunft unserer Jugend, unserer Kinder und somit unseres Landes geht. Nämlich im Bildungsbereich setzen wir österreichweit neue Maßstäbe.

Auch wenn andere das nicht hören wollen oder es immer wieder zusammen bringen, aus unerklärlichen Gründen diese Statistik, Zahlen, die von Statistik Austria kommen, schlecht zu reden.

Es ist doch auffällig und positiv zu bemerken, dass sich im Bereich der Nüchternheitsstatistik das Burgenland jetzt im Jahr 2009 zum dritten Mal in Folge eigentlich als Nüchternheitsrekordsieger herausgestellt hat und wir auch jetzt im Jahr 2009 auf Wachstumskurs sind.

Wir sind somit das einzige Bundesland, in dem es Zuwächse und keine Verluste gibt - 7,6 Plus im Jänner. Ich denke, das ist ein Erfolg aller Partner und das bestätigt ganz klar die wichtigen von der SPÖ und von Landeshauptmann Hans Niessl auf den Weg gebrachten Investitionen. Zwei darf ich nennen, nämlich die Seewinkeltherme und den Ausbau des Gesundheitszentrums Bad Sauerbrunn. *(Beifall bei der SPÖ)*

Seit kurzem liegen auch neue Arbeitsmarktzahlen vor. Hier ist das Auffälligste, wenn österreichweit die Arbeitslosenzahlen steigen und die Beschäftigung sinkt, ist es im Burgenland genau umgekehrt.

Im Februar haben wir bei den Beschäftigten im Burgenland ein Plus von 0,7, in Österreich ein Minus von 0,7. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Aber wir haben die höchste Arbeitslosenrate!)* Bei den Arbeitslosenzahlen haben wir im Burgenland minus ein Prozent und in Österreich plus 3,7 Prozent.

Das heißt, wir sind eines von drei österreichischen Bundesländern, das die Trendwende eingeleitet hat. Seit kurzem liegen auch neue Bindungsindikatoren für Österreich vor. Hier ist das Auffälligste, das Burgenland liegt in vielen, vielen wesentlichen Bereichen ganz vorne.

Wir sind jetzt nicht mehr Nachzügler, sondern Vorreiter bei vielen Bildungsreformen. Das Burgenland ist jetzt nicht mehr Nummer zwei, sondern Nummer eins bei der Maturantenquote. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ebenso beim Investitionsaufwand pro Volksschüler und bei der Betreuungsquote der Drei- bis Fünfjährigen. Was bestätigt das? Das bestätigt doch eindeutig und eindrucksvoll unsere Bildungspolitik.

Eine Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die wir im Landtag viele Beschlüsse ohne Unterstützung der anderen Fraktionen fassen mussten, nur Beschlüsse, die von der SPÖ gefasst wurden. Wir sind stolz darauf, das Burgenland ist Gott sei Dank anders. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir haben uns vorgenommen, das Burgenland möglichst unbeschadet durch diese Krise zu bringen und wir erreichen dieses Ziel. Wir haben uns vorgenommen, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen und wir sind gut unterwegs. Wir haben uns auch vorgenommen, diesem Land eine Vorreiterrolle in vielen Bereichen zu geben und auch das werden wir schaffen.

Das ist aber auch ein Erfolg, meine Damen und Herren, auch das muss immer wieder in Richtung ÖVP gesagt werden - wir schaffen das auch auf Grund unserer Budgetpolitik, konzipiert von Landesrat Helmut Bieler, umgesetzt von Landeshauptmann Hans Niessl und dem SPÖ-Regierungsteam und beschlossen ohne Unterstützung irgendeiner anderen Fraktion von der SPÖ hier im Landtag.

Das, meine Damen und Herren, müssen Sie auch hier zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ)* Zum eigentlichen Thema kommend, denn wir haben uns ein großes Leitmotiv gesetzt: „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“. Das ist ein wesentliches Leitmotiv unserer gesamten Politik.

Ich möchte hier dokumentieren, dass es eine Symbiose, eine gute, eine erfolgsversprechende und jetzt schon von Erfolg gekrönte Symbiose zwischen Ökonomie und Ökologie ist. Wir haben eine Vorreiterrolle, auch im Bereich der erneuerbaren Energien übernommen.

Klar, Frau Kollegin Krojer, ich verstehe schon, gute Ideen sind ja nicht verboten und wir akzeptieren auch, dass viele Ideen auch von Ihnen gekommen sind. Niemanden ist es untersagt, gute Ideen einzubringen.

Wenn Sie hier eine politische Feststellung getroffen haben, dann nehmen wir die natürlich auch zur Kenntnis, aber hier einen Vaterschaftsstreit über Ideen zu beginnen, ich denke, das ist natürlich auch eine Art hier Energiepolitik zu dokumentieren. Wichtig ist aber schlussendlich, was unter dem Strich herauskommt, Frau Kollegin.

Das heißt, umgesetzte Modelle, umgesetzte Projekte, die sind entscheidend, die bringen den Menschen im Burgenland etwas. Nur Ideen, sind leider Gottes ein bisschen zu wenig. Wir haben diesen Turnaround eindeutig geschafft. Auch das muss gesagt werden, auch wenn immer wieder Kritik von den Blauen in Richtung Bewag kommt.

Das haben wir ja vor jeder Landtagswahl, das ist ja nichts Neues. So ist es ja immer wieder, die ÖVP hat es ja auch schon versucht. Heute habe ich wieder ein bisschen Lob gehört, weil es anscheinend in manchen Bereichen auch Initiativen und Unterstützung gibt.

Das ist halt so ein politisches Wechselspiel, das man hier immer wieder auch mit dem im Landesbesitz befindlichen Unternehmen betreibt. Aber eines sei schon zu bemerken: Wir haben hier im Landtag einen Antrag eingebracht, wo wir als SPÖ eindeutig gesagt haben: 51 Prozent müssen im Landesbesitz bleiben.

Wir wollen diesen Energieversorger abgesichert haben, diesen Energieimporteur und jetzt, und das ist der Turnaround, diesen Stromproduzenten.

Das ist es, was gelungen ist, und das ist es, was ich betone. Von der Idee, von der Umsetzung richtigerweise gemacht. Viele Maßnahmen waren notwendig, man muss die Raumplanung, die Raumordnung, den Umweltbereich, alles unter einen Hut bringen und das ist unter der Federführung des Herrn Landeshauptmannes passiert.

Es ist seine Regierungsverantwortung, die er ja zu 150 Prozent wahrgenommen hat. Die Erfolge sprechen eine Sprache. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn Vieles gesagt wurde, dann im Bereich der Windenergie. Natürlich hatten wir und haben wir zu kämpfen gehabt. Auch hier war intensiver Lobbyismus notwendig, damit wir diese Einspeistarife mit Unterstützung des Ministers Hundsdorfer erreicht haben.

Weil, Frau Kollegin Krojer, da gebe ich Ihnen 100-prozentig Recht, Berlakovich und Mitterlehner sind die längste Zeit auf der Bremse gestanden.

Es war wieder ein Kompromiss, den wir natürlich mit einem weinenden und einem lachenden Auge sehen und gesehen haben. Aber wir müssen natürlich auch sagen, wir sind froh, dass es gelungen ist, diesen Vorschlag von 9,3 auf 9,7 zu erhöhen. *(Zwischenruf der Abg. Maga. Margarethe Krojer)*

Wir wissen auch, dass 21 Millionen Euro nur zur Verfügung stehen, aber es ermöglicht viele Investitionen in diese Richtung. Wenn Sie, und ich glaube Sie sind einer Meinung mit uns, das gemeinsame Ziel bis 2013 die Stromautarkie erreichen wollen, dann müssen wir sagen, es ist hier ein wichtiger Etappensieg gelungen durch Lobbyismus des Landeshauptmannes mit Unterstützung von Minister Hundstorfer. Das ist wichtig für das Burgenland gewesen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir stehen auch dazu, dieses Ziel auch im Einklang mit der Natur, wenn wir zwei Drittel unserer Landesfläche unter dem besonderen Schutz gestellt haben, zu schaffen und zu erreichen. Dann ist es auch wichtig zu erwähnen, dass man natürlich viele Technologien braucht.

Die Windräder sind hier, glaube ich, das beste Instrument für uns, weil wir eben, im Speziellen auf der Parndorfer Platte, diese windintensiven Lagen haben. Was wir uns ersparen und somit natürlich der Umwelt Schaden ersparen, sind die vielen CO₂-Emissionen. Wir wissen, dass hier von 355.000 Tonnen im Bereich der Stromerzeugung zu sprechen ist.

Wenn wir davon sprechen, wie viele Haushalte wir versorgen, dann wissen wir, dass wir immerhin 5.700 Haushalte mit Strom und 1.200 Haushalte mit Wärme versorgen können, weil eben dieser Bereich schon so gut abgedeckt ist.

Gute Partner im Land sind wichtig. Die AWP, Tochter der BEWAG, ist hier sehr intensiv unterwegs, auch jetzt wieder zu den 200 Windrädern noch zusätzliche zu installieren. Aber auch viele andere, Frau Kollegin Benkö, hier sind auch alle Privaten zugänglich, jeder kann sich hier beteiligen und einspeisen und diesen Markt auch nutzen.

Was wir aber brauchen und das ist eine wichtige Initiative, die auch - und auch das stimmt - vom Herrn Landeshauptmann und der Frau Landesrätin Dunst und von den LAG-Aktionen ausgeht: Die Status-Quo-Erhebung.

Es ist ganz wichtig, mit ECO ein Projekt gestartet zu haben, wo jede Gemeinde, jeder Einzelne Nutzen ziehen kann. Die Gemeinden müssen Ja sagen. Hier sehe ich von einer gesamtheitlichen Initiative viele Profiteure.

Ich bin nicht ganz der Meinung, dass jeder, obwohl er das tun kann, und ich ganz klar in Richtig Photovoltaik auch immer votiert habe und dies auch tue, seinen Strom erzeugen kann, den einzuspeisen und optimal nutzen könnte, wenn die Möglichkeiten geschaffen werden.

Die BEWAG hat ein gutes Modell erarbeitet. Es wird, wenn in Zukunft auch eine neue Verordnung geschaffen wird, auch hier optimalere Möglichkeiten geben können. Aber wenn wir den Status erheben, denke ich, muss nicht jeder alles selbst erzeugen. Man kann auch gemeinschaftliche Konzepte umsetzen und dazu ist ECO ein hervorragendes Instrument.

50 Gemeinden machen hier schon mit. Natürlich gibt es Kritik an der Verordnung, weil es hier wieder Lobbyismus auch in die andere Richtung gegeben hat. Bei den Biogasanlagen hat sich die Landwirtschaftslobby auf Kosten der Klimapolitik durchgesetzt. Das ist ganz klar.

Berlakovich hat einmal mehr gezeigt, dass er eben doch mehr Landwirtschaftsminister als Umweltminister ist, denn die überhöhten Einspeistarife für Biogasanlagen sind hier ganz klar eine versteckte Landwirtschaftsförderung. Selbst Gutachten des Wirtschafts- und Landwirtschaftsministeriums zeigen viel niedrigere kostendeckende Tarife auf.

Das ist eben eine Klientelpolitik der ÖVP, die wir leider nicht hintanstellen konnten. Wenn wir weiterhin auch im Bereich der Photovoltaik etwas erreichen wollen, dann muss auch Minister Berlakovich etwas tun. Eine Million Euro und hier ein System anzuwenden, first come, first serve, ist an und für sich eine Verhöhnung.

Weil hier nach wenigen Minuten schon alle Zugänge geschlossen waren und viele hier wirklich gewartet haben, dass sie ihre Projekte in Umsetzung, in die Förderschiene, bringen können.

Ich denke, das ist eine verkehrte Art der Energiepolitik und hier muss der Minister, auch im Interesse des Burgenlandes, einmal Flagge zeigen. Ich denke, das wäre er auch dem Burgenland verantwortlich, hier Photovoltaik fördern in der Nachhaltigkeit.

Wie soll es aber in Zukunft weiter gehen mit dem Ausbau der Windkraft und auch der Nutzung der Biomasse? Können wir in unserem eigenen Land mit diesen Energieträgern Strom produzieren, um eben unsere Ziele der Stromautarkie zu erreichen? Aber auch die wirtschaftspolitische Überlegung sei nicht zu vernachlässigen.

60.000 Jobs, Green Jobs, Frau Kollegin Krojer, Green weil grün mit der Umwelt zu tun hat, nicht mit der politischen Partei, die sind auf dem Markt. Im Burgenland haben wir in der Vergangenheit in Güssing in anderen Bereichen schon viele Green Jobs geschaffen.

Andere sprechen erst davon, wir haben das schon getan. Auch im Bereich der Windenergie sind sehr, sehr viele Jobs, die neu geschaffen werden und auch die sind nicht zu vernachlässigen.

Es wird eine stattliche Anzahl sein, die hier einen Arbeitsplatz finden, die hier in weiterer Folge auch vom Bau weg bis hin zum Betrieb immer wieder Jobs finden können, bis hin zu den Installateuren, den Solarteuren, die allesamt auch hier neue Betätigungsfelder finden können.

Ich denke deshalb ist es wichtig, auch Maßnahmen begleitender Natur seitens des Landes zu inszenieren.

Der Herr Landeshauptmann hat das im Bereich der Elektromobilität getan. Auch eine Initiative des Landes, obwohl der Bund bei den Photovoltaikförderungen schwächelt. Also ich denke, man kann sehr viel tun. Wir können aber nicht alles tun im Land.

Der Bund ist hier eindeutig gefordert. Das Land wird seinen Beitrag leisten. Das haben wir in der Vergangenheit versprochen, das setzen wir in der Gegenwart um und werden das auch in Zukunft tun.

Das heißt zum Schluss kommend: Wir haben eine hervorragende, eine gute Ausgangsbasis. Nutzen wir sie, gehen wir konsequent den eingeschlagenen Weg weiter. Es ist der einzige Weg. Der Weg in die Zukunft. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Nachhaltige Wege aus der Wirtschafts- und Energiekrise.

Wenn Sie in den letzten Tagen die Medien verfolgt haben, wenn Sie die aktuellen Statistiken von Statistik Austria gelesen haben und die Arbeitsmarktdaten vom AMS Burgenland und Österreich, dann können wir doch feststellen, dass das Burgenland bei den Wirtschaftsdaten die Nummer eins in Österreich ist.

Ich sage auch dazu, das ist der Verdienst der Burgenländerinnen und Burgenländer, der Wirtschaftsvertreter und auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir sind das einzige Bundesland in Österreich, das aktuell einen Rückgang der Arbeitslosigkeit und einen Anstieg der Beschäftigung hat.

Das ist ein gemeinsamer Erfolg. Ich bin auch froh darüber, dass auch die Politik mit den Kraftpaketen, die gemeinsam mit den Sozialpartnern geschnürt wurden, mit dem Präsidenten der Wirtschaftskammer, mit Vertretern der Wirtschaft, mit dem Präsidenten der Arbeiterkammer dazu beigetragen haben, dass wir im Augenblick die besten Wirtschaftsdaten Österreichs haben.

Ein gemeinsamer Verdienst aller Burgenländerinnen und Burgenländer. *(Beifall bei der SPÖ)*

Natürlich ist der Bildungsbereich die Grundlage für eine wirtschaftliche Entwicklung. Ich behaupte, dass sich diese Wirtschaftsdaten bereits abgezeichnet haben. Weil wir in den letzten zehn Jahren im Bildungsbereich ständig zugelegt haben.

Statistik Österreich sagt aktuell, dass das Burgenland pro Volksschulkind das meiste Geld ausgibt, pro Hauptschulkind das meiste Geld ausgibt, die höchste Maturantenquote hat, die niedrigsten Schülerzahlen in den Volksschulen und Hauptschulen hat. Dieses ausgezeichnete Bildungssystem ist die Grundlage für den Aufstieg im wirtschaftlichen Bereich.

Da hat sich in den letzten zehn Jahren im Bildungsbereich sehr viel verändert und das ist das Fundament für den wirtschaftlichen Aufstieg, für die neuen Berufe die entstanden sind und für die neuen Arbeitsplätze im Burgenland. Ich denke, dass auch dieser Bereich für eine nachhaltige Entwicklung einen ganz großen und wichtigen Stellenwert hat und bis jetzt wenig angesprochen wurde. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich darf auch in Erinnerung rufen, dass wir mit den Sozialpartnern diese Kraftpakete für Beschäftigung, diese Kraftpakete für Klein- und Mittelbetriebe, die Haftungen geschnürt haben.

Umgelegt auf die Einwohner geben wir 130 Millionen Euro für Wirtschaftsförderung im Jahr 2009 und 2010 aus und stellen das zur Verfügung.

Wir haben 140 Millionen Euro für die Wohnbauförderung zur Verfügung. Umgelegt auf die Einwohner, zwei absolute Spitzenwerte.

Natürlich ist es wichtig auf erneuerbare Energie zu setzen.

Sagen Sie mir ein Bundesland in Österreich, sagen Sie mir eine Region in Europa, wo 60 Prozent des gesamten Strombedarfes aus erneuerbarer Energie, ausgenommen Wasserkraft, hergestellt wird.

Sie werden in ganz Europa in diesen 27 Ländern der Europäischen Union keine Region finden, wo man 60 Prozent des Strombedarfes aus erneuerbarer Energie herstellt.

50 Prozent Strom aus Windenergie. Zehn Prozent Strom aus Biomasse. Auch hier sind wir an der europäischen Spitze. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass wir bis zum Jahr 2013 100 Prozent unseres Strombedarfes aus erneuerbarer Energie herstellen. Ich glaube, dass hier das Burgenland europaweit eine Vorreiterrolle hat. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dass das auch ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz ist und dass dieser Erfolg viele Väter hat das sage ich auch.

Das ist nicht der Verdienst eines Einzelnen, weil es die Gemeinden sind, die die Flächenwidmungspläne ändern müssen. Es sind die Grundbesitzer die hier die Grundstücke zur Verfügung stellen müssen. Es ist die Raumplanung die rasch arbeiten muss. Es ist die BEWAG, die hier die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft. Also viele Partner, die hier hervorragend gearbeitet haben.

Ich denke, dass wir dieses Tempo auch in Zukunft weiter gehen müssen.

Wir sparen dadurch CO₂ ein. Klimaschutz wird immer wieder in den Mund genommen. Aber von Wenigen so ernst genommen, dass er umgesetzt wird.

Durch unsere Initiative im Bereich der erneuerbaren Energie, sparen wir 550.000 Tonnen CO₂ ein. Wir sparen zum Beispiel über 50 Millionen Liter Erdöl ein.

Ein ganz ein entscheidender Beitrag zum Klimaschutz.

Ich sage auch dazu, dass unsere Megawatt Photovoltaikinitiative der öffentlichen Hand, dem Steuerzahler, immerhin fünf Millionen Euro gekostet hat.

Also insofern muss auch hier mit Augenmaß vorgegangen werden.

Eine aktuelle Zahl noch. Wir haben im Jahr 2008 1,2 Millionen Euro für Alternativenergieförderung ausgegeben. Im Jahr 2009 fünf Millionen Euro. Also eine Vervierfachung der Ausgaben im Bereich der Alternativenergieförderung, was natürlich auch zu Investitionen von 28 Millionen Euro geführt hat.

Der Blick in die Zukunft. Das Konjunkturpaket 2010 wird auf Punkt und Beistrich, wie es koordiniert ist mit der Wirtschaftskammer, mit der Arbeiterkammer, umgesetzt. Es gibt im Bereich der erneuerbaren Energie - und das werde ich nächste Woche präsentieren zusätzliche Initiativen und Impulse. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Danke Herr Landeshauptmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Ich bin dankbar, dass das Thema Energiepolitik und Wirtschaftspolitik heute diskutiert wird.

Hier gibt es einen sehr engen Zusammenhang. Es wurden bereits die Wirtschaftsdaten, die Arbeitsmarktdaten betont.

Ja, wir haben in den letzten zehn, wenn Sie wollen, 15 Jahren ein weitaus höheres Wirtschaftswachstum im Burgenland gehabt als im Österreichdurchschnitt.

Das ist wahrlich ein Erfolg aller hier lebenden Menschen im Burgenland. Das zeigt, dass gerade in der Wirtschaftspolitik nachhaltig gedacht wird, dass wir versuchen langfristig Arbeitsplätze nicht nur zu sichern, sondern Arbeitsplätze auch zu schaffen.

Selbstverständlich gibt es einen Wermutstropfen. Nämlich die Arbeitslosenrate. Im Durchschnitt 2009 lag sie im Burgenland bei 8,4 Prozent, nach wie vor haben wir hinter Kärnten und Wien die dritthöchste Arbeitslosenquote. Wir müssen Überlegungen anstellen, wie wir am Arbeitsmarkt noch Maßnahmen setzen können.

Aber, wenn ich mir in der Wirtschaftspolitik die Maßnahmen hernehme, so ist sehr Vieles mit Hilfe unserer WiBAG gelungen. Nämlich, dass wir gerade im Bereich der Konjunkturmaßnahmen Pakete geschnürt haben, dass wir z. B. laufend Richtlinien adaptiert haben, ich möchte nur einige aufzählen.

Es gibt Förderungen von bis zu 70 Prozent mit Schwerpunkt Beratung, Betriebsübernahmen, Beratung im Umweltbereich. Oder bei der Qualifizierung der Unternehmer konnten wir den Fördersatz von 50 auf 75 Prozent erhöhen.

Oder wir haben gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten den Investitionszuschuss für alle Betriebe um bis zu zehn Prozent erhöht.

Wir haben Richtlinien für die Gewährung von Haftungen erstellt, für Kleinbeteiligungen von Darlehen und so weiter und wir sind dabei, einen Risikokapitalfonds für die Kleinstunternehmer zu schaffen.

Es stehen seitens der Europäischen Union und seitens des Landes zehn Millionen Euro zur Verfügung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Im Bereich des ELER-Programms ist Vorsorge getroffen worden, damit wir gerade den Kleinstbetrieb in den Gemeinden den Nahversorger unterstützen. Das ist Marke ÖVP und das muss man auch hier betonen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Ich habe zum Beispiel eines vorgeschlagen, *(Abg. Mag. Georg Pehm: Aber Sie haben gegen die Mittel gestimmt, die zur Verfügung gestellt werden sollen!)* das garantiert diskutiert wird und in Tirol schon umgesetzt wird. Nämlich die *(Abg. Mag. Georg Pehm: Sie haben gegen die Mittel gestimmt!)* Aktion 500 Start-Jobs.

Was nützt uns eine gute Bildungspolitik, wenn wir gut ausgebildete Menschen, junge Menschen haben, die keine Jobs im Burgenland bekommen? Wo konnten die dann schon in ihrem Leben einen Schwerpunkt im Arbeitsbereich setzen? Das können sie nicht, weil sie sich in der Ausbildung befunden haben. Daher können sie diesen Teufelskreis nicht durchbrechen.

Tirol zum Beispiel, geht schon den Weg und hat diese Aktion aufgegriffen.

Nämlich, wenn man gerade dem Unternehmer für ein Jahr die Lohnkosten zahlt, hätten 500 junge Menschen und vielleicht mehr, die Möglichkeit einen Job im Burgenland zu bekommen. Das ist *(Abg. Mag. Georg Pehm: Sie haben ja gegen die Gelder gestimmt!)* Marke ÖVP, nachhaltige Politik im Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP)*

Oder der nächste Bereich. *(Abg. Ewald Gossy: Wenn die Förderungen weg sind, hauen sie sie raus, keine Nachhaltigkeit!)* Ich habe vorgeschlagen zusätzlich zu diesen Ausgleichsmaßnahmen für die Verlierergemeinden ein fünf Millionen Investitionspaket für die Gemeinden zu schnüren, wenn sie investieren.

Damit könnten wir das verdoppeln, verdreifachen. Ein Vorteil wäre, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt.

Weil die Gemeinden - und hier sitzen sehr viele Bürgermeister - gerade den Tischlermeister, den örtlichen Baumeister, den Malermeister beauftragen.

Damit können wichtige Arbeitsplätze gesichert werden, neue geschaffen werden. Das ist eine Art der modernen Wirtschaftspolitik, wie wir sie verstehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Im Energiebereich möchte ich darauf hinweisen, dass wir auf einem guten Weg sind, dass wir die Stromunabhängigkeit bis zum Jahr 2013 erreichen. Auf der einen Seite durch zusätzliche Windparks, auf der andere Seite durch Forcierung der Biomasse.

Ein gutes Beispiel ist Güssing, eine Stadt die energieautark ist. ÖVP Bürgermeister Peter Vadasz hat damals die Zeichen erkannt, hat Akzente gesetzt. *(Abg. Ilse Benkö: Das hat er aber nicht alleine gemacht!)*

Es sind nachhaltig über 1.000 Arbeitsplätze im Bezirk Güssing geschaffen worden. Das ist der Weg, den wir auch in Zukunft gehen sollten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Josko Vlasich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Poštovani Predsjedniče! Poštovane poslanice i poslaniki u zemaljski sabor! *(Abg. Ewald Gossy: Der Tschürtz ist nicht da, jetzt regt sich keiner auf!)*

Guten Tag Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Eigentlich können wir auf die heutige Sitzung stolz sein. Ich habe schon lange keine Sitzung erlebt die so inhaltlich wertvoll auf einem hohen Niveau geführt wird wie heute.

Knapp vor den Landtagswahlen sind wir in der Lage, inhaltlich eine Diskussion zu führen, wo die besten Ideen präsentiert werden, wo ein Konkurrenzkampf der guten Idee entsteht. Was brauchen wir mehr?

Das braucht unser Land. Das bringt unser Land weiter. Also ich glaube, wir können uns durchaus hier heute einmal gegenseitig eine Gratulation aussprechen.

Herr Landeshauptmann, Sie haben gesagt 60 Prozent an Stromautark gibt es nirgendwo. Das ist schon richtig. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass wir im Stromverbrauch, dadurch das wir sehr wenige große Industrien haben, weniger Strom an die großen Firmen, an die großen Betriebe abliefern müssen.

Also da haben wir einen Vorteil. Natürlich.

Das andere, das ist richtig. Wir haben sicherlich Arbeitsplätze, viele Arbeitsplätze, geschaffen. Wenn wir uns nur anschauen was durch die Sanierungsoffensive, durch die Wohnbauförderungsoffensive, an Arbeitsplätzen entstanden ist. Das können wir uns durchaus zuguteschreiben.

Nicht nur die Regierungsparteien, auch wir GRÜNEN, die wir immer wieder dahinter waren und immer wieder Druck gemacht haben, die gemeinsam mit Ihnen, mit der Regierung, konstruktiv an diesen Ideen mitgearbeitet haben.

Also das, denke ich, hat uns schon sehr weiter gebracht.

Zum Kollegen Illedits, ja die Maturantenquote, ich habe es heute gelesen, 46 Prozent. Auch das ist etwas worauf wir stolz sein können. Nur wir müssen aufpassen, was passiert denn auf Bundesebene derzeit?

Die Frau Ministerin Karl geht her und macht sozusagen, mehr oder weniger einen Stopp an den Unis. Möchte zum Beispiel auf der WU von 7.000 auf 2.000 Studenten reduzieren.

Ja, wohin sollen den unsere Maturanten, unsere Maturantinnen weiter studieren gehen?

Aber auch da haben wir zum Beispiel vor zehn Jahren, als wir im Burgenland die Studiengebühren nicht eingeführt haben, einen guten Weg eingeschlagen. Das sehen wir daran, dass in unseren Fachhochschulen mehr Leute studieren im Österreichvergleich als in anderen Bundesländern.

Also auch das war ein wichtiger und richtiger Schritt. Ich sage heute, wir müssten uns heute schon überlegen welche grünen Arbeitsplätze, unter grün meine ich jetzt nachhaltige Arbeitsplätze, nicht nur im ökologischen Bereich zu schaffen sind, sondern auch im sozialen Bereich, „Social Jobs“ im pädagogischen Bereich.

Wir können durchaus auch in die Richtung gehen, dass wir sagen wir wollen im Burgenland nicht nur die höchste MaturantInnenquote haben, wir wollen auch haben, dass unsere Kinder nichts mehr für die Nachhilfe bezahlen müssen.

Wir können in diesem Bereich zum Beispiel Maturantinnen und Maturanten einsetzen, die gut ausgebildet die Nachmittagsbetreuung betreiben.

Wir können hergehen und können zum Beispiel die Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen, noch mehr unterstützen, damit wir auch in diesem Bereich neue

Arbeitsplätze schaffen. Auch das sind Arbeitsplätze, die hoch qualifiziert, nicht auslagerbar, nicht nach Shanghai oder wohin auszulagern sind.

Das werden die Arbeitsplätze der Zukunft sein, unter denen wir auch zum Beispiel den Begriff „grüne Arbeitsplätze“ einsetzen.

Herr Kollege Heissenberger, solange Ihre Bundesregierung, die ÖVP vor allem, in dem Bereich immer wieder negativ zu erwähnen, an Euroton bereit ist, Millionen zu zahlen, solange nehme ich Ihnen von den „green Jobs“ nichts ab. Ihnen als Bürgermeister ja, aber als Vertreter der ÖVP hier im Landtag, nein.

Denn „grüne Arbeitsplätze“, dieses Zauberwort, das wissen Sie auch, das wird in allen politischen Lagern verwendet und man versteht halt einfach anderes darunter.

Wenn Sie von „grünen Arbeitsplätzen“ sprechen, namens der ÖVP, dann möchte ich auch, dass Sie Euroton nicht mehr unterstützen!

Darüber kann man nicht diskutieren, denn auf der einen Seite sozusagen das Mäntelchen überziehen, auf der anderen Seite die Atomlobby zu fördern, das geht nicht. Das geht nicht, da vergleiche ich Sie jetzt ... *(Zwiegespräche in den Reihen)*

Ja, der Schüssel, da sehen wir wieder, wo er jetzt hingehet, der Herr Ex-Bundeskanzler. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Der erste Außenminister, der einen Krieg geführt hat, der Joschka Fischer.)*

Ist in Ordnung. Für die deutschen Grünen bin ich nicht zuständig. Ich bin in Österreich und im Burgenland für Diskussionen und für Alternativen im Bereich der Ökologie zuständig, nicht in Deutschland.

Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass zum Beispiel „grüne Arbeitsplätze“ auch seitens der Großindustrie vorangetrieben werden. Zum Beispiel habe ich gestern im Radio gehört, dass um 400 Milliarden Euro in Nordafrika eine Solarthermieanlage, Stromproduktionsanlage, errichtet werden soll. Um 400 Milliarden Euro!

Dahinter stecken die Deutsche Bank, die Siemens und ich weiß nicht, welche anderen multinationalen Energiekonzerne noch, und die sagen, das machen sie aus Klimaschutzgründen! Ich glaube denen kein Wort!

Präsident Walter Prior *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Kollege Vlasich!

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Der Begas glaube ich auch kein Wort mehr, weil die Begas genau das Gleiche tut. Sie legt sich ein grünes Mäntelchen um, dann bauen sie Biomassekraftwerke, zum Beispiel Oberpullendorf, wo sie Strom produzieren und 70 Prozent der Energie in die Luft blasen.

Präsident Walter Prior: Herr Kollege Vlasich! Ihre fünf Minuten sind bereits vorüber.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Das war jetzt sehr kurz, Herr Präsident.

Präsident Walter Prior: Fünf Minuten dauern nicht länger, Herr Kollege Vlasich! Ich kann nichts dafür. *(Heiterkeit in den Reihen – Beifall bei den Grünen)*

Als Nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Mag. Georg Pehm.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Georg Pehm (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur ein Wort zum Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter! Dieses Hohe Haus, auch die Öffentlichkeit, weiß es,

dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter in Wirtschaftsfragen total unglaubwürdig ist. Sich hier herzustellen und alle möglichen Konzepte schönzureden, aber im selben Moment nicht die erforderlichen finanziellen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, das ist eine doppelbödige Politik.

Wir glauben dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter kein einziges Wort. Er sollte sich da völlig ändern und wirklich Nägel mit Köpfen machen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Frau Kollegin Krojer, Herr Kollege Vlasich, wunderbar, was Sie vor zehn Jahren angestoßen haben. Dass Sie im Bereich der erneuerbaren Energien Vorreiter waren, das stimmt. Aber Sie müssen in den vergangenen zehn Jahren nicht im Burgenland gewesen sein, denn Sie haben kaum etwas dazu gesagt, was wir umgesetzt haben im Bereich der Energiepolitik, im Bereich einer ökologischen Politik.

Denn da ist das Burgenland auf diesem Gebiet total aufgeweckt unterwegs, schläft keineswegs, *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Die Grünen haben Sie aufgeweckt. Wir sind der ökologische Wecker gewesen.)* sondern ist mittlerweile in Österreich und in ganz Europa ein Vorreiter in der Politik und in der Nutzung erneuerbarer Energieträger. Wir reiten hier nicht auf nostalgischen Erinnerungen herum, sondern setzen um. Und das ist ein großer Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und der grünen Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich möchte Sie auch bitten, in Ihrem Antrag nicht auf Oberösterreich zu verweisen. Das ist ein wunderbares Bundesland, wir mögen es alle, aber die wirklich guten Arbeitsmarktdaten gibt es im Burgenland.

Wir sind das einzige Bundesland, wie heute schon betont worden ist, vom Herrn Landeshauptmann, das sowohl ein Plus bei der Beschäftigung hat als auch ein Minus in der Arbeitslosigkeit. *(Abg. Andrea Gottweis: Aber eine ganz andere Ausgangslage.)*

Das ist eine hervorragende Bilanz und unterstreicht, dass die Konjunkturpakete, die wir im Vorjahr gesetzt haben, wirklich greifen und erfolgreich sind, den Burgenländerinnen und Burgenländern Beschäftigung bringen und das ist eines der wichtigsten Sachen überhaupt, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Was speziell die Energiepolitik betrifft, dann kann man durchaus sagen, ich möchte Sie nur bitten, es nicht in Ihrem Wahlkampf zu verwenden, das schadet Ihnen, uns hilft es - aber man kann durchaus sagen, die Roten haben in den letzten zehn Jahren dieses Bundesland zu einem grünen, zu einem ökologischen, zu einem zukunftssträchtigen Bundesland gemacht. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Mit der grünen Lokomotive. Grüne Schubkraft!)*

Das werden wir in dieser Wahlwerbung auch in entsprechender Form an die Bevölkerung herantragen und wir wissen, damit sind wir auch erfolgreich. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die Frau Kollegin Krojer hat sich gefragt, wo die Konzepte für die Zukunft sind. Also, der Kollege Heissenberger ist ja in der Tat ein netter Kollege, aber bei der ÖVP sind sie nicht, denn da heißt Zukunftskonzept ein Energiespar-Wettbewerbbleinchen unter ein paar Gemeinden durchzuführen. Das ist nett, das ist gut, aber das ist ein liebliches Detail, das weitergeführt werden soll, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Landeshauptmann-Stunde im ORF! So wichtig war das. – Zwischenruf der Abgeordneten Andrea Gottweis)* Aber Energiepolitik, Beschäftigungspolitik, Wirtschaftspolitik im modernen, im wirklich bewegenden Rahmen ist das nicht.

Frau Kollegin Krojer, offensichtlich dürften auch Sie die Konzepte nicht haben, die kleine und mittlere Unternehmen ansprechen, denn anders, als hier heute schon dargestellt worden ist, ist die Wahl zum Wirtschaftskammerparlament ausgefallen. Da verzeichnet die ÖVP ein Minus, minus 1,6 Prozent-Punkte, (*Abg. Andrea Gottweis: 75 Prozent der Mandate!*) die Grünen haben ein Minus, aber die Sozialdemokratischen Wirtschaftsvertreter haben zugelegt. (*Abg. Andrea Gottweis: 14 Prozent die SPÖ!*) Also unsere Konzepte, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen, haben überzeugt, uns haben die Wählerinnen und Wähler jedenfalls gestärkt. (*Beifall bei der SPÖ*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Stichwort: Stromautark. Wir sind nicht nur jene, die die Trends sehen, sondern wir sind auch Trendsetter.

Wir sind Trendsetter bei der Stromautarkie im sozialen Wohnen, bei der Elektromobilität, im Bereich der Forschung, in der Energie- und Gebäudetechnik und einiges noch mehr.

Dadurch, dass es eine Redezeitbeschränkung gibt, bitte lesen Sie nach im Buch „Zukunft beginnt nach dem Tellerrand“! Sechs Autoren gehen in diesem Band (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wieder ein Buch!*) in ausreichender und breiter Weise auf die Energiepolitik der Zukunft und auf die Chancen, die sich dadurch für Beschäftigung und für Wirtschaft ergeben, ein. (*Zwischenruf des Abg. Christian Sagartz, BA*)

Herr Kollege Sargatz, kaufen Sie es nicht nur, lesen Sie auch dieses Buch! Das hilft Ihnen, glauben Sie mir. Danke schön! (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Es ist zum Thema Wirtschaft und Energie jetzt vieles gesagt worden.

Ich möchte nur einige persönliche Bemerkungen dazu geben. Es ist richtig, dass die Debatte durchaus auf hohem Niveau stattfindet. Ich möchte einige Gedanken dazu geben. Das Burgenland war im Wesentlichen schon einmal energieautark.

Denken wir hundert, hundertzwanzig Jahre zurück, da haben wir sämtliche Ernährung aus der Region bezogen, sämtliche Energie, sprich den Treibstoff für die Pferde über Hafer und Heu auch aus der Region und auch die Arbeitsplätze in der Region gehabt.

Das heißt, wir müssen eigentlich nur zurück zur Vergangenheit und - die Entwicklungen der letzten Jahre korrigieren. Und die Frage ist: Haben wir im Burgenland eigentlich die Chance? Können wir vom Potential her wieder das erreichen, was wir schon einmal gehabt haben?

Die Experten meiner Abteilung haben sich die Mühe gemacht, die Potentiale, die wir im Burgenland vorhanden haben, zu berechnen, um die Stromautarkie und die Energieautarkie umzusetzen.

Beginnen wir bei der Windkraft und dazu eine persönliche Bemerkung: Ich habe - und darauf bin ich stolz - zu den Spinnern, wie heute der Ausdruck bereits gefallen ist, in Zurndorf gehört, die insgesamt gemeinschaftlich, einstimmig, zwei Millionen Schilling damals in die Hand genommen haben, ohne zu wissen, ob jemals ein Windrad umgesetzt wird.

So betrachte ich mich irgendwo auch als Vater der Windenergie, als Mitvater der Windenergie im Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP)*

Welche Möglichkeiten haben wir noch, Energie im Burgenland zu erzeugen? Wir nutzen momentan nur 700.000 Festmeter Holznachwuchs. Das heißt, in etwa zwei Drittel des Holznachwuchses sind noch rückbar, sind noch verfügbar.

Wir arbeiten daran, um es besser mobilisieren zu können, und wir greifen hier noch nicht in die Substanz ein, das heißt, wir haben hier noch einiges an Möglichkeiten da, wir brauchen es nur nutzen.

Hier gehört zum Beispiel die verstärkte Forcierung der gemeinschaftlichen Nutzung, weil der Wald im Burgenland in vielen kleinflächigen Strukturen aufgeteilt ist, wo manche Leute gar nicht wissen, wo ihr Wald genau liegt und nur mit gemeinschaftlicher Bewirtschaftung kann es hier gelingen, auch diese Energiepotentiale zu nützen.

Wir haben weiters im Schilf des Neusiedler Sees einen riesigen Schatz an möglicher Energie und hier ist es durchaus möglich, dies zu nutzen, unter Berücksichtigung ökologischer Interessen, das heißt, wir haben bereits Schilfbestände, die so alt sind, dass sie der Vogelwelt eigentlich keinen Rückzugsraum mehr bieten, weil es zu sehr verbuscht, zu sehr verwachsen ist.

Wir haben Potential auch einiges in Vergasung, in Verbrennung zu nutzen. Energieholzproduktion auf landwirtschaftlichen Grenzertragsflächen, auch ein großes Thema, und weiters Biokrafttreibstoffe und Treibstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen, sei es aus Raps, sei es aus Rübe, sei es aus Weizen.

Ein Beispiel: Mit dem Ertrag von einem Hektar Zuckerrübe können normale PKW 70.000 Kilometer zurücklegen. Das sind Potentiale, die wir in Zukunft einfach nur nützen müssen.

Ein Wort noch zu den Tarifen. Ich sehe das durchaus nicht so, dass die Biogastarife Lobbyismus-Tarife für die Landwirtschaft sind. Es sind Tarife, die genauso fair wie bei Windenergie auch für Nutzung Energie aus Biomasse nötig sind, um dementsprechende Impulse zu setzen.

Es ist insbesondere die Nutzung von Energie aus Gülle mit Hinzufügung von Biomasse ein sehr, sehr spannender Ansatz, wo außer, dass die Gülle nahezu geruchlos dann als hochwertiger Dünger entsorgt werden kann, zusätzlich noch Energie und Wärme gewonnen werden können.

Zu den Tarifen noch eine Bemerkung. Es ist nicht so, dass der Minister Berlakovich und der Minister Mitterlehner die großen Bremser waren, sondern dass eher der Sozialminister Hundstorfer hier auf der Bremse gestanden ist, um die Tarife nicht zu sehr in die Höhe zu schrauben, um nicht die Bürger zu sehr zu belasten. *(Abg. Mag. Josko: Bei der Photovoltaik seid Ihr weiter gestanden.)*

Abschließend, wir haben durchaus die Möglichkeiten, die Potentiale zu nutzen. Wir können auch mit Energiesparen beitragen, jeder Einzelne - Haushalt bei Heizen und Lüften und - durch effiziente Elektrogeräte 160 Euro sparen, durch Ab- und Anschalten von Licht 95 Euro weiter zu sparen.

Wir haben die Chance, wir brauchen sie nur gemeinsam zu nutzen! *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen und die Aktuelle Stunde beendet.

2. Punkt: Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend das Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Korruption (Beilage 1407) um Zustimmung zur Auslieferung des Abgeordneten Gerhard Pongracz zur staatsanwaltlichen und strafgerichtlichen Verfolgung wegen der inkriminierten Vorwürfe (Zahl 19 - 886) (Beilage 1409)

Präsident Walter Prior: Der 2. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend das Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Korruption, Beilage 1407, um Zustimmung zur Auslieferung des Abgeordneten Gerhard Pongracz zur staatsanwaltlichen und strafgerichtlichen Verfolgung wegen der inkriminierten Vorwürfe, Zahl 19 - 886, Beilage 1409.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Vinzenz Knor.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichtersteller Vinzenz Knor: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss hat das Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Korruption in seiner 6. Sitzung am Montag, dem 1. März 2010, beraten.

Nach dem kurzen Bericht des Obmannes, Landtagsabgeordneter Mag. Gradwohl, stellt dieser den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Korruption um Zustimmung zur Auslieferung des Abgeordneten Gerhard Pongracz zur staatsanwaltschaftlichen und strafgerichtlichen Verfolgung wegen der inkriminierten Vorwürfe, die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Nachdem zum Bericht des Obmannes keine Wortmeldungen erfolgen, wird sein Antrag einstimmig angenommen.

Nach einer kurzen Diskussion wurde ich seitens des Ausschusses einstimmig als Berichtersteller gewählt.

Es folgen Wortmeldungen des Obmannes und des Landtagsabgeordneter Mag. Pehm.

Der Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Dem Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Korruption vom 11.2.2010, Aktenzeichen 5 St 54/09g, um Zustimmung zur Auslieferung des Abgeordneten Gerhard Pongracz zur staatsanwaltschaftlichen und strafgerichtlichen Verfolgung wegen der inkriminierten Vorwürfe wird die Zustimmung erteilt.

Präsident Walter Prior: Danke Herr Berichtersteller. Als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich der Frau Abgeordneten Ilse Benkö das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Sie wissen, ich bin Oberwarter Gemeinderätin. Sie wissen, ich bin Mitglied des Prüfungsausschusses des Gemeinderates in Oberwart und Sie wissen auch, dass ich es war, die im Herbst des vergangenen Jahres eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft Eisenstadt sowie an die Korruptionsstaatsanwaltschaft Wien gesendet

hat und ich mich an sie gewandt habe, um rechtliches Licht in die Finanzaffäre in Oberwart zu bringen.

Zur Finanzaffäre selbst könnte ich persönlich natürlich einiges sagen. Ich möchte jedoch darauf verzichten und nur eine kurze Anmerkung machen, bevor ich persönlich begründe, warum die FPÖ dem Antrag auf Auslieferung heute zustimmen wird.

Meine geschätzten Damen und Herren! Was auch immer in solchen Fällen rechtlich festgestellt werden mag, es tut der Politik im Allgemeinen nicht gut, dass in der Folge solcher Skandale keine politischen Konsequenzen gezogen werden.

Wir Politiker, und das meine ich ganz, ganz ernst, wir alle und alle Politiker sind den Bürgern nicht nur rechtlich verantwortlich, sondern wir sind oder wären es auch vor allem politisch.

Tatsächlich hat im Burgenland schon kein Politiker mehr die politische Verantwortung für Fehler, Missstände, Skandale in seinem Verantwortungsbereich übernommen und das, geschätzte Damen und Herren, ist traurig. (*Zwischenruf der Abg. Anna Schlaffer*)

Es braucht uns daher nicht zu wundern, dass der Ruf, Frau Kollegin, auch von Ihnen, unserer aller Ruf, dass der Ruf von uns Politikern in den Keller rasselt, die Wahlbeteiligung sinkt und der Bürger das Vertrauen in seine Vertreter verliert, geschätzte Damen und Herren!

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Antrag auf Auslieferung des Kollegen Pongracz werden wir zustimmen mit folgender Begründung:

Mögliche Vorwürfe gegen ihn haben nicht das Geringste mit seiner Tätigkeit als Abgeordneter zu tun. Es besteht daher kein Grund, ihn vor der Verfolgung durch Strafbehörden zu schützen, wie es der Sinn der eigentlich parlamentarischen Immunität in anderen Fällen sehr wohl gebieten würde.

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Werner Gradwohl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte gleich zu Beginn meiner Ausführungen zwei Fakten aus meiner Sicht feststellen.

Erstens. Ich habe in meiner Funktion als Obmann des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses rasch und unmittelbar nach Einlangen der Korruptionsstaatsanwaltschaft gehandelt, unter der Maßgabe, allen Klubs und damit auch allen Mandataren die Möglichkeit zur Sondierung der Informationen zu geben, immerhin waren in diesen Tagen Semesterferien.

Zweitens. Der Antrag auf Auslieferung des Abgeordneten Gerhard Pongracz durch den Burgenländischen Landtag erfolgt in seiner Funktion als Bürgermeister von Oberwart und bedeutet keine Vorverurteilung.

Hohes Haus! Bekanntlich steht die Stadt Oberwart seit langem vor einem finanziellen Debakel. Die Haupt- und Letztverantwortung für solche Vorgänge in einer Gemeinde trägt der Bürgermeister. Diese Vorfälle bedürfen einer lückenlosen Aufklärung und es geht dabei um Gerechtigkeit und auch um Konsequenzen, die aus diesem Skandal zu ziehen sind, und deshalb hat die Korruptionsstaatsanwaltschaft auch aus diesem Grunde die Aufhebung der Immunität vom Kollegen Pongracz verlangt.

Die ÖVP hat von Anfang an auf die Auslieferung bestanden und ich bin als Obmann des dafür zuständigen Immunitätsausschusses sofort nach Zustellung des Auslieferungsansuchens aktiv geworden. (*Abg. Christian Illedits: Ach so?*) Kurz darauf - danke für den Zwischenruf - hat auch die SPÖ ein Proforma-Verlangen, wie es so schön juristisch heißt, auf rasche Einberufung des Immunitätsausschusses gestellt. (*Zwischenruf des Abg. Christian Illedits*)

Ein durchsichtiges Parteimanöver, Herr Kollege Illedits, oder eine Flucht nach vorne.

Der zuständige Immunitätsausschuss zum Formalen hat dann am Montag, dem 1. März, um 14.00 Uhr, getagt und nachdem die SPÖ bereits im Vorfeld das erwähnt hat, sowohl im Immunitätsausschuss als auch im Landtag die absolute Mehrheit besitzend und überraschender Weise auf die ÖVP-Linie eingeschwenkt ist, (*Abg. Christian Illedits: Was für eine Linie? Haben wir vorgegeben.*) steht einer Zustimmung der Korruptionsstaatsanwaltschaft und somit einer raschen Auslieferung heute nichts im Wege. (*Abg. Christian Illedits: Braucht ja nicht ständig die Unwahrheit sagen!*)

Nämlich, Linie der ÖVP war es immer, sollte es zu Säumigkeiten oder gar zu Verschleppungsversuchen kommen, wird die ÖVP sicherlich die Einberufung des Landtages laut Geschäftsführung verlangen. Das war immer unser Ansinnen (*Abg. Christian Illedits: Ein bisschen lang braucht Ihr halt für alles.*) und es geht uns hier nicht um eine Vorverurteilung, aber in dieser Causa bedarf es einer unverzüglichen Aufklärung, wenn sie das unbedingt so rasch wollen, dann haben wir heute den Beweis dafür, dass es gelungen ist.

Im Interesse der Stadt Oberwart bedarf es dieser unverzüglichen Aufklärung, im Interesse und Ansehen des Landes, des Landtages und schließlich ebenfalls zur Ehrenrettung.

Das sei auch hier auch erwähnt, Kollegin von der FPÖ, Sie haben das ja erwähnt, Sie sind im Gemeinderat, auch zur Ehrenrettung des verunglückten Amtsleiters, der nicht im Vorhinein zum wehrlosen Sündenbock auch nicht vorverurteilt werden darf - unserer Meinung nach.

Sie haben dann, wie angekündigt auch, das ist ja dementsprechend auch publiziert worden, die SPÖ nämlich für die Auslieferung auch gestimmt, das ist gleichermaßen erfreulich wie auch neu. Daher Einschwenken auf die ÖVP-Linie. Insofern und ich erinnere an die Causa SJ-Fest Oggau, wo ein Jugendlicher bei einer so genannten Schaumpartie tödlich verunglückt ist.

Damals ist SPÖ-Bürgermeister, Landtagsabgeordneter Ernst Schmid für die Genehmigung dieser Veranstaltung verantwortlich gewesen. Er ist gleichzeitig Antragsteller und Genehmigender gewesen (*Abg. Ernst Schmid: Das ist keine Genehmigung.*) und hat obendrein seinen eigenen Bescheid in Empfang genommen. Also ein klarer Fall von Amtsmissbrauch, meine Damen und Herren.

Damals hat die SPÖ-Linie - oder Zick-Zack - mit ihrer absoluten Mehrheit im Immunitätsausschuss und im Landtag gegen die Auslieferung vom Kollegen Schmid gestimmt und so eine lückenlose Aufklärung (*Abg. Christian Illedits: Das ist ein Unterschied, nicht?*) - SPÖ-Zick-Zack oder Linie - (*Zwischenruf des Abg. Ewald Gossy*) Einschwenken auf unsere Linie, massiv eine lückenlose Aufklärung erschwert.

Die Argumentation der ÖVP hat sich nicht geändert. Das sind heikle Angelegenheiten, (*Abg. Ewald Gossy: Die ÖVP hat sich nicht geändert.*) wir wissen das alle, die Argumentationslinie, eine klare und deutliche Linie der ÖVP hat sich nicht geändert.

Es darf keine zwei Klassen von Bürgermeistern geben, nämlich solche, die im Landtag sind, und solche, die nicht im Landtag sind - oder wie auch immer - jene, die direkt für ihre Verhandlungen und Entscheidungen verantwortlich gemacht werden können, und jene, die eben sich hinter ihrer Immunität verstecken können.

Dafür ist die ÖVP, die Volkspartei als die Bürgermeister-Partei des Landes nicht zu haben. Recht und Gerechtigkeit gelten für alle! *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Ewald Gossy: Wer hat Dir das aufgeschrieben? Jetzt muss er selber lachen.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die SPÖ-Abgeordneten Schmid und Pongracz haben beide in den jeweiligen Fällen nicht im Rahmen, wurde schon gesagt, ihrer Tätigkeit als Abgeordnete gehandelt und deshalb ist es auch jetzt in dieser Zeit logisch, Wahl sei Dank, erfreulicher Weise, dass die SPÖ voll und ganz auf unsere Argumentationslinie - Wahl sei Dank - einschwenkt.

Sie sind in die Enge getrieben worden, zu schwer sind die Vorwürfe, die von der Staatsanwaltschaft erhoben worden sind. Nochmals, ohne Vorverurteilung!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich habe mir den Akt angesehen. Herr Kollege Schmid, ich habe mir den Akt angesehen. Eine plumpe Flucht nach vorne sind deshalb schon Ihre Vorwürfe, nämlich die von der SPÖ, die ein Versagen der Gemeindeabteilung unter Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl als Gemeindereferenten in den Raum gestellt haben.

Es war die Gemeindeaufsicht, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich Sie erinnern, die diesen Skandal aufgedeckt hat. Die Gemeindeaufsicht hat diesen Skandal aufgedeckt und auch Sie haben dazu beigetragen, Frau Kollegin Benkö, sage ich ohne weiteres. Sie als Ursache für dieses Debakel zu sehen, *(Abg. Ilse Benkö: Die ÖVP war nicht einmal in der Lage, die Sachverhaltsdarstellung ...)* ist reines Parteigetöse, das wissen wir mittlerweile.

Ist das ein fragwürdiger Umgang mit der Wahrheit, meine sehr geschätzten Damen und Herren? *(Abg. Ewald Gossy: Das würde ich als ÖVP nicht so sagen.)* Oder macht jemand einen Polizisten, der Einbrecher stellt, für diesen Einbruch verantwortlich?

Kollegen und Kolleginnen von der SPÖ, Sie müssen endlich den Tatsachen in die Augen sehen und nicht Parteipolitik auf Kosten von Recht und Ordnung betreiben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Denn eines hat sich schon in den vergangenen Monaten, seit sie mutwillig, unbegründet, für viele im Land also auch ohne ersichtlichen Grund, die Wahl zum Landtag vorverlegt haben, hat klar gezeigt: Sie, die SPÖ-Spitze, ist mit dem Umgang mit der absoluten Macht, mit der absoluten Mehrheit, heillos anscheinend überfordert.

Daher werden wir alles daran setzen, dass dieses Kapitel der absoluten Mehrheit nach dem 30. Mai Geschichte ist, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Ewald Gossy: Wie am Parteitag.)*

Sie haben damit die Bodenhaftung verloren und damit das Gespür für die Bedürfnisse der Menschen verloren. *(Abg. Ewald Gossy: Jetzt hat er gerade geredet vom hohen Niveau.)*

Die Wählerinnen und Wähler des Burgenlandes werden Sie dafür am 30. Mai abstrafen, meine Damen und Herren. Das ist machtarrogant, widerspricht diametral dem so oft in Sonntagsreden auch von Ihnen beschworenem burgenländischen Weg, der immer geprägt war von Zusammenarbeit, Toleranz und Miteinander.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Vorwürfe vom Juli 2009 sind aber noch nicht vollständig aus dem Weg geräumt, gemäß denen die Stadt Oberwart offenbar in rechtswidriger Weise seit vielen Jahren an Beamte und Vertragsbedienstete ein 15. Monatsgehalt ausbezahlt hatte oder hätte und hat. *(Abg. Ewald Gossy: ÖVP-Bürgermeister Racz!)*

Ein entsprechender Gebarungsbericht hat ein Totalversagen von Landeshauptmann Niessl zutage gebracht, für das Landeshauptmann Niessl als Personalchef - oberster Personalchef - verantwortlich ist.

Landeshauptmann Niessl und seine Personalabteilung sind für die Gemeindaufsicht in Bezug auf Personalangelegenheiten verantwortlich. Hier wird noch aufzuklären sein, wie viel Schaden damit für die Gemeinde Oberwart entstanden ist. Dafür tragen Sie voll die Verantwortung.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Sie kritisieren, patzen an und rufen die Staatsanwaltschaft an, wie es in der Causa Strem dem Landeshauptmann-Stellvertreter passiert ist. Angepatzt!

Die Rechnung haben Sie präsentiert bekommen mit der Rücklegung der Anzeigen gegen Landeshauptmann-Stellvertreter und ich gehe davon aus, und wir werden alles tun, damit die Rechnung auch am 30. Mai für Sie nicht aufgeht, durch diese vorzeitige, unverständliche Vorverlegung der Landtagswahl.

Wir stimmen, so wie auch im Ausschuss, der Aufhebung der Immunität zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächster Redner hat sich Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben derzeit, dass in der politischen Diskussion immer öfters, Herr Kollege Gradwohl, die Regeln des Anstandes und vor allem der Fairness gebrochen werden, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Jetzt fängst du zu beichten an.)* dass über die Bevölkerung darübergefahren wird, dass getrickst wird, dass getäuscht wird, *(Abg. Paul Fasching: Ja, genau!)* dass vor allem Parteipolitik vor Politik des Landes, vor den Interessen der Burgenländerinnen und Burgenländer gestellt wird. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Völker, höret die ...!)*

Da gibt es Schmutzkübel-Kampagnen. Der Kollege Strommer ist ja von Zivilberuf Soldat und hat in den letzten Wochen mehrere Angriffe gestartet, insbesondere gegen den Landeshauptmann, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Entweder bin ich Soldat oder Zivilist. Wenn ich vom Zivilberuf Soldat bin ...)* hat da versucht, Briefmarken und dergleichen zu kriminalisieren. Er hat versucht, die tüchtigen Mitarbeiter der Straßenmeisterei in Frauenkirchen in ein zwielichtiges Licht zu bringen. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen eingestellt. Alle Dinge haben sich dann in Luft aufgelöst.

Ich bin schon neugierig, wann sich der Kollege Klubobmann Strommer auch entschuldigt bei den Mitarbeitern, das wäre höchstens angebracht.

Aber das ist so, wenn man vier Jahre nichts arbeitet, dann kann man natürlich auch keine Bilanz vorweisen. Wenn man keine Bilanz vorzuweisen hat, dann versucht man halt, den Wählerinnen und Wählern anders entgegenzutreten. Dann versucht man, den politischen Mitbewerber anzupatzen, das Land schlechtzureden und mit einer Schmutzkübel-Kampagne durch das Land zu fahren.

Das erleben wir auch leider hier bei diesem Tagesordnungspunkt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir, von der SPÖ, treten für Transparenz und gegen Schmutzkübelkampagnen ein. Deswegen haben wir diesem Antrag im Ausschuss auch zugestimmt.

Auf Antrag der SPÖ, Kollege Gradwohl, wurde nämlich der Immunitätsausschuss eingeladen, um der Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Immunität überhaupt erst zu ermöglichen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben auf Wunsch von Gerhard Pongracz selbst, und das sei auch erwähnt, das Heft des Handelns in die Hand genommen und das auch so erledigt. Abgeordneter Pongracz zeigt damit Rückgrat und dokumentiert, dass er als Bürgermeister weiter vorbehaltlos für die Klärung aller Geschehnisse in der Buchhaltung steht. *(Abg. Ing Rudolf Strommer: Rückgrat? - Beifall bei der SPÖ - Abg. Ing Rudolf Strommer: Es gibt hier kein Rückgrat.)*

Ich möchte hier im Hohen Haus an dieser Stelle, im Vergleich zum Kollegen Gradwohl, festhalten, dass diese Auslieferung keine Vorverurteilung ist, sondern die weiteren Ermittlungen ermöglicht und das ist auch wichtig so.

Herr Kollege Strommer! Auch in einer Tageszeitung lehnen Sie sich heute weit heraus und formulieren: Sie wissen schon, wer hier der Schuldige sei. *(Abg. Ing Rudolf Strommer: Wie bitte? Was soll ich gesagt haben?)*

Herr Kollege Strommer! Wenn Sie hier schon den Bürgermeister zur Verantwortung ziehen, ohne die Ergebnisse der Ermittlungen abzuwarten, dann frage ich mich, was ist den dann mit dem ÖVP-Bürgermeister aus Eberau? Was ist mit dem ÖVP-Bürgermeister aus Strem, mit dem ÖVP-Bürgermeister aus Heiligenkreuz, *(Abg. Ilse Benkö: Die erfreuen sich alle bester Gesundheit!)* den ehemaligen ÖVP-Bürgermeister und jetzigen ÖVP-Landesrat aus Zurndorf, den ÖVP-Bürgermeister aus Neusiedl?

Warum gibt es denn da nicht die gleiche Wortwahl? Wieso haben Sie denn da das Wording verändert? Warum messen Sie im Burgenland mit zweierlei Maße, nur weil die einen Parteifreunde der ÖVP sind? Oder, geht es da um billige Parteitaktik? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgeordneter Pongracz hat selbst die Staatsanwaltschaft eingeschaltet und auf den Verzicht der Immunität hingewiesen. *(Abg. Ilse Benkö: Das ist verkehrt! Das stimmt doch nicht! Da kennst Du dich nicht aus.)*

Er steht für Transparenz und Ehrlichkeit. Das ist auch der Unterschied. Aber, lassen Sie mich auch zwei, drei Worte zum Fall Oberwart sagen. *(Zwiegespräch zwischen der Abgeordneten Ilse Benkö und Landesrat Helmut Bieler)*

Kollegin Benkö! *(Abg. Ilse Benkö: Ich muss Dir nicht zuhören. Zwischenrufe sind gestattet.)* Schauen wir gemeinsam zurück. Kollegin Benkö! *(Abg. Ilse Benkö: Da melde ich mich gleich noch einmal zu Wort, wenn das so ist. Dann wird es aber ein Aufräumen geben! – Landesrat Helmut Bieler zur Abg. Ilse Benkö: Du brauchst hier nicht aufräumen!)*

Sie sind doch Gemeinderätin in Oberwart. Sie sind auch bestens informiert. Wir müssen uns schon die Details anschauen.

Die letzte Prüfung der Gemeinde fand im Jahre 1996 statt. Also genau vor 14 Jahren. *(Abg. Ilse Benkö zu Landesrat Helmut Bieler: Wenn er „deppert“ ist, melde ich mich gleich zu Wort. So schaut es aus, denn dann wird aufgeräumt.)*

Dabei sagen alle Expertinnen und Experten, dass die Gemeinden grundsätzlich alle drei Jahre geprüft werden sollten. Die letzte Prüfung in Oberwart ist 1996 durchgeführt worden. Vor 14 Jahren hat diese also stattgefunden.

Kollegin Benkö! Frau Abgeordnete! Ganz besonders interessant bei diesen Ermittlungen der damaligen Überprüfung der Gemeindeabteilung ist der Prüfbericht aus dem Jahre 1996. Darin werden Mängel der Stadtgemeinde Oberwart festgehalten, die weit in die 90-iger Jahre zurückreichen. Nämlich, eine massive Voranschlagsüberschreitung in den Jahren 1992 bis 1995 und Einnahmen-Rückstände im Ausmaß von 8 Millionen in alter Währung. Damals also noch in Schilling.

Die Rückstände der Gemeindefinanzen bestehen also seit dem Jahr 1996 aus der Amtszeit eines ÖVP-Bürgermeisters. (*Abg. Ilse Benkö: Ein Fehlbetrag!*) Seit 1994 war der Amtmann auch Kassier und Buchhalter gleichzeitig. Das wurde auch in der Amtszeit eines ÖVP-Bürgermeisters durchgeführt. Es war der ÖVP-Bürgermeister Racz.

Im Prüfbericht der Gemeindeabteilung 1996 nachzulesen und jederzeit ersichtlich steht auch, dass hier keiner reagiert hat (*Abg. Christian Sagartz, BA: Das ist wie bei einem Vorspann eines Georg Pehm Filmes.*) und sozusagen diesen Missstand zwischen Buchhaltung, Kassier und dergleichen aufgezeigt hat. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Ilse Benkö: Das ist wirklich unglaublich!*)

Was ist mit dem Prüfungsausschuss? Warum hat dessen Obmann, ebenfalls ein ÖVP-Vertreter, seit dem Jahre 2002 nichts unternommen? Warum hat er nichts wahrgenommen? Sie wollen nun den Bürgermeister Pongracz schuldig machen? Sie wollen das tun? (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Christian Sagartz, BA: Das machen nicht wir, sondern die Staatsanwaltschaft.*)

Warum wurden alle Beschlüsse zur Finanzierungsgebarung einstimmig gefasst? Das muss man vielleicht auch einmal hinterfragen, Kollegin Benkö. Sie haben ja gerade betont, dass Sie auch im Gemeinderat in Oberwart sitzen. (*Abg. Ilse Benkö: Was ist hier einstimmig beschlossen worden? Was denn? Du „Dschopper!“ – Unruhe bei den SPÖ-Abgeordneten. – Abg. Ewald Gossy: Heh! Was soll das?*) Der Oberwarter Bürgermeister hat, nachdem eine Prüfung vor Ort gravierende Unregelmäßigkeiten zutage gebracht hat...

Zweiter Präsident Kurt Lentsch (*das Glockenzeichen gebend*): Frau Kollegin Benkö! Ich bitte Sie, sich in Ihrer Wortwahl zurückzunehmen. Das ist diesem Hohen Haus nicht würdig. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ) (*fortsetzend*): Kollegin Benkö! Sie müssen nicht nervös werden. (*Abg. Ilse Benkö: Ich habe hier den wenigsten Grund nervös zu sein.*) Klar ist, Kollegin Benkö, dass der Bürgermeister von Oberwart selbst die Staatsanwaltschaft eingeschaltet hat, obwohl dem Bürgermeister von der Gemeindeaufsicht damals die Auskunft erteilt wurde, dass die Staatsanwaltschaft eigentlich nicht eingeschaltet werden musste. (*Abg. Ilse Benkö: Du kennst dich hier nicht aus! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Trotzdem hat Bürgermeister Pongracz hier reagiert und hier ganz klar Transparenz wirken lassen.

Aber, diese Transparenz ist natürlich nicht das Kind der ÖVP, weil in Zeitungsberichten auch steht, dass Transparenz mit beispielsweise Landeswahllisten nichts zu tun hat. Alle Parteien lassen natürlich über Landesparteiräte ihre Spitzenkandidaten abfragen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Bis auf die ÖVP, denn da braucht man keine Transparenz. Da werden der Spitzenkandidat und die Landesliste nicht von den Funktionären abgesegnet. Wahrscheinlich hat man auch ein wenig Angst vor der eigenen Funktionärsherrschaft.

(*Abg. Doris Prohaska: Mut kann man sich eben nicht erkaufen.*) Das kann man aus einer anderen Partei, wo es demokratisch zugeht, nicht nachvollziehen. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Christian Sagartz, BA: Auf das soll ich jetzt reagieren oder was soll das?*)

Aber, das liegt ja auch vielleicht daran, dass der letzte Landesparteitag der ÖVP ebenfalls drei Jahre zurückliegt. Hier hat man offensichtlich auch Angst, dass der Spitzenkandidat von den Funktionären nicht bestätigt wird. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Darüber hinaus gibt es offensichtlich, keine Ahnung ob das wahr ist, die Situation, dass im Bezirk Eisenstadt auf der Regionalliste der Büroleiter des Landeshauptmann-Stellvertreters, das war der, der bei Strem diesen Dienstzettel unterzeichnet hat, auf Platz zwei gereiht worden ist. Angeblich ebenfalls ohne einer demokratischen Wahl. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Diese Untätigkeit der damaligen Gemeindeabteilung ist ein Synonym für die ÖVP-Politik. Jüngstes Beispiel: der Wahltermin. Da braucht man zweieinhalb Monate, um darüber nachzudenken, was denn der beste Wahltermin für die Burgenländerinnen und Burgenländer wäre. Der 2. Mai wäre es jedenfalls gewesen. Aber, da wird dann versucht, auf dem Rücken der Feuerwehr eine andere Argumentationsrichtlinie zu finden.

Es ist traurig. Die Feuerwehr lässt sich das natürlich auch nicht gefallen. Das gefällt mir. Das zeigt, dass die Feuerwehr hier ein Demokratieverständnis mitbringt. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Aber, der Landeshauptmann-Stellvertreter hätte hier die Möglichkeit gehabt, im Land Burgenland eine tragende Rolle zu spielen. Er hätte nämlich den fix fertig ausgearbeiteten Akt von der Abteilung nehmen können und in die Regierungssitzung herübertragen können. Dann wäre der 2. Mail noch möglich gewesen.

Nein, man hat darauf geschaut, dass es der 30. Mai wird. Man hat dadurch einen teuren und langen Wahlkampf festgelegt. Und das muss schon die Steindl-Fekter-ÖVP vor der Wählerschaft selber erklären.

Aber, die ÖVP-Strategie, soweit wie möglich weg zu kommen von der Volksbefragung im Südburgenland und soweit wie möglich weg zu kommen von der Bundespräsidentenwahl, wird nicht aufgehen, denn die Burgenländerinnen und Burgenländer vergessen das nicht. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP! Sie beleidigen die Intelligenz der Burgenländerinnen und Burgenländer, wenn Sie meinen, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer vier Wochen lang nicht in Erinnerung haben, was die Steindl-Fekter-ÖVP hier dem Südburgenland antun wollte, und wie die Bundespräsidentenwahl ausgehen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen für Transparenz. Das haben wir immer gesagt. Das haben wir bei dem Fall der Devisenoptionsgeschäfte gesagt, das haben wir in der Causa Strem, im Fall Oberwart und auch beim Erstaufnahmezentrum in Eberau gesagt. Das wollen wir so beibehalten.

Deswegen werden wir diesem Ansuchen stattgeben. Wir sind sicher, dass hier alles aufgeklärt wird. Wir stehen voll und ganz hinter Gerhard Pongracz. Vielen Dank! (*Beifall bei der SPÖ*)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch | Als nächste Rednerin hat sich Frau Landtagsabgeordnete Maga. Margarethe Krojer zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es gewagt, die Reihenfolge eigenhändig umzudrehen. Ich habe mir gedacht, ich höre mir einmal die Diskussion an. *(Abg. Christian Illedits: Das ist auch eine Taktik!)*

Sie ist ja nicht einmal so tief ausgefallen, wie ich geglaubt habe. *(Abg. Ewald Gossy: Seid Ihr jetzt enttäuscht? - Abg. Christian Illedits: Na, klar! – Heiterkeit bei den SPÖ-Abgeordneten)* Aber, der Tag ist ja noch nicht zu Ende. *(Abg. Erich Trummer: So, wie der Schelm ist! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte dazu noch etwas sagen, ohne jetzt auf die ganzen parteipolitischen Dinge überzugehen. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Die Frau Abgeordnete ist kein Schelm!)* Ich finde es in Ordnung und auch wir werden der Auslieferung des Bürgermeisters Pongracz zustimmen, weil auch wir der Meinung sind, dass, wenn es den Verdacht für Handlungen gibt, die eventuell strafrechtliche Konsequenzen haben, dann muss das untersucht werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sollte sich herausstellen, dass es unberechtigt ist, ist es im Sinne des Bürgermeisters, der dann sozusagen auch nach außen hin offiziell die Bestätigung hat. Hat die Sache strafrechtliche Relevanz, dann muss es ebenfalls aufgeklärt werden.

Daher sind wir für die Aufhebung der Immunität auch im Sinne dessen, dass viele Bürgermeister in so einer Situation stehen und sie eben diese Immunität nur dann haben, wenn sie Landtagsabgeordnete sind.

Wir wissen, dass sich in den letzten Monaten die Situationen in den Gemeinden nicht verschärft haben, aber es kommt mehr ans Tageslicht, weil jetzt eben mehr tiefgehende Prüfberichte stattfinden, die auch zeigen, dass in der Vergangenheit die Gemeindeaufsicht ihre Aufgabe nicht so ernst genommen hat. Denn, viele Dinge hätte man schon im Vorfeld gesehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es hat sich aber auch gezeigt, dass in den letzten Jahren immer mehr Betriebe ausgelagert wurden und, die Bürgermeister sind mir auch immer böse, dass viele Gemeinden, und damit möchte ich auch sagen, auch Bürgermeister mit der Fülle der Arbeiten überfordert sind.

Ich möchte jetzt damit nicht sagen, dass sie geistig überfordert sind, was vielleicht durchaus in vielen Berufen auch der Fall sein kann, aber dass sie einfach aufgrund der Fülle der Aufgaben überfordert sind. Viele sehen das ja als Nebenbeschäftigung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich sehe auch in vielen Gemeinden, wo wir mehr Einblick haben, wie schwierig es ist, bei diesen vielen Projekten auch die Übersicht zu behalten. Tatsache ist, dass die kommunalen Infrastrukturbauten viele Gemeinden überfordern und, so, wie auch in vielen Haushalten, die Kreditmöglichkeiten auf das Ärgste ausgeschöpft werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn dann auch noch Einnahmeneinbußen kommen, wie es eben jetzt auch in dieser Wirtschaftskrise der Fall ist, dann funktioniert das ganze System nicht mehr. Wir haben auch in vielen Gemeinden diese Spekulationsverluste, wo die Folgeschäden noch gar nicht überall bekannt sind.

Auch in der Gemeinde Oberwart sind diese erheblichen Außenstände der Fall. Hier möchte ich schon auch sagen, dass es auch ein ganz wesentliches Element ist, die Kontrolle in den Gemeinden zu stärken.

Es haben mir diese Verhandlungen zur Gemeindeordnung wieder gezeigt, dass die Kontrolle, die Oppositionsrechte, die Minderheitenrechte nach wie vor von den beiden Großparteien in trauter Zweisamkeit nicht dementsprechend ausgebaut werden und wurden.

Ich darf nur daran erinnern, dass das Ziel bei diesen Verhandlungen zur Gemeindeordnung die Ausweitung der Rechte der Bürgermeister in finanzieller Hinsicht war. Das heißt, man hat aus dieser Situation überhaupt nichts gelernt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Gegenteil. Man hat den Bürgermeistern sogar noch mehr finanzielle Kompetenzen gegeben. Man hat ihr Pouvoir verdoppelt, das sie ohne Gemeinderatsbeschluss durchführen können.

Man hat auch den Rahmen für die Notwendigkeit eines Nachtragsvoranschlages erhöht. Das heißt, es können jetzt Budgets wieder überschritten werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich denke mir, dass gerade die Prüfberichte aus verschiedensten Gemeinden, sei es jetzt Großpetersdorf, sei es Heiligenkreuz, sei es Oberwart, ganz einfach zeigen, dass hier mehrere Punkte dazu führen, dass in den Gemeinden dieses Chaos zustande kommt.

Ich glaube, dass es hier notwendig ist, etwas zu verändern. Einen Punkt haben wir ja jetzt geschafft, nämlich, dass auch der Prüfungsausschuss die ausgelagerten Unternehmen kontrollieren kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wobei ich sagen muss, dass auch hier die Bemerkung eines Bürgermeisters gefallen ist, dass er daran zweifelt, dass der Prüfungsausschuss überhaupt in der Lage ist, solche Berichte lesen zu können. Das mag wahrscheinlich auch durchaus stimmen.

Da sage ich jetzt einmal, dass auch die Bürgermeister überfordert sind, da sie diese Unternehmen oft nicht überblicken können. Da ist es einfach notwendig, einen Wirtschaftsprüfer beizuziehen, um hier die Lage auch kompetent zu durchleuchten.

Ich möchte auch noch einmal abschließend etwas zur politischen Verantwortung sagen. In Österreich ist es überhaupt nicht üblich, politisch für irgendetwas Verantwortung zu tragen. Es ist nicht einmal notwendig, Konsequenzen zu ziehen, wenn man rechtskräftig strafrechtlich verurteilt ist.

Ich möchte zwei Beispiele anführen: Die Nationalratsabgeordnete Winter sitzt, rechtskräftig zu einer Geldstrafe von 24.000 Euro und zu einer bedingten Freiheitsstrafe von drei Monaten verurteilt, also, alle strafrechtliche Relevanz rechtmäßig verurteilt, noch immer frisch und fröhlich, frei und munter im Nationalrat und genießt sämtliche Immunität. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein zweiter Fall ist Peter Westenthaler, der wegen Falschaussage rechtskräftig zu sechs Monaten bedingt verurteilt wurde, und dennoch frisch, frei, fröhlich und munter im Nationalrat sitzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt also, Herr Bürgermeister Pongracz, Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, denn in Österreich hat nichts irgendwelche Konsequenzen. Ich wünsche Ihnen, dass das restlos aufgeklärt wird.

Ich wünsche mir für Österreich mehr politische Verantwortung, denn es reicht nicht immer, die Konsequenzen zu ziehen, auch wenn es keine strafrechtliche Relevanz hat. Oft wäre es angemessen, zurückzutreten.

Das ist jetzt nicht auf Oberwart alleine bezogen, sondern, wenn eine Gemeinde derartig in die roten Zahlen kommt und derartig hier eigentlich zutage tritt, welche

Fehlleistungen gemacht werden, dann muss man sich fragen, ob nicht auch eine politische Verantwortung angesagt wäre. *(Beifall bei den Grünen)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Pongracz das Wort.

Bitte Herr Kollege.

Abgeordneter Gerhard Pongracz (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe mir zu dieser Diskussion für den heutigen Tag schon einiges erwartet. Es ist auch einiges so gekommen, wie ich es mir vorgestellt habe.

Ich möchte aber trotzdem sachlich beginnen. Die erste Richtigstellung ist, dass ich selbst an den Klub und an den Landeshauptmann herangetreten bin und erklärt habe, dass ich möchte, dass meine Immunität aufgehoben wird. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Begründung dafür lautet, dass ich vom ersten Tag an immer für Transparenz und für Offenheit in dieser Diskussion um Oberwart eingetreten bin.

Man möge sich erinnern, dass ich der Erste war, der eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft geschickt hat. Das von dieser Staatsanwaltschaft beauftragte Landeskriminalamt arbeitet heute noch.

Es gibt also keinerlei Aufhebung oder Einstellung, wie es fälschlicherweise von der Frau Benkö immer wieder behauptet wird. Die Herrschaften des Landeskriminalamtes sind nach wie vor am Arbeiten oder Erarbeiten verschiedener Darstellungen.

Zum Zweiten war es so, dass ich zum selben Zeitpunkt, als die Behörde, nämlich die Abteilung 2, die Gemeindeaufsicht, in Oberwart mit ihrem Arbeiten begonnen hat, die Bediensteten sämtlicher Bankinstitute, wo wir Konten haben, vom Bankgeheimnis entbunden habe, sodass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Abteilung ungehindert in unsere Konten Einsicht nehmen können. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Genau die gleiche Aufhebung der Bankgeheimnisse habe ich für das Landeskriminalamt beziehungsweise letztendlich auch für den Landes-Rechnungshof erwirkt. Dies sage ich nur deshalb, um Ihnen deutlich zu machen, dass ich als Bürgermeister für Offenheit und Transparenz stehe. *(Beifall bei der SPÖ)*

Sie, Herr Abgeordneter Gradwohl, sprechen von einer ÖVP-Linie. Die kann ich wirklich bestätigen. Es gibt eine VP-Linie, wenn es darum geht, den Bürgermeister jetzt mit allen Mitteln und Möglichkeiten abzuschießen. Dabei vergisst man auf einiges.

Sehr geehrter Herr Kollege Gradwohl! Sie sind ja nicht so involviert, wie andere Damen und Herrschaften aus dem Bezirk. Ich attestiere Ihnen wirklich Gedächtnisschwund. Sie haben einen Verlust im Gehirn, denn Sie wollen ganz einfach nicht verstehen, *(Abg. Ing Rudolf Strommer: Heh! Heh! - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)* dass verschiedenste Dinge, die die Gemeindeaufsicht aufgezeigt hat, schon viel früher passiert sind.

Warum macht jetzt die Staatsanwaltschaft Eisenstadt über jene Leute, die 1972, 1974 im Gemeinderat waren, Erhebungen? Leider sind von diesen 25 Personen nur mehr sechs oder sieben am Leben. Damals wurde der Beschluss gefasst, an Beamte 15 Gehälter auszubezahlen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist in der Zwischenzeit repariert worden, weil es dem Gesetz nicht entspricht. 1992 kam der nächste Beschluss für die Vertragsbediensteten, aber, wenn es dem Gesetz nicht entspricht, dann spricht es nicht. Auf meinem „Mist“ ist das nicht gewachsen.

Ich habe das so übernommen. Es wurde mir klar gemacht, dass dies nicht dem Gesetz entspricht. Deshalb wurde es sofort geändert.

Was war 1996? Die letzte Überprüfung der Gemeindeaufsicht war 1996. Hatte man damals festgestellt, dass der Kassier gleichzeitig Buchender ist, oder der Buchende gleichzeitig der Kassier ist? Nein, mit keiner einzigen Silbe wurde es erwähnt!

2009 kam man zur Erkenntnis, dass das nicht sein darf. Vom ersten Tag dieser Feststellung an, das war ja keine Frage, ist der Buchende nicht mehr Kassier gewesen.

Wir haben in der Zwischenzeit auch Gemeinderatsbeschlüsse gefasst, wo mittelfristig eine andere Person als Kassier bestimmt war. Mit Beschluss vom 2. Feber dieses Jahres wurde nunmehr ein weiterer Kassier bestellt. *(Abg. Ilse Benkö: Alle anderen sind nun schuld, nicht wahr?)*

Bitte vergessen Sie deshalb nicht, dass die meisten Dinge nicht auf meinem „Mist“ gewachsen sind und dass es 1996 auch 7,8 Millionen Schilling an Abgabenrückständen gegeben hat. Das steht auch auf dem Papier. *(Abg. Paul Fasching: Das ist aber ein Unterschied zu den 5 Millionen Euro. Das ist ein großer Unterschied!)*

Das ist schon in Ordnung, *(Abg. Paul Fasching: Herr Kollege Pongracz! Das sind 10 Prozent davon! - Abg. Christian Illedits: Warum wurde dann die Gemeinde nicht kontrolliert?)* aber leider ist am 7. April des Vorjahres der Kassier und Buchhalter auf tragische Weise ums Leben gekommen *(Abg. Paul Fasching: Er ist doch der Bürgermeister! Er muss doch davon gewusst haben! - Abg. Christian Illedits: Da gibt es doch einen Prüfungsausschuss!)* und kann deshalb keine Antwort mehr geben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es tut mir aber sehr leid, dass er keine Antwort mehr geben kann, weil jetzt bin nur mehr ich da. Deshalb muss man jetzt auf den Pongracz zuarbeiten, hinarbeiten, draufhauen, ihn anpatzen und beschädigen. Warum eigentlich?

Ich kann Ihnen den Grund der ÖVP-Linie sagen. Ich bin ein sehr gastfreundlicher Bürgermeister und habe überhaupt kein Spielchen gemacht, als der Landeshauptmann-Stellvertreter auf mich zugekommen ist, und mir gesagt hat, dass er mit den Mandataren des Bezirkes einen Gemeindebesuch machen möchte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es war ein Gemeindebesuch, wie er, so sage ich einmal, unter Freunden passiert. Vielleicht unter Freunden seltener, wie dieser Besuch war.

Was hat man da gesehen? Auch die Zusammenarbeit mit der Landesrätin Resetar. Was hat man gesehen, was in Oberwart alles passiert? Was ist in den letzten Jahren in Oberwart alles entstanden?

Vom Biomassekraftwerk im Norden bis über das Einkaufszentrum, das wir voriges Jahr eröffnet haben, bis hin zum Impulszentrum und zu den ich weiß nicht wie vielen Firmen, die sich in Oberwart angesiedelt haben oder den vielen Schulen, die saniert worden sind.

Immer wieder sind der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter oder die Frau Landesrätin bei den Eröffnungen, Übergaben, Sanierungen oder bei den Neubauten anwesend gewesen. Wir sind eine moderne und zukunftssichere Stadt. Das heißt, so die VP-Linie, wenn wir ihn hier, bei der Möglichkeit, nicht wegbringen, dann bringen wir ihn eigentlich nie mehr weg.

Deshalb wird angepatzt und ein Mensch schlecht gemacht. Wissen Sie, was ich in diesem Jahr auch noch erlebt habe? Die Tatsache, wie man mit Menschen umgeht, die man eigentlich vielleicht doch versteht und schätzt.

So, wie die Klubobfrau Krojer, die mich jetzt erst einmal gebeten hat, ob ich mit ihr nicht dieses Betreute Wohnen besichtigen könnte? Kein Problem, habe ich gesagt, das mache ich sehr gerne. Ich war also sehr entgegenkommend. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wie man dann mit solchen Menschen umgehen kann, zeigt sich dort, wo es dann passiert, dass man heißes Fett in den Eingangsbereich geschüttet bekommt, wo vor dem Haus Lackdosen ausgeschüttet werden und das Haus selbst mit Tomatenmark beworfen wird. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Dann merkt man, dass der Betreffende hier eigentlich nervös wird. Das ist schon irgendwie eine Nervensache auch, meine Damen und Herren. Dann setzt man sich hin, konkret, die Frau Landesrätin Resetar und die Vizebürgermeisterin von Oberwart, und man sagt: Der gehört weg!

Dann kommt auch noch der Freiheitliche und sagt: Der gehört weg! Der gehört sogar in Untersuchungshaft!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bei all dem, was Ihnen jetzt aufgezählt wurde, wo ich vieles in Erinnerung rufen wollte, ist es ganz einfach so, dass ich die Verantwortung für die Stadtgemeinde übernommen habe, und ich sie auch weiterhin tragen werde. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Christian Sagartz, BA: Darüber wird die Staatsanwaltschaft befinden und nicht die Politik!*)

Wenn man vom Ruf der Politiker spricht, dann sollte man ein bisschen nachdenken, wie man untereinander mit sich umgeht. Welche Wortwahl findet man und wie greift man an? Wie kann man den Stand des Politikers etwas ins Positive bringen, wenn es schon im Negativen sein soll?

Wenn jetzt eine Kollegin oder ein Kollege hier sitzt, der vielleicht noch ein wenig Gewissen hat, dann appelliere ich an denjenigen, dass er wirklich nachdenkt, wie die politische Zukunft des miteinander Umgehens ausschauen möge.

Ich bitte Sie, jetzt keinen Applaus zu geben. Ich möchte ganz einfach nur zum Nachdenken anregen. Danke. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, der Herr Berichterstatter hat daher das Schlusswort. (*Abg. Vinzenz Knor: Ich verzichte!*)

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dem Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Korruption vom 11.2.2010, Aktenzeichen 5 St 54/09g, um Zustimmung zur Auslieferung des Abgeordneten Gerhard Pongracz zur staatsanwaltschaftlichen und strafgerichtlichen Verfolgung wegen der inkriminierten Vorwürfe wird somit einstimmig die Zustimmung erteilt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Da die Behandlung eines Dringlichkeitsantrages gemäß § 24 Abs. 3 und 6 GeOLT erst nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung beginnen kann, unterbreche ich die Sitzung nunmehr bis 13 Uhr 30 Minuten.

(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Die Sitzung wird um 12 Uhr 26 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr 36 Minuten wieder aufgenommen.)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend das Aufsichtsversagen auf Kosten der burgenländischen Gemeinden und SteuerzahlerInnen (Zl. 19 - 888) (Beilage 1410)

Präsident Walter Prior: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend das Aufsichtsversagen auf Kosten der burgenländischen Gemeinden und SteuerzahlerInnen, Zl. 19 - 888, Beilage 1410.

Da die Behandlung geschäftsordnungsgemäß nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung zu beginnen hat, erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Illedits das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Aufsichtsversagen auf Kosten der burgenländischen Gemeinden ist ja ein Dauerbrenner oder ein Dauerthema und zieht sich nun beinahe die gesamte Legislaturperiode so wie ein Rotor oder besser gesagt, weil es ja einen Schwarzen betrifft, wie ein schwarzer Faden durch die Tagesordnung des Burgenländischen Landtages.

Viele Anfragen und EntschlieÙungen, deren Adressat immer derselbe war, nämlich der Herr Gemeindereferent Franz Steindl, von dem wir eben seit Jahren einmahnen, was für ihn ohnehin eine Selbstverständlichkeit sein sollte, nämlich wir mahnen die Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben ein.

Wenn ich hier so eine Liste habe, *(Abg. Christian Illedits zeigt ein Blatt)* fünf Jahre, dann ist die elendslang. 29-mal haben wir uns mit diesem Thema hier beschäftigt, also einmal noch, dann haben wir den 30er erreicht. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Haben wir eh im Mai.)*

Eigentlich muss man sagen, das Aufzeigen, die Aufforderungen, Missstände zu beseitigen, gehen aber genauso oft ins Leere. Das hat dazu geführt, was auch schon in Vorreden bei anderen Tagesordnungspunkten diskutiert wurde, nämlich zu Kontrollnotstand und jetzt zu Opfern infolge von leidenden und in Mitleidenschaft gezogenen Gemeinden.

Durch dieses Aufsichts- und Kontrollversagen über viele Jahre sind burgenländische Gemeinden in einen Finanzkollaps geschlittert, und zuletzt, und auch heute jetzt wieder, in den Mittagsnachrichten zu vernehmen, die Gemeinde Heiligenkreuz im Lafnitztal.

Wovon spreche ich? Ich spreche nicht von Fällen, wo es aus Ursachen passiert ist, die von außen hereingebrochen sind, die nicht vorhersehbar waren, sondern ich spreche von vermeidbaren Fällen, von Schäden, die zweifelsohne ausgeüfert sind, weil der Herr Gemeindereferent seine Aufgaben nicht wahrgenommen hat und bis zum heutigen Tage nicht wahrnimmt oder es eben dort tut, wo er sich einen parteipolitischen Nutzen davon verspricht.

Deshalb herrscht dringender Handlungsbedarf. Es muss etwas geschehen, könnte man es kurz benennen, damit nicht noch mehr geschieht.

Und ich sage auch ganz deutlich, es geht nicht und überhaupt nicht ums Anpatzen von Gemeinden, denn dieses Geschäft, meine Damen und Herren von der ÖVP, besorgen Sie selbst, nämlich mit Anzeigen, mit Angriffen und mit Unterstellungen.

Ich behaupte und ich weiß es, dass in unseren Kommunen hervorragende Arbeit geleistet wird. Die Bürgermeister und ihre Mitarbeiter haben eine Fülle von Managementfunktionen zu erledigen, und da wird von vielen Kolleginnen und Kollegen ein toller Job gemacht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber die Wahrheit ist auch, sie arbeiten fleißig, emsig und gut und sie werden vom Gemeindereferenten im Stich gelassen. Die Gemeinden brauchen auch in dieser Hinsicht einen verlässlichen Partner, der sie zum einen schützt, zum anderen muss er sie unterstützen.

Dazu, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, sind Sie offenkundig noch immer nicht bereit. Die Aufsicht über die Gemeinden funktioniert unter Ihrer Führung nicht, und dies seit fünf Jahren.

Es gibt besorgniserregende Entwicklungen und es gibt aber auch, und das muss auch an dieser Stelle gesagt werden, einen, man könnte es sagen, positiven Gegenpol. Es gibt ein Hilfspaket für die Gemeinden. Herr Landesrat Helmut Bieler hat es geschnürt, er hat es aber auch ausgezahlt und überwiesen.

Das heißt, was wollen wir in diesem Landtag mit diesem Dringlichkeitsantrag beleuchten? Wir wollen drei wesentliche Dinge beleuchten.

Warum sind so viele Gemeinden in Bedrängnis? Der erste Punkt.

Der zweite Punkt. Warum werden Sie von der ÖVP sträflich im Stich gelassen?

Und drittens. Was macht das Land, um die Gemeinden zu stärken?

Wenn Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, hier mit Wegschauen brillieren, dann dürfen wir nicht länger zulassen, dass immer mehr Kommunen dadurch zu Schaden kommen und Schaden erleiden.

Wir wollen dies heute ganz klar auch in einem Dringlichkeitsantrag mit Konsequenzen vollzogen wissen.

Es gibt diesen aktuellen Anlass, der uns eigentlich wieder einmal bewog, hier dieses Thema in aller Öffentlichkeit zu diskutieren.

In der Vorwoche gab es einen News-Artikel, und hier wurde Folgendes zitiert: „Bei einer Reihe von außerordentlichen Projekten der Gemeinde hat es in keinem einzigen Fall die vorherige finanzielle Bedeckung der Vorhaben gegeben. Beim Bau des Gemeindezentrums hat die Aufsichtsbehörde drei Jahre lang auf die genehmigungspflichtigen Unterlagen warten müssen. Die Gemeindebehörde kann mittlerweile keine weiteren Darlehen für Heiligenkreuz mehr genehmigen, da die Gemeinde bisher eine äußerst mangelhafte und ungesetzliche Vorgehensweise an den Tag gelegt hat.“

Das ist eigentlich für den verantwortlichen Referenten, wie ich annehme, keine Überraschung, denn grobe Ungereimtheiten traten ja bereits vor Jahren in Heiligenkreuz auf.

Die Abteilung 2 hat nämlich, soweit unsere Recherchen stimmen, die Gemeinde Heiligenkreuz seit dem Jahr 2004 oft und mehrfach aufgefordert, Unterlagen zu genehmigungspflichtigen Geschäften vorzulegen. Auch die Frist zur Vorlage eines Sanierungskonzeptes verstrich ungenutzt.

Das ist das Fazit dieser sehr traurigen Geschichte für die Gemeinde Heiligenkreuz. Der Herr Gemeindereferent hat, wie schon oft, passiv zugesehen, wie dieser finanzielle Schaden ausufert.

Von einer präventiven Aufsichtsfunktion von Franz Steindl kann schon lange keine Rede mehr sein.

Der neue Leiter der Gemeindeabteilung bemüht sich redlich, (*Heiterkeit bei der ÖVP – Abg. Christian Sagartz, BA: Wenigstens muss er nicht rot werden.*) aber das Problem ist der politische Ressortchef, aber das Problem ist der politische Ressortchef, der nimmt nämlich seine Verantwortung nicht wahr.

Und wenn wir jetzt von Heiligenkreuz sprechen, dann gibt es heute eine Meldung im ORF, wo der Bürgermeister den Schuldenstand mit 5,7 Millionen Euro beziffert.

Die Opposition rechnet anders und sagt, sie kommen auf zehn Millionen Euro.

Fest steht auf jeden Fall, dass sich Heiligenkreuz mit Infrastrukturprojekten übernommen hat und noch dazu schuldet Heiligenkreuz der WiBAG auch 1,5 Millionen Euro und zwar für die Aufschließung von Grundstücken im Wirtschaftspark. Eine Interpretation der Gemeinde ist natürlich hier anders gestaltet.

Wenn man zurückblickt, dann können wir diesen roten Faden oder schwarzen Faden auch festmachen an einer schwarzen Liste. Man könnte sie als „Franz Steindls schwarze Liste der Gemeinden“ bezeichnen. Heiligenkreuz fügt sich hier in eine Reihe vergleichbarer Fälle an.

Es ist einige Zeit her, aber man darf es ja nicht in die Reihe „Wir vergessen das, was einmal passiert ist“ nehmen, sondern man muss noch immer sagen, der Schaden ist noch immer permanent, und wenn es den Gemeinden schlecht geht, dann ist das auch eine Auswirkung dessen, dass es natürlich ein Kontrollversagen bei den Devisenoptionsgeschäften gegeben hat. Auch damals sind die Gemeinden aufgrund des Kontrollversagens hier ins offene Messer gelaufen und man hat als Gemeindereferent hier über die Risiken zwar Bescheid gewusst, aber nichts getan.

Zurndorf war der krasseste Fall, wo eben in der Gemeinde die Abschlüsse nicht einmal mit Gemeinderatsbeschlüssen abgedeckt waren, und hier hat es dann zwei Jahre gedauert, bis diese Hochrisikogeschäfte abgestellt wurden. Auch hier haben wir uns im Landtag redlich bemüht, hier einen Riegel vorzuschieben.

Die Causa Strem hat gezeigt, dass sich der Herr Gemeindereferent über Bedenken seiner Kontrollorgane sogar per Weisung hinwegsetzt. Das KDZ, unabhängig, stellt Franz Steindl ebenso ein verheerendes Zeugnis wie ein unabhängiger Rechtsgutachter, aber auch der Landes-Rechnungshof aus.

Was bleibt unterm Strich? Acht Millionen Euro Schulden!

Dass die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen eingestellt hat, nehmen wir natürlich zur Kenntnis, was aber bleibt, ist die politische Verantwortung für diesen Schaden, die bleibt bei Ihnen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Steindls politische Verantwortung, aber in Oberwart keine politische Verantwortung!*)

Auch in Oberwart hat die Gemeindeaufsicht ihre Kontrollfunktion nicht wahrgenommen. Der Kollege Pongracz hat es im vorherigen Tagesordnungspunkt erwähnt, wenn trotz gravierender Mängel seit dem Jahr 1996 nichts geschieht, 13 Jahre lang wird nicht mehr kontrolliert, und davon gehören neun Jahre in den Verantwortungsbereich von Franz Steindl. (*Abg. Matthias Weghofer: Aber ich brauche keine Kontrolle, ich kontrolliere mich selber. – Abg. Andrea Gottweis: Sieben Jahre hat der*

Kollege Pongracz nichts gemerkt.) Nicht nachgeprüft, ob diese Mängel auch behoben wurden. Das ist ja der Jammer, dass Ihr Euch selber kontrolliert.

Auch in Neusiedl am See werden Schulden kolportiert, 32 Millionen. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Pamhagen! Parndorf! Selbstanzeige! Im Bezirk hätte der Herr Landeshauptmann genug zu tun.*) Natürlich auch für getätigte Investitionen, Herr Kollege Strommer, Sie werden es mir nachher sicher erzählen. Aber bei den Schulden von Neusiedl, auch für getätigte Investitionen, betone ich, aber den Kollegen Lentsch muss ich natürlich fragen, ob dieses Argument, welches für Sie gilt, auch dann gilt, wenn es für Schulden und Haftungen des Landes gilt. Das heißt, ob Sie hier mit gleichem Maß messen. Und ich frage nur, was tut der Herr Gemeindereferent? Er schweigt und schaut zu!

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie müssen sich als oberstes Gemeindeaufsichtsorgan Versagen vorwerfen lassen und die Belastungen für die Gemeinden sind unweit schwer.

Sie aber machen eines: Sie betreiben Parteipolitik, ziehen durchs Land und fordern ein fünf Millionen Euro umfassendes Kommunalpaket.

Wenn man jetzt die Zahlen hernimmt, für die Sie, nämlich für die Verluste mitverantwortlich sind, dann geht es um die doppelte Anzahl an finanziellen Dotierungen. So viel ist den Gemeinden entgangen.

Das heißt, die Gemeinden, das Land und die Steuerzahler hätten sich viele Millionen an Euro erspart, hätten Sie Ihre Kontrollfunktion wahrgenommen und erfüllt.

Weshalb ist es so, wie es jetzt eben ist? Eine kommunale Kontrollkrise! Weil Sie eben blockieren! Mehrere Ursachen sind natürlich verantwortlich für dieses Versagen. Eigentlich ist es verwunderlich und es ist eines Regierungsmitgliedes ja nicht würdig, aber wir orten Desinteresse und wir orten Ignoranz, weil anders ist es ja nicht erklärbar, dass Warnungen oft jahrelang in den Wind geschlagen werden und natürlich auch zusätzliches totales Organisationsversagen in der Abteilung. Jetzt, mit der neuen Leitung wird dies behoben.

Weil wenn seit 2001 nur mehr sporadisch Vor-Ort-Prüfungen in den Gemeinden durchgeführt wurden, dann weise ich immer darauf hin, dass Ihr Vorgänger, Landeshauptmann-Stellvertreter Jellasitz, das ganz anders gehandhabt hat und eben Vor-Ort-Prüfungen in hoher Anzahl organisieren hat können, und um Ihr Argument mit dem Personalunterstand, der nicht wirklich vorhanden ist, zu entkräften, genau mit demselben Personalstand wurden damals 50 Vor-Ort-Prüfungen durchgeführt. Sie machen eine!

Und was natürlich Ihr vordergründiges Interesse ist, ist natürlich Parteipolitik. Denn, jahrelang hängt eben diese Abteilung 2, diese Gemeinde-, Kontroll- und Prüfungsabteilung, an Ihrer politischen Weisungskette.

Und offensichtlich und ist ja festzustellen, bei allen Beispielen, die wir zweifelsohne kennen und die heute auch noch angezogen werden, dürfte diese Kontrollabteilung nur zuschnappen, wenn es politisch opportun war.

Das heißt, schwarzen Gemeinden wie Strem, Heiligenkreuz und Neusiedl passiert nichts. Da wird weggeschaut, wie der Schuldenberg ansteigt. Und dazu kommt natürlich eine völlig unverständliche Blockadepolitik bei der Verbesserung von unseren immer wieder geforderten Kontrollen.

Die erste große Chance haben Sie vergeben, als Sie Nein gesagt haben zur Abschaffung des Proporz und somit ein großes Kontrollpaket verhindert haben. Damit

wurde klarerweise verhindert, dass politische Verantwortung klarer definiert wird und auch vom Landtag eingefordert werden kann.

Auch alle Kolleginnen und Kollegen der ÖVP-Abgeordnetenriege haben das mit zu verantworten.

Sie blockieren die Ausweitung der Prüfkompetenz auf die Rechnungshöfe, die nötige Verfassungsänderung ist zwar im Regierungsprogramm verankert, aber sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene bremst hier die Volkspartei.

Denn wir wissen im Burgenländischen Landtag, und wir waren der erste Landtag österreichweit, der einen Antrag diesbezüglich beschlossen hat, auf Antrag der SPÖ, einen Dringlichkeitsantrag zur Verfassungsänderung in diese Richtung.

Wer hat Nein gesagt in diesem Hohen Hause? Nur die ÖVP!

Das heißt, damit haben Sie sich auch öffentlich zum ersten Mal gegen diese Kontrollinstanz, die Ausweitung der Kontrollinstrumente und gegen das Regierungsprogramm gestellt.

Ebenfalls blockiert wird ein möglicher Zwischenschritt zur Verbesserung. Gemeindeordnung, Sie wissen es, seit Monaten verhandelt, und wenn ich es vorhin, zu Beginn der heutigen Landtagssitzung, schon einmal gesagt habe, ich erwähne es zur Erinnerung, am 15.10.2008 gab es die ersten Parteienverhandlungen und am 19.1.2009 hat der GVV die Forderung zur Ausdehnung der Prüfkompetenz mit ausgelagerten Unternehmen als Muss in die Parteiengespräche eingebracht.

Solange haben Sie gebraucht, bis Sie eine Entscheidung, jetzt oder nachher werden Sie sagen, vom Verfassungsdienst bis Sie die bekommen haben. Sie haben aber erst im Juli dann wirklich eingefordert, nachdem sie schon einen Entwurf in Begutachtung geschickt hat, wo diese ausgelagerten, also die Prüfmöglichkeit für die ausgelagerten Gesellschaften nicht enthalten wäre.

Ich habe es Ihnen in den Parteienverhandlungen gesagt, niemand wäre Ihnen böse gewesen, niemand hätte Sie gehindert, diesen Entwurf mit der Prüfmöglichkeit für die ausgelagerten Gesellschaften in Begutachtung zu schicken, die Stellungnahmen wären abzuwarten gewesen.

Wir hätten Monate an Zeit eingespart und somit ganz klare Kontrollmechanismen hier geschaffen und somit die Gemeinden vor weiteren Verschuldungen hier möglicherweise bewahrt.

In den Medien interessanterweise behaupten Sie zwar Gegenteiliges, dass Sie auch für eine Lösung sind, aber, wie gesagt, im Entwurf haben Sie es nicht verankert.

Wenn man Sprichwörter zitiert, dann könnte man sagen, am Abend wird der Faule fleißig, oder salopper formuliert, wenn der Hut brennt und die Medien hinschauen, dann wird auch sogar der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter munter.

Offenbar, und auch das ist offenkundig, hat die ÖVP ein generelles Problem mit unabhängiger Kontrolle. Das beweist natürlich auch die Kritik am Landes-Rechnungshofdirektor Katzmann. Nur weil dieser seinen Job macht, nur weil dieser sich auf das Gesetz und auf Gutachten verlässt, wird er von der ÖVP jetzt als Drahtzieher einer Kampagne diffamiert.

Das darf niemanden in diesem Landtag kaltlassen, denn die ÖVP will offenbar das wichtigste Kontrollorgan des Landtages und die wichtigste Kontrollinstanz des Landes mundtot machen.

Die ÖVP hat auch, und nachzulesen in allen Protokollen, hier mehrfach Kontrollberichten die Zustimmung verweigert, nur weil ihr die Ergebnisse dieser Kontrollberichte eben nicht gepasst haben.

Wenn die (weisungsgebundene) Staatsanwaltschaft ein Verfahren einstellt, dann jubelt die ÖVP. Wenn der (weisungsfreie) Landes-Rechnungshof Fakten darstellt, wird er bedroht. Das nenne ich eindeutig ein doppeltes Spiel, das nenne ich Doppelmoral. Dieser Politik erteilen wir eine klare Absage. *(Beifall bei der SPÖ)*

Was fordern wir als Konsequenz dieses Versagens? Wir wollen, dass eine rasche Verbesserung der Kontrollmechanismen passiert. Diese, unsere Forderungen sind in dem heutigen Dringlichkeitsantrag formuliert, verankert, und wir wollen sie zum Beschluss erheben.

Sie lauten: Als Sofortlösung, als erster Punkt, ist die Prüfkompetenz der Prüfungsausschüsse in den Gemeinderäten auf ausgelagerte Gesellschaften auszuweiten.

100 davon gibt es im Burgenland. Die Prüfungsausschüsse der Gemeinden haben derzeit keine Möglichkeit, diese Gesellschaften zu überprüfen und seit heute, nach vielen Monaten Verzögerung, liegt uns eben dieser eingelaufene Gesetzesvorschlag vor.

Übrigens dieser, der nicht im Konsens ausverhandelt wurde. Wir haben deshalb auch einen eigenen einlaufen lassen, weil wir es eben nicht verstehen können, weshalb wir dann zu Parteienverhandlungen gehen, wo ein nicht im Konsens vereinbarter Entwurf heute eingelaufen ist.

Und wenn das heute hier passiert ist, dann, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, weil es einen Sonderlandtag gibt und dann, weil es klarerweise auf medialen Druck von außen jetzt natürlich auch ein indirektes Schuldeingeständnis gibt. Sie brauchen offenbar diesen Sonderlandtag als ÖVP, damit Sie Ihre Arbeit erledigen.

Aber es gibt sicherlich noch viel mehr zu tun, denn zum einen fordern wir, dass Franz Steindl die Gemeindefaufsichtsabteilung faktisch weisungsfrei stellt. Auch das ist rasch möglich und er muss die Abteilung so führen, dass sie als präventive Serviceeinrichtung begleitend berät, aber auch kontrolliert.

Sie muss frei sein von Parteipolitik, frei von taktischen Überlegungen. Sie muss ein echtes Sicherheitsnetz für die Gemeinden sein.

Weiters geht es um die kommunale Gebarungskontrolle insgesamt. Hier muss es eine große Lösung geben, nämlich die gesamte Prüfkompetenz für die Finanzgebarung im kommunalen Bereich soll eben auf den Landes-Rechnungshof übergehen.

Dazu, und das wissen wir, sind keine leichten Schritte, aber doch mögliche Schritte notwendig und nötig.

Der Erste ist, die Änderung der Bundesverfassung im Regierungsprogramm vereinbart und raschest umzusetzen. Der Zweite, der muss nach dem Ersten gesetzt werden, nämlich die Prüfkompetenz für die Gemeinden eben auf den Landes-Rechnungshof übertragen, wobei die Prüfkompetenz des Landes-Rechnungshofes nicht nur die Gebarung der Gemeinden selbst, sondern auch die aller ausgelagerten Gesellschaften fallen soll.

Der Landes-Rechnungshof ist nämlich die einzige Instanz, die unabhängig und weisungsfrei agieren kann und diese Unabhängigkeit und weisungsfreie Kontrolle auch den Gemeinden garantieren kann.

Und wir sind überzeugt, dass dies die notwendige Antwort auf die von Gemeindereferent Steindl zu verantwortende Kontrollkrise ist. Das sehen wir als einzige richtige Antwort.

Klar ist aber auch eines: Die Gemeinden brauchen nicht nur ein besseres Kontrollnetz, sondern gerade angesichts dieser schwierigen Situation in dieser wirtschaftlichen Krise, sie brauchen auch finanziellen Rückhalt. Und dafür hat Landesrat Helmut Bieler mit diesem zugesagten Hilfspaket für die Verlierergemeinden gesorgt.

Es ist eigentlich sehr interessant, während der Herr Gemeindereferent Steindl wegschaut, ist eigentlich Helmut Bieler der, der sich um die Gemeinden kümmert und so eigentlich hier schon zum heimlichen Gemeindereferenten geworden, nämlich Unterstützer der Gemeinden mit finanziellen Mitteln und mit Pakttreue. *(Abg. Norbert Sulyok: Ein ganz schlechter Scherz. Ganz ein schlechter Witz. – Beifall bei der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Landesrat Bieler sei Dank!)*

Herr Kollege Sulyok, Sie haben auch Geld gekriegt, zweimal 1,7 Millionen Euro. *(Abg. Norbert Sulyok: Ist von ihm ausgegangen.)* Na klar, Ihr habt dem Budget nicht zugestimmt, deshalb ist es von Euch ausgegangen.

Zweimal 1,7 Millionen Euro werden für Gemeinden, die mit Einwohnerrückgang zu rechnen hatten, zur Verfügung gestellt.

Wenn immer wieder der Kollege Radakovits erwähnt wird, also ich denke, Kollege Schmid hat dort in diesem Team genauso mitverhandelt und dieses Ergebnis für die burgenländischen Gemeinden erreicht.

Und es sind ja auch viele ÖVP Gemeinden dabei und ich glaube sogar, mehr als SPÖ geführte Gemeinden, die eben Nutznießer dieses Paketes sind.

Aber Faktum ist auch, dass Sie weder dem Budget, noch dem Nachtragsvoranschlag zugestimmt haben. Sie haben wieder Doppelmoral bewiesen.

Zum einen stimmen Sie einem Paktum zu, dann stimmen Sie aber dem nicht zu, wo die Basis für alle finanziellen Mittel liegt, nämlich, den budgetären Voraussetzungen. Das muss auch den Menschen gesagt werden, dass Sie hier immer doppelbödig agieren.

Das müssen die Kommunen des Landes wissen. Sie haben die Gemeindeaufsicht vernachlässigt. Wir schauen im Gegenteil dazu, dass die Kommunen sicher durch schwierige Zeiten kommen.

Deshalb darf ich Sie ersuchen, unserem Dringlichkeitsantrag auch die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch *(der den Vorsitz übernommen hat):* Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich finde es recht interessant, wie der Rechnungshof immer wieder ins Spiel gebracht wird. Offensichtlich ist er doch ein Spielball jener, die er zu prüfen hat. Je nachdem, wie die Prüfungsergebnisse dann ausgehen, ist er entweder nett, oder Komplott, oder wie auch immer.

Ich denke, dass wir einen Landes-Rechnungshof haben, der sicher sehr bemüht ist und auch sehr genau arbeitet. Ich denke, dass wir ihn vielleicht aus dem politischen Spiel herauslassen sollten. Egal jetzt in welcher Richtung.

Das beziehe ich auch auf die Verhandlungen zum Landes-Rechnungshofgesetz. Wir können nicht ein Gesetz verhandeln, wo im Hintergrund Personen, die man irgendwie schätzt, nicht schätzt oder mehr oder weniger schätzt, sozusagen dann ihren Niederschlag im Gesetz finden.

Das muss von der politischen Seite ebenfalls außer Acht gelassen werden. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang insofern zu Wort melden, ich habe es heute schon gesagt, dass die Gemeinden durch die Wirtschaftskrise, durch ihre Mindereinnahmen oder Einnahmenverluste, die sie hinnehmen müssen, und die Tendenz, immer mehr auszulagern, sehr unter Druck stehen. *(Abg. Leo Radakovits: Auf die Gemeinden auszulagern!)*

Wir kennen das Problem. Ich habe jetzt gemeint, dass die Gemeinden, ihre Schulden auslagern. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, es ist richtig, es ist eine Auseinandersetzung, eine Konfliktsituation zwischen Bund, Land und Gemeinden, wer sozusagen welche Aufgaben zu tätigen hat. Da ist sowohl der Bund unter Druck als auch die Länder, als auch die Gemeinden.

Das ist eine Entwicklung, die ebenfalls festzustellen ist. Es ist ebenfalls festzustellen, dass die Kontrolle in diesen Entwicklungen nicht nachgezogen ist, der Entwicklung nicht standgehalten hat, und dass wir einfach Kontrolldefizite haben.

Abgesehen davon, dass wir nicht alles kontrollieren dürfen. Ausgelagerte Unternehmen kann bis zum heutigen Tag niemand kontrollieren. Das kann kein Zustand sein. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es kann auch nicht so sein, dass wir über Jahre eine Entwicklung haben, wo wir genau sehen, was passiert, und es passiert aber nichts in der Kontrolle.

Ich möchte noch einmal hier kritisieren, dass wenn wir von Oppositionsrechten, von Kontrollrechten, von Minderheitenrechten sprechen, dass wir hier auch von Transparenz sprechen. Da habe ich das Gefühl, dass es nur schleppend weitergeht.

Es kann nicht nur Aufgabe der Opposition sein, hier etwas vorzubringen, vor allem wenn dann die Zweidrittelmehrheiten bei den beiden Großparteien liegen.

Ich frage mich, warum man auf Bundesebene, und darauf müssen Sie die Antwort geben, denn es sind Ihre Parteien, noch keine Regelung gefunden, dass die Rechnungshöfe die Gemeinden überprüfen können? Im Regierungsübereinkommen steht es. Man hat es 100 Mal nach außen hin erklärt. Passiert ist aber gar nichts.

Das heißt, die Conclusio für mich ist: Die beiden Regierungsparteien haben Null Interesse, denn, hätte man es gewollt, würde es diese Möglichkeit schon geben.

Nun zur Gemeindeaufsicht. Wir haben gefordert, dass die Gemeindeaufsicht die ausgelagerten Unternehmen der Gemeinden überprüfen darf. Geht nicht. Widerspricht die Bundesverfassung. Was hindert die beiden Regierungsparteien, die Bundesverfassung zu ändern?

Sagen Sie nicht, die Oppositionsparteien hindern die Regierungsparteien an Verfassungsbeschlüssen. Ich glaube, hier hätten Sie sehr wohl bei allen Oppositionsparteien sofort einen Partner, das zu beschließen.

Die Kontrolldefizite sind hausgemacht. Das ist einmal der eine Punkt. Der zweite Punkt ist der, dass wir SPÖ- und ÖVP-Gemeinden haben, die wir durchaus alle in einen Topf schmeißen können, nämlich, weil sie in finanziellen Situationen so prekäre Verhältnisse haben. Das ist, meiner Meinung nach, auch ein Kontrolldefizit.

Hier muss ich auch sagen, dass wir das auch immer wieder betont haben, dass die Gemeindeaufsicht sehr wohl diese Kontrollfunktion hat, diese aber in der Vergangenheit sträflichst vernachlässigt hat. Denn, wenn wir hören, dass Gemeinden 15 Jahre nicht überprüft worden sind, dann ist das ein Kontrolldefizit der Gemeindeaufsicht. Das ist ganz klar. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn wir jetzt eine Situation haben, wo SPÖ und ÖVP sich gegenseitig behindern und blockieren, dass der eine zuständig ist für die Abteilung, der andere zuständig ist für das Personal, da die Kritik kommt, es gibt nicht das Personal, da die Kritik kommt, die arbeiten nichts, dann sage ich, dass diese Auseinandersetzung, dieser Streit zwischen SPÖ und ÖVP auf dem Rücken der Menschen und der Gemeinden ausgetragen wird.

Das kann es bitte nicht sein. Es kann nicht sein, dass Eure Auseinandersetzung immer wieder an den Menschen hängen bleibt, Ihr sozusagen die Verantwortung habt, und sie nicht wirklich wahrnehmt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe heute auch schon gesagt, dass verschiedene Bereiche die finanziellen Situationen so strapazieren. Wie gesagt, es sind die Spekulationsverluste. Das hat man jetzt halbwegs im Griff. Aber auch hier hat es viel zu lange gedauert.

Der zweite Punkt betrifft die Infrastrukturbauten. Jede Gemeinde hat ein wunderschönes Feuerwehrhaus mit allem ausgestattet. Das ist unantastbar, das ist ein Tabu. Es wird nicht überlegt, ob eine Gemeinde, die fünf Nebengemeinden hat, vielleicht versuchen sollte irgendwie eine gemeinsame Organisationseinheit zu schaffen. Soll so sein.

Wir haben offensichtlich dieses politische Ziel. Wenn wir uns dieses politische Ziel gesteckt haben, dann müssen wir dazu stehen, denn dann müssen wir auch sagen: Na gut, dafür regnet es bei der Volksschule beim Dach herein.

Da gibt es also Ungleichgewichtungen in den politischen Zielsetzungen, die man auch einmal hinterfragen muss, ohne dass es nachher heißt: Die Grünen sind gegen die Feuerwehr. Man hat nur ein bestimmtes Geld zur Verfügung. Deshalb muss man einfach die richtigen politischen Zielsetzungen vorgeben.

Viele Gemeinden sind aber mit diesen Infrastrukturbauten völlig überfordert. Wir sehen es ja auch. Wenn ich mir die ausgelagerten Unternehmen anschau, dann stellt sich die Frage, was das für Unternehmen sind.

Das sind dann irgendwelche Seniorenzentren, Gemeindebauten, Kulturhäuser oder was auch immer. Wir sehen, dass hier die Gemeinden an die oder über die Grenzen ihrer Möglichkeiten sehr oft hinausgehen.

Die Leasingverträge, wo man dann erst in zwei Jahren etwas zahlen muss, und im Budget gar nichts vorsehen muss, und so weiter. Auch das ist jetzt offensichtlich von der Gemeindeaufsicht gestoppt worden.

Meine Gemeinde selbst, wo wir auch sehr viel Bauchweh hatten, hat auch etliches diesbezüglich überlegt. Obwohl die Situation schwierig ist, werden wir jetzt auch hier einen finanziellen Riegel verschieben und werden mit keinerlei weiteren Aktionen mehr mitgehen.

Das heißt, die derzeitigen finanziellen Umstände sind so, dass die Gemeinden sich nur schwer bewegen können. Die Außenstände, die nicht eingefordert werden, sind ebenfalls ein Kapitel.

Ich denke, da sind schon auch die Prüfungsausschüsse gefordert, die das auch überprüfen und dort auch den Hebel ansetzen müssen. Wir haben viele Gemeinden im Gespräch. Der Klubobmann Illedits hat einige davon genannt.

Bekannt sind in den Medien mittlerweile Oberwart, Großpetersdorf, Pamhagen, Strem, Heiligenkreuz und Neusiedl, wo offensichtlich die Finanzen außer Kontrolle geraten. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wer sagt das? Wer sagt das?)*

Da braucht einer dem anderen nichts vormachen, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wer sagt das, was Sie jetzt gerade behauptet haben?)* wenn beispielsweise in Neusiedl bei den ausgelagerten Unternehmen 30 Millionen Euro an Haftungen, Schulden, oder alles Mögliche, was noch ausständig ist, schlummert, dann ist das nicht wenig. *(Abg. Leo Radakovits: Wenn Sie die Einnahmen dazu rechnen, schaut das ganz anders aus. - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Frage ist doch immer: Welche Einnahmen habe ich? - Abg. Leo Radakovits: Das entscheidende Kriterium sind doch die Einnahmen. Was reden Sie da? - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nur die Höhe ist kein Kriterium! - Abg. Leo Radakovits: Sie können doch nicht einfach hier eine Zahl herausgreifen und mit dieser herum jonglieren. Einfach keine Ahnung davon zu haben, was hier dahinter steckt.)*

Oder auch in Großpetersdorf - um eine SPÖ-Gemeinde zu nennen. Da wird es notwendig sein, dass auch hier Transparenz einkehrt. *(Abg. Leo Radakovits: Zu tragen! Zu tragen bereit zu sein! Die Bürgermeister!)*

Wer hindert eine Gemeinde, von ihren eigenen Unternehmen die Finanzen auf den Tisch zu legen? Wer hindert sie? *(Abg. Leo Radakovits: Niemand! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann erwarten wir, dass diese Gemeinden dies auch tun. Aber, es passiert ja nicht. Wenn überhaupt irgendwie jemand etwas offen legt, dann sicherlich nicht die ausgelagerten Unternehmen. Abgesehen davon, ist auch die gesamte Kameralistik, die ganze Budgetdarstellung für heutige Verhältnisse einfach völlig überaltert.

Das hat auch der Rechnungshof gesagt, und fordert die Länder auf, ihre Budgetdarstellung in Bilanzen darzustellen. Das wäre auch für die Gemeinden notwendig. *(Abg. Leo Radakovits: Da wäre es aber auch notwendig, dass die Abgeordneten darauf reagieren und sich vielleicht mit der Kameralistik beschäftigen. Welche Zahlen man miteinander kombinieren muss, um klare Werte zu erhalten.)*

Das ist richtig. Ich meine, mir braucht niemand vorwerfen, dass wir das Budget nicht von vorne bis nach hinten und von hinten nach vorne durcharbeiten. *(Abg. Leo Radakovits: Man kann doch hier nicht immer mit der Verschuldungszahl operieren.)*

Trotzdem kann man in diesem Budget alles verstecken, was man nur will, und das ist das Problem. Das heißt, die Darstellung, die Budgetdarstellung, ist nicht transparent. Wenn der Rechnungshof nicht immer wieder die Länder zwingt, gewisse Dinge darzulegen, dann tun sie es nicht freiwillig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl: Das ist in der Buchhaltung genauso.)*

Ja, es ist richtig. *(Abg. Leo Radakovits: Das ist eine Frage der Bewertung!)* Man kann auch in einer Buchhaltung, in einer Bilanz viel verstecken. Ist richtig. Das wesentliche ist aber, dass die Darstellung transparent und für die Gemeinden, und ich sage jetzt einmal auch für den Bürgermeister letztendlich lesbar ist.

Wir haben im Wesentlichen drei Forderungen gehabt. Der einen Forderung wurde jetzt stattgegeben. Das ist die Prüfung der ausgelagerten Unternehmen durch den Prüfungsausschuss. Das wird jetzt in der neuen Gemeindeordnung, sofern sie irgendwann auch einmal in Kraft tritt und beschlossen wird, geregelt. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Möglichkeit der Gemeindeaufsicht in ausgelagerten Unternehmen liegt bei SPÖ und ÖVP im Bund und wird bisher völlig ignoriert. Genauso die Kontrolle durch den Landes-Rechnungshof .

Wenn Sie schon sagen, dass Ihr einziges Anliegen, außer der Prüfung durch den Prüfungsausschuss, die Ausweitung Ihrer Kompetenzen als Bürgermeister war, dann haben Sie das in dieser Gemeindeordnung auch leidlich gemacht. Das wird auch der Grund sein, warum wir dieser Gemeindeordnung nicht zustimmen werden.

Auf der anderen Seite habe ich vom Missbrauch der Opposition und der kleinen Parteien gehört, wenn man die Kontrollrechte für jene verbessert. Da könnte das missbraucht werden. Dass ein Bürgermeister etwas missbraucht, auf die Idee kommt man gar nicht. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann gibt es diesbezüglich auch Anzeigen, wenn ein Bürgermeister sein Amt missbraucht. Auch das gibt es. Wir haben erst jüngst das Beispiel, dass in Großpetersdorf eine Anzeige gegen den Bürgermeister gemacht worden ist. *(Landesrat Helmut Bieler: Heißt das jetzt, dass er sein Amt missbraucht hat, wenn eine Anzeige aufliegt?)* Nein, das heißt es noch nicht. *(Landesrat Helmut Bieler: Eben!)* Das ist richtig.

Das soll aber auch geklärt werden. Das ist die Frage. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Eine wirklich interessante Stellungnahme, Herr Landesrat! - Abg. Ewald Gossy: Das gilt aber auch für alle! - Landesrat Helmut Bieler: Eine Anzeige allein reicht nicht. - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn Sie den Prüfbericht lesen, dann ist darin, aus unserer Sicht, eindeutig ein strafrechtlicher Tatbestand gegeben. *(Abg. Christian Sagartz, BA: In den letzten Jahren, haben Sie diesbezüglich anders argumentiert. - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nämlich, wenn man dem Gemeinderat falsche Unterlagen vorlegt, weil man bestimmte Budgetüberschreitungen ohne Gemeinderatsbeschluss getätigt hat, dann muss man auch damit rechnen, dass man wissentlich sozusagen auch jemanden getäuscht hat.

Das ist ein klarer Fall von Amtsmissbrauch. Aber, die Staatsanwaltschaft soll das überprüfen. Das steht so im Prüfbericht. *(Landesrat Helmut Bieler: Wenn es so ist.)* Wenn Sie den Prüfbericht lesen, ich habe das mehreren Anwälten anschauen lassen, dann ist das ganz eindeutig. Daher erfolgte eben auch die Anzeige auf Überprüfung, ob dem auch so ist.

Diese Gemeinde befindet sich seit langem bereits in einer kritischen Situation. Auch hier haben wir Spekulationen von 300.000 Euro Verlust, wobei die Folgeverluste noch nicht berücksichtigt sind. *(Abg. Doris Prohaska: Aber nicht in Großpetersdorf! Ein Plus von 33!)* Einnahmerückstände von 645.000 Euro. *(Ein Zwischenruf der Abgeordneten Doris Prohaska)* Das steht so im Prüfbericht.

Außenstände, Einnahmerückstände von 645.000 Euro, Schulden und Verbindlichkeiten auch wie man da heute hören, bis an die zehn Millionen Euro, wenn man alle Verbindlichkeiten zusammenrechnet. Der Prüfbericht der Gemeindeaufsicht vom 28. Jänner bestätigt rechtswidrige Handlungen des Bürgermeisters.

In diesem Fall geht es ganz konkret um Budgetüberschreitungen. *(Abg. Christian Illedits: Rechtswidrig? Ich frage Sie: Steht im Prüfbericht rechtswidrig?)* Der Prüfbericht ist vernichtend. Wenn Sie sich das anschauen, dann werden Sie feststellen, dass es auch unrechtmäßige Auftragsvergaben durch den Gemeindevorstand gegeben hat. Auch der wird sich verantworten müssen. *(Abg. Doris Prohaska: Einstimmige Beschlüsse!)*

Es hat auch Projekterweiterungen des Vorstandes mit einstimmigen Beschlüssen im Nachhinein gegeben. Das ist klar, wenn man sie im Nachhinein absegnen lassen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Christian Illedits: Gibt es auch. Das ist doch nicht unlogisch.)*

Gut. Die zweite Gemeinde, um nicht bei einer SPÖ-Gemeinde alleine zu bleiben, nämlich, Heiligenkreuz, das heute wieder Gegenstand der Berichterstattung des ORF gewesen ist, versinkt in den Schulden.

Hier sind die Angaben zwischen fünf und zehn Millionen Euro. Das erinnert mich an das, was hier im Landtag diskutiert wird, nämlich, wie hoch die Schulden tatsächlich sind. Das alleine zeigt schon einiges, wenn man nicht weiß, ob es fünf oder zehn Millionen sind.

Bitte, was ist das für eine transparente Darstellung der ganzen Finanzen, wenn es möglich ist, dass so divergierende Aussagen gemacht werden? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben dort seit 2008 einen grünen Gemeinderat. Der hat vom ersten Tag an gesagt, dass diese Gemeinde zahlungsunfähig und am Ende ist. Dieser Bürgermeister ist nicht in der Lage, diese Gemeinde zu führen und der Amtmann ist schon lange dazu nicht mehr in der Lage.

Jetzt ist die Situation so, dass man auch von Landesseite sagt, dass der Amtmann bleiben muss, auch wenn er nicht in der Lage ist, die Gemeindeverwaltung zu führen. Auch der Bürgermeister ist dazu nicht in der Lage.

Unser Gemeinderat sagt schon seit 2008, dass vom Land irgendein Regierungskommissär oder irgendwer diese Gemeinde verwalten sollte.

Wir schlittern ins Chaos. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat voriges Jahr noch gesagt, dass kein akuter Handlungsbedarf besteht. Jetzt haben wir die Situation, dass die Finanzen in der Gemeinde Heiligenkreuz völlig überborden.

Das hat auch mit dem Wirtschaftspark zu tun. Das ist für uns auch ein negatives Beispiel, wenn man einer Gemeinde tausende Arbeitsplätze verspricht, dann nur 350 zustande kommen, aber die Investitionen, die Verpflichtungen und vor allem die Erwartungshaltung auf tausende Arbeitsplätze ausgerichtet sind. *(Abg. Willibald Stacherl: Waren Sie nicht bei den diversen Landtagssitzungen dabei, wo eindeutig festgestellt wurde, dass die Gemeinde mehr erhalten hat, als sie bezahlen hat müssen? Das steht auch so in der Niederschrift. Das kann also nicht die Schuld sein!)*

Tatsache ist, dass die Gemeinde Heiligenkreuz, zum Beispiel, keine Kanalanschlussgebühr von Lenzing bekommen hat und die Firma Lenzing auch keine Kanalbenutzungsgebühr zahlt.

Das hat aber sicher nicht die Gemeinde Heiligenkreuz zugesagt, sondern das ist die Vereinbarung, die dort eingegangen worden ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch die Grundsteuer muss nicht bezahlt werden. Wo sind denn dann die Einnahmen? Die Einnahmen sind nur mehr aus der Kommunalsteuer. Sie sind aber verpflichtet, die Instandhaltung der gesamten öffentlichen Bereiche, den Winterdienst und

die Pflegemaßnahmen zu tätigen. Das heißt, letztendlich kommt weniger herein, als sie dafür ausgeben müssen.

Sie müssen ja 50 Prozent der Investitionskosten refundieren. *(Abg. Willibald Stacherl: Es ist eindeutig erwiesen, dass sie mehr bekommen haben, als sie bezahlt haben.)* Jetzt möchte ich nicht sagen, dass der Wirtschaftspark alleine das Unglück von Heiligenkreuz war, aber das ist ein Baustein. Das die gesamte Gemeindeführung dort unfähig und nicht in der Lage ist, diese Gemeinde zu führen, das ist der springende Punkt.

Die gehören ausgetauscht. Das sieht man sehenden Auges seit mindestens zwei Jahren. Solange ist es uns bekannt. Ich weiß nicht, wie viel man noch warnen muss. Diese Gemeinde geht sehenden Auges in den Untergang und es passiert nichts.

In diesem Sinne glauben wir auch, dass bei der Gemeindeaufsicht sehr viel geändert werden muss. Dass dort Personal hingehört, das gut ausgebildet ist, dass in der Lage ist, diese ganzen wirtschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen, zu überprüfen und wenn notwendig auch die Gemeinden unterstützen kann. Dazu braucht es entsprechendes Personal und auch eine politische Verantwortlichkeit.

Diese hat diese Regierung zu tragen. Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn Menschen und Gemeinden durch den Streit der zwei Regierungsparteien auf der Strecke bleiben. *(Beifall bei den Grünen)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Ilse Benkö das Wort.

Bitte Frau Kollegin.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Danke. Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der SPÖ strotzt vor Kampfrhetorik und Polemik. Liest man sich den Antrag durch, dann könnte ein Unwissender zur Meinung gelangen, die ÖVP verfüge über die absolute Mehrheit im Landtag und in der Regierung und Franz Steindl sei allein verantwortlicher Landeshauptmann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Christian Illedits: Lesen kannst Du schon, oder?)*

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Die von Ihnen formulierten Forderungen in der Beschlussformel sind inhaltlich größtenteils natürlich auch in unserem Sinn. Die Begründung gefällt mir teilweise aus besagten Gründen überhaupt nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man sich die Forderungen an den Gemeindereferenten zu Gemüte führt, dann lässt die Wortwahl ganz wenig Interpretationsspielraum zu. *(Abg. Christian Illedits: Das ist ein Antrag. Was wollen Sie da interpretieren? Das ist, wie gesagt, ein Antrag.)*

Um die Zusammenarbeit, und das hat auch die Kollegin Krojer schon angesprochen, zwischen den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP im Sinn der Sache, geht es dabei, leider Gottes, gar nicht. Das ist eigentlich das Traurige. Leiden müssen die Menschen in den Gemeinden. Traurig aber wahr.

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben auch schon gehört, dass die Staatsanwaltschaft die Erhebungen gegen Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl in der Causa Strem zwar eingestellt hat, was ihn allerdings noch lange nicht aus der Verantwortung entlässt. Nämlich, genauso wenig wie auch den Herrn Landeshauptmann und die restlichen Mitglieder der Landesregierung.

Auch das hat die Kollegin angesprochen. Die Berichte des Landesrechnungshofes sprechen nämlich insgesamt der Landesregierung ein verheerendes Zeugnis aus.

Auch der Herr Landeshauptmann Niessl und seine SPÖ tragen für die Skandale auf kommunaler Ebene am laufenden Band Verantwortung. Für alles die Gemeindeaufsicht verantwortlich zu machen, das ist zu einfach und das wird der Wahrheit auch nicht gerecht.

Ich versuche das an Hand von einem Beispiel fest zu machen. Wenn ein amtsbekannter Alkoholiker stunden-, tage- oder wochenlang landauf, landab betrunken mit dem Auto unterwegs ist und ihm die Polizei kein einziges Mal auf die Schliche kommt, dann muss auch die Polizei zur Rechenschaft gezogen werden, weil sie nicht dort war, wo sie hätte sein sollen, warum auch immer. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Der Umkehrschluss, geschätzte Damen und Herren, daraus ist aber nicht, dass der alkoholfahrende Fahrer aus seiner Verantwortung entlassen und die Polizei bezichtigt wird, am Umstand, dass sich der Autofahrer betrunken hat, schuld zu sein. Passen Sie auf, was das für die Gemeinden, für die Finanzen und für diese ganzen Skandale bedeutet.

Natürlich ist diese Sache im unmittelbaren Verantwortungsbereich vom ÖVP Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl angesiedelt. In der Gemeindeaufsicht ist es nämlich zu Entwicklungen gekommen, die letztendlich bewirkt haben, dass die Gemeindeaufsicht heute, leider Gottes man muss es so sagen, auf dem Boden liegt und das ist schlimm genug.

Derzeit kommt sie nicht nach, weil in der Vergangenheit sich das eben so gezogen hat. Jetzt sind wir dort, wo wir sind und das ist traurig für uns alle.

Das bedeutet aber noch lange nicht, dass der ÖVP Landeshauptmann-Stellvertreter unmittelbar direkt und persönlich für alle Skandale und für alles, was passiert ist, verantwortlich ist. Für alles, was in der letzten Zeit in den 171 Gemeinden, Gott sei dank nicht in allen, sondern in einigen der 171 Gemeinden, passiert ist.

Wir haben auch schon gehört, dass die SPÖ so tut, dass zeigt der Fall Oberwart eindrucksvoll, als hätten die Bürgermeister, die Gemeindevorstände, die Gemeinderäte und auch die Amtmänner keine Verantwortung. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Sie tun doch so, als hätten sie als Landeshauptmann Partei mit absoluter Mehrheit keine Verantwortung. Geschätzte Damen und Herren! So kann es ja wohl nicht sein.

Wenn ich höre, dass in der Gemeindeabteilung derzeit lediglich ein Jurist seinen Dienst verrichtet, dann stelle ich mir persönlich primär zwei Fragen.

Die erste Frage. Warum stellt der Landeshauptmann als Verantwortlicher für Personalangelegenheiten der Abteilung nicht mehr Personal zur Verfügung? Das ist die erste Frage, die ich mir stelle. Sie dürfen sie mir dann bitte beantworten.

Die zweite Frage muss ich an Sie stellen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Warum wehren Sie sich nicht dagegen? Das kann ich auch nicht verstehen.

Diese Frage, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, die müssen Sie sich wohl gefallen lassen, weil schließlich und endlich sind Sie auch für die Abteilung selbst und hauptverantwortlicher Referent in der Landesregierung.

Sie hätten doch längst Konsequenzen einleiten können. Wenn der Herr Landeshauptmann schon behauptet, er würde mit demselben Personal ein Vielfaches an

Leistung erbringen können, dann sage ich Ihnen, so weh es Ihnen vielleicht tut, übergeben Sie ihm die Abteilung, dann schauen wir, wie es weiter geht.

Daran, dass Sie teilweise für Dinge geprügelt werden, die auch andere zu verantworten haben, oder wofür auch andere verantwortlich sind, an dem sind Sie, meiner Meinung nach, selber schuld, weil Sie nichts ändern.

Damit jemand falsch spielen kann, so, wie es die SPÖ in vielerlei Sachen tut, braucht es nämlich zwei. (*Abg. Christian Illedits: Was tun wir?*) Der eine, der es zulässt, und den anderen, der nichts Wirksames dagegen unternimmt. So schaut es aus. (*Abg. Christian Illedits: Was tun wir? Wie war das?*)

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Beide Regierungsparteien, SPÖ und ÖVP, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie im Bereich der Kontrolle und in den Gemeinden in den letzten Jahren versagt haben. Das ist so. Sie haben versagt! Sie haben ihre Verantwortung nicht wahrgenommen! (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Das sie in dieser wichtigen Frage nun auch noch, und das tut mir in meiner Seele weh, gegeneinander, und nicht miteinander arbeiten, dass ist das Traurige. Das ist die traurige Fortsetzung. Die Kollegin Krojer als Oppositionspartei hat es angesprochen. Ich sage es für die FPÖ: Wir sagen uneingeschränkt „Ja“ zu mehr Kontrolle. Das ist unsere Forderung. Das wird sie auch in Zukunft sein.

Aber, SPÖ und ÖVP haben aus den Skandalen, leider Gottes, in der vergangenen Zeit nichts gelernt. Das zeigt auch, unter anderem, der Umstand wonach die Bürgermeister, so sieht es der jüngste Entwurf der Gemeindeordnung vor, in finanziellen Bereichen in Zukunft sogar noch mehr Handhabe bekommen sollen.

Das Nichtfunktionieren von Kontrollinstrumenten und Kontrollmechanismen, haben letztendlich rot und schwarz gemeinsam zu verantworten.

Wir können auch nichts dafür, dass der Landes-Rechnungshof noch immer nicht auf die Gemeindegebarung prüfend zugreifen kann. Auch das haben SPÖ und ÖVP verbockt.

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Der SPÖ-Dringlichkeitsantrag ist inhaltlich eine „no-na Geschichte“ und zwar gespickt, und das ist das, was ich nicht verstehe, mit unsachlichen Untergriffen, Kampfrhetorik und Polemik. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wir werden aus diesen Gründen dem Antrag unsere Zustimmung nicht erteilen.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Leo Radakovits das Wort.

Bitte Herr Kollege.

Abgeordneter Leo Radakovits (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! (*Zwiesgespräch zwischen Abg. Christian Illedits und Abg. Ilse Benkö*) Meine Damen und Herren! In dieser Woche hatte ich am Montag die Gelegenheit, in Wieselburg bei einer hochrangig besetzten Bürgermeisterkonferenz anwesend zu sein und gestern auch den Bundesvorstand des Gemeindebundes mit hochkarätigen Stellungnahmen erleben zu dürfen.

Im Gegensatz dazu muss ich mir dann Sie, Kollege Illedits, mit Ihren gemeindepolitischen Beiträgen anhören. (*Abg. Christian Illedits: Es muss für Dich doch ein Highlight in der Woche geben, nicht wahr?*) Dann muss ich schon sagen, dass das bei Weitem das Schwächste ist, was man sich vorstellen kann.

Ich will Ihnen gar nicht unterstellen, dass Sie es nicht anders können. Aber, was Sie hier abliefern, wie Sie es konstruieren, indem Sie die Bürgermeister eigentlich loben, sich selbst und die eigene Zunft, und gleichzeitig auf sie hinhauen, *(Abg. Christian Illedits: Auf die Bürgermeister? Das glaube ich nicht. Nein!)* weil, nichts anderes ist das, das ist einmalig. *(Abg. Christian Illedits: Entweder haben Sie es nicht verstanden oder Sie haben nicht zugehört!)*

Jede einzelne Unterstellung in dieser Richtung läuft gegen die Gemeinden *(Abg. Christian Illedits: Nein, sicher nicht!)* und hinterlässt bei diesen nicht nur den Geschmack, sondern auch diesen Zustand, *(Abg. Christian Illedits: Lesen Sie bitte den Antrag! Ich glaube, ich träume!)* dass hier alles durcheinander geht. Das haben sich die Gemeinden des Burgenlandes nicht verdient. *(Beifall bei der ÖVP)*

Worüber wird derzeit auf Bundesebene bei den Gemeinden diskutiert? Worüber wird derzeit diskutiert? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Christian Illedits: Welchen Antrag habt Ihr gelesen?)*

Wenn der Kärntner Kollege sagt, dass von den 132 Gemeinden mehr als die Hälfte Abgangsgemeinden sind, keinen Rechnungsabschluss zusammen bringen, ohne das sie einen Kredit dazu aufnehmen müssen.

Der Oberösterreicher meint, dass es von den 442 Gemeinden über 300 sind, die keinen Rechnungsabschluss zusammen bringen. Wir diskutieren hier über vier oder fünf Gemeinden, wo der Landeshauptmann-Stellvertreter schuld sein soll, dass es Probleme gibt. Ich kann Ihnen sagen, was auch derzeit am Tablett ist, weil es auch die Regierungsklausur des Bundes gegeben hat.

Warum müssen die Gemeinden über die Sozialhilfe das Pflegegeld mitsubventionieren? Wäre vielleicht eine Frage auch an den Bundesminister Hundstorfer.

Oder, die Mindestsicherung die auch über die Sozialhilfe den Gemeinden auf den Kopf fallen wird, wo wir uns jetzt schon die Sozialhilfe in dieser Höhe nicht leisten können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wo ist die Meldung an die Ministerin Bures, die mit den Eisenbahnkreuzungen zirka zwei Milliarden Euro, haben wir zusammen gezählt, an die Gemeinden über die Sicherung der Kreuzungen in die Budgets stellt?

Oder, die Postpartner direkt in den Gemeinden installieren will, ohne Ersätze dazu zu leisten. *(Abg. Christian Illedits: Sie haben das ausverhandelt.)* Wo ist auch Ihr Hinweis, dass wir uns vielleicht mit diesen Themen auseinandersetzen? *(Abg. Christian Illedits: Ihr habt das ausverhandelt. Sie haben das ausverhandelt. Ich sage nur: Mödlhammer & Co!)*

An die Ministerin Schmid, dass die Ganztagschule massiv auch die Pflichtschulträger belastet, mit mehr Personal am Nachmittag mit mehr Sachleistungen und natürlich mehr Betriebskosten, wenn keine Ersätze da sind. Das sind alles gute Einrichtungen.

Die Frage ist nur: Wer soll sie bezahlen? Ob es sich die Gemeinden leisten können, darüber sollten wir vielleicht diskutieren bevor wir hin- und herprügeln. *(Beifall bei der ÖVP - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, wir sind es schon bei Ihnen gewohnt. Vor zwei Jahren haben Sie die Devisenoptionsgeschäfte ins Visier genommen, und haben begonnen mit diesen Geschäften den Landeshauptmann-Stellvertreter zu prügeln. Was ist daraus geworden? *(Abg. Doris Prohaska: Das war notwendig. – Unruhe bei der SPÖ)* Was ist daraus geworden?

Fast Null Schaden für die Gemeinden. *(Abg. Christian Illedits: Glauben Sie wirklich?)* Fast Null Schaden für die Gemeinden. *(Abg. Doris Prohaska: Fast – groß geschrieben.)*

Warum? *(Abg. Christian Illedits: Das glauben Sie nicht wirklich, Herr Kollege.)* Weil die Bank eingesehen hat, das sie Fehler gemacht hat. *(Abg. Christian Illedits: Natürlich.)* Und die Gemeinden sehr wohl im großen Maße *(Abg. Christian Illedits: Hätten Sie sich einen Millimeter bewegt, hätten wir nicht etwas inszenieren müssen.)* ihre Sorgfaltspflicht auch wahrgenommen haben. *(Abg. Christian Illedits: Sie haben sich nicht einmal bewegt.)*

Herr Kollege, ich habe Ihnen auch zugehört. *(Abg. Christian Illedits: Sie haben sich nicht einmal bewegt.)* Ich habe mir auch das 20 Minuten zu Gemüte geführt, ich hoffe, ich darf auch ausreden. *(Abg. Christian Illedits: Nicht einmal bewegt haben Sie sich.)*

Strem - die Staatsanwaltschaft: Also ich frage mich noch heute, ich habe schon damals behauptet, dass dem Landeshauptmann-Stellvertreter ein wirtschaftspolitischer Orden hätte verliehen werden müssen mit dieser Weisung damals. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wie kommt man auf die Idee, dass man eine halbfertige Ruine hätte stehen lassen sollen? Der Staatsanwalt begründet es auch so, das man das nicht machen kann.

Wie hätte das Land je Mittel zurückbekommen? *(Unruhe bei der SPÖ)* Wie hätte das Land je Wohnbauförderungsgelder zurückbekommen, wenn keine Einnahmen da sind? Wenn nicht die Fertigstellung da wäre, wenn keine Einnahmen gekommen wären.

Also gerade vom Rechnungshof vom Landes-Rechnungshofdirektor hätte ich mir schon in dem Maße erwartet, dass die wirtschaftspolitische, und gerade diese Situation wird geprüft, und das dieser Aspekt unter die Lupe genommen und bewertet wird und nicht wie man zu diesen oder jenen Punkt kommt.

Und vielleicht noch zur Kollegin Krojer, weil Sie die Schuldenstände ansprechen. Wir sollten uns vielleicht darauf verständigen, dass es nicht entscheidend ist, wie hoch der Schuldenstand einer Gemeinde ist. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das ist richtig, die Leistungsfähigkeit.)*

Wenn Sie Heiligenkreuz jetzt untereinander rechnen zwischen fünf und zehn, na gut, Ihr Kollege wird die Haftungen in die Schulden mit einrechnen und *(Abg. Ewald Gossy: Das machen Sie.)* der andere wird halt eben nur die Schulden annehmen, *(Abg. Ewald Gossy: Ihr seid so.)* so wie sie im Ausweis drinnen sind. Natürlich können es Schulden sein. Wenn sie schlagend werden, können sie Schulden sein. Der Kollege Bieler sagt uns, das ist immer wieder auch auf Landesebene so. Da können wir ruhig dann auch bei dieser Diktion bleiben.

Aber eine Gemeinde mit 1.000 Einwohnern kann mit einer Million Euro Schulden Probleme haben und vielleicht nicht mit 100 Millionen Euro. Worauf kommt es an? Gibt es Einnahmen zur Bedeckung dieser Schulden oder gibt es keine Einnahmen? Das ist die entscheidende Frage. Und danach muss man auch eine Gemeinde punkto Entwicklung und wirtschaftlicher Prosperität beurteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Vielleicht nur kurz: Wie entwickelt sich überhaupt die Situation bei den Prüfungen der Gemeinden? Die Kollegin Krojer hat auch gemeint einige Gemeinden sind 15 Jahre nicht überprüft worden.

Eine Gebarungsprüfung, eine Prüfung der Belege vor Ort hat womöglich nicht stattgefunden, aber jeder weiß, die Gemeindeordnung sieht es vor. Jährlich werden Voranschläge, Nachtragsvoranschläge, Rechnungsabschlüsse, alle Verordnungen von den Gemeinden der Gemeindeabteilung vorgelegt und dann auch überprüft.

Die Gebarungsüberprüfung vor Ort ist ja nur ein Teil der jährlichen und der laufenden Überprüfungen. Die ständige Kontaktnahme mit den Gemeinden, das ist das Entscheidende und auch mit ein Grund, warum die Gemeinden im Burgenland doch viel besser dastehen, als viele andere Gemeinden Österreichs.

Die Bundes- und Landesverfassung bietet der Gemeindeabteilung auf Basis der Gemeindeordnung eben diese Instrumente und sie werden auch von der Gemeindeabteilung insoweit erfüllt, als sie personalmäßig die entsprechenden Ressourcen haben.

Wir haben auch noch die Genehmigungsvorbehalte, wo jede Darlehensaufnahme, Grundstücksverkäufe oder viele andere Geschäfte, auch Leasinggeschäfte, von der aufsichtsbehördlichen Genehmigung abhängen.

Das heißt, das Land muss zustimmen. Die Landesregierung muss einen Beschluss fassen, wenn die Gemeinde einen Kredit aufnehmen will oder eine Haftung eingehen soll.

Dann muss auch noch klargestellt werden, dass der Bundesrechnungshof selbst Kompetenzen hat, nicht nur bei den 24 Gemeinden über 20.000 Einwohner in Österreich. Und hier muss man sehr wohl auch einwenden, dass diese bei Weitem trotz Bundesrechnungshofüberprüfung nicht die besten finanziellen Situationen vorfinden.

Der Bundes-Rechnungshof hat des Weiteren die Kompetenz alle Gemeindeverbände zu prüfen. Vom kleinsten Staatsbürgerschaftsstandesamtsverband bis über Wasserverbände, Abwasserverbände und hier sind auch die größten Investitionen der Gemeinden.

Das heißt, die Behauptung der Rechnungshof kann die Gemeinden unter 20.000 Einwohner nicht prüfen, ist in diesem Sinne auch falsch. Weil, wie erwähnt, die höchsten Investitionen über die Verbände der Gemeinden laufen und die direkt auch der Rechnungshofkontrolle des Bundes unterliegen.

Zusätzlich hat ja auch die Landesregierung noch das Recht, eine Überprüfung beim Bundesrechnungshof über eine Gemeinde zu beantragen, wenn es notwendig ist.

Der Landes-Rechnungshof hat Möglichkeiten, Gutachten für die Aufsichtsbehörde zu erstellen. Er hat das auch in einigen Situationen schon getan und in einigen ist er noch diesbezüglich säumig.

Eines können wir auch noch replizieren, der Landes-Rechnungshofdirektor hat es selbst auch mehrfach ausgeführt, dass direkte Gemeindeaufsichtstätigkeit niemals eine Prüfung ersetzen soll und kann.

Die Gemeinden leben davon. Und sie leben gut, dass sie die ständige Kontaktnahme mit der Gemeindeabteilung haben, dass die Ziffern ständig verglichen, kontrolliert werden können über die Voranschläge, über die Rechnungsabschlüsse und vor allem über die genehmigungspflichtigen Geschäfte.

Wenn ich bei Ihrer Diktion bleiben sollte, dann müsste sich eigentlich der Rechnungshof fürchten, dass er Kompetenzen bekommt. Weil wenn immer der Prüfer derjenige ist der schuld ist, wenn etwas schief läuft, na dann gnade Gott den Prüfern des Rechnungshofes. Wenn sie dann irgendwann auch nach ihrer Prüfung erfahren müssen, dass irgendwo etwas schief gelaufen ist bei einer Gemeinde.

Und ich möchte auch nicht verhehlen, dass es natürlich auch den Rechnungshöfen, egal ob auf Bundes- oder Landesebene nicht leicht gemacht wird und sie immer nur Ex-post prüfend feststellen können, dass etwas schief läuft. Das kann den Gemeinden auch nicht helfen.

Wir haben das beste Beispiel bei den ÖBB. Über 600 Millionen Euro wurden hier verspekuliert. Die Mitteilung die als positiv, seitens der ÖBB, jetzt im Jänner herausgegeben wurde, man hat sich mit 297 Millionen Euro an Verlust dann tatsächlich geeinigt, na das ist auch nicht beruhigend.

Das heißt, sie werden auch vom Rechnungshof überprüft, die Bundesbahnen und sie sind nicht gefeit, dass sie dementsprechend auch Fehler machen und das Fehler passieren.

Also verwechseln wir nicht das eine mit dem anderen, versuchen wir nicht das eine komplett weg zu lassen und durchs andere zu ersetzen. Wir brauchen beides.

Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl hat am schnellsten reagiert österreichweit, als es darum gegangen ist, Richtlinien für Finanzinstrumente zu schaffen. Burgenland hat das erste Kriterium diesbezüglich auch in der Gemeindeordnung geschaffen, damit diese Richtlinien überhaupt möglich waren.

Es sind dann im Vorjahr auch in Niederösterreich Richtlinien in dieser Richtung beschlossen worden und werden auch in anderen Bundesländern jetzt angedacht.

Wir haben jetzt auch nach zig Parteienverhandlungsrunden eine Gemeindeordnung im Entwurf da, die auch die ausgelagerten Gesellschaften überprüfen soll, durch die Prüfungsausschüsse. Obwohl wir natürlich wissen, dass das hier juristisch auf sehr schwachen Beinen steht.

Aber durch die Möglichkeit das Gutachten vorgelegt werden, von Wirtschaftsprüfern über die ausgelagerten Betriebe, das man damit auch das Auslangen finden kann, gibt es einen quasi Auslass dazu, wenn es irgendwo nicht möglich ist, dass die Prüfungsausschussmitglieder direkt in einer Firma prüfen können.

Die wirtschaftliche Situation der Gemeinden, ich habe es angesprochen, ist natürlich durch verschiedene Zusammenfallsaktionen nicht rosig. Im Jahr 2009 tritt erstmalig eine neue Finanzausgleichsregelung in Kraft, die die Steuermittel nach aktuellen Bevölkerungszahlen und nicht nach der Volkszählungszahl vorsieht. Gleichzeitig eine Steuerreform plus Wirtschaftskrise, die Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden massiv mindern und verschiedene Maßnahmen, auch vor der Nationalratswahl 2008, Stichwort „Regresswegfall“.

Gleichzeitig sind die Sozialhilfekosten massiv hinaufgeschneit. Ich darf nur erwähnen, dass im Burgenland diese vier Positionen Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Pflegegeld und Jugendwohlfahrt von 16 Millionen im Jahr 2002 auf nunmehr knapp 32 Millionen Euro im Jahr 2009 hinaufgeschneit sind, und die Entwicklung der Ertragsanteile war im Schnitt bei drei Prozent.

Sieht man von den Ausreißern 2007, 2008 ab, wo es dann sechs beziehungsweise sieben Prozent waren, die aber wieder ohnehin im Jahr 2009 durch 6,5 Prozent wieder zurück geholt wurden.

Das heißt, die Einnahmen konnten das bei Weitem nicht aufwiegen. Und wir sind sicherlich alle gut beraten, das wir gemeinsam nach Lösungen suchen.

Ein Aspekt das die Verliergemeinden für das Jahr 2009 1,7 Millionen Euro bekommen sollen und im Jahr 2010, der ist uns gelungen, dass das ausgehandelt wird im Landeskoordinationskomitee.

Nur muss ich feststellen, Herr Landesrat, das Geld ist noch immer nicht am Konto, auch wenn das medial schon verkündet wurde und mir auch vom Leiter der Finanzabteilung bereits vor einem Monat signalisiert wurde, dass das im Laufen ist.

Ich denke, die Gemeinden warten darauf und das sollte auch schleunigst in die Gemeindekassen kommen. Vor allem auch, weil die Situation insoweit jetzt noch schwieriger wird für die Gemeinden, weil die Zuflüsse aus den eigenen Steuern durch die Wirtschaftskrise, durch die Betriebsausfälle, auch ausbleiben.

Das heißt, die Gemeinden sind immer mehr auf die Mittel aus den Ertragsanteilen angewiesen. Ich denke, wir sollten für die Zukunft versuchen auch mit dem Land gemeinsam die Situation der Gemeinden zu analysieren.

Wir haben das bei der Landesumlage probiert, bei den Umlagen die direkt, wie erwähnt, zwischen Land und Gemeinden verrechnet werden, dass wir Evaluierungen vornehmen. Wo wir schauen, wie viel zahlt wer und an wen. Weil nur einfach der Hinweis - in anderen Bundesländern zahlen die Gemeinden noch mehr - hinkt ein wenig. Wenn man bedenkt, dass die Steirer nicht für die Krankenanstalten zahlen, während wir zehn Prozent vom Abgang leisten müssen, die Niederösterreicher keine Landesumlage leisten, die Gemeinden ans Land und die Oberösterreicher weniger leisten.

Das heißt, man muss alles bewerten und auflisten. Deswegen sollten wir das schleunigst tun, so wie wir es im Landeskoordinationskomitee auch auf Antrag von Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl vereinbart haben. Damit wir klare Aussagepunkte haben und danach die richtigen Schlüsse auch ziehen können.

Im Sinne der Möglichkeiten die die Gemeinden haben, damit sie auch Stimmung machen draußen, ersuche ich noch einmal von diesem Schlecht machen der Gemeinden Abstand zu nehmen.

Ich möchte bewusst jetzt keine SPÖ Gemeinde nennen. Ich will nicht dieses Spiel des Kollegen Illedits spielen, dass ich immer nur die Gemeinden des politischen Gegners an den Pranger stelle. Ihre Gemeinden haben auch genug Sorgen und sie tun mir genauso leid, wenn sie Schwierigkeiten haben, wie alle anderen auch.

Wenn Sie sie nicht vertreten wollen, ich biete Ihnen das gerne an, dass wir das gemeinsam auch machen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich möchte abschließend einen Abänderungsantrag zu diesem dringlichen Antrag einbringen. Dieser ist allen Parteien zugegangen, sodass ich mich auf die Verlesung der Beschlussformel beschränken kann.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die Gemeindeabteilung im Amt der Burgenländischen Landesregierung so mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen auszustatten, damit diese ihren Verpflichtungen nachkommen kann
- und bis zur Schaffung entsprechender bundesverfassungsrechtlicher Grundlagen verstärkte Kooperationen mit dem Landes-Rechnungshof zu prüfen und gegebenenfalls in die Wege zu leiten.

(Der Abg. Leo Radakovits überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag. – Beifall bei der ÖVP)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Leo Radakovits, Kolleginnen und Kollegen auf Antrag zur Fassung einer EntschlieÙung betreffend des Aufsichtsversagens auf Kosten der burgenländischen Gemeinden und SteuerzahlerInnen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Christian Illedits das Wort. Ich möchte auf den § 65 GeOLT hinweisen.

Eine tatsächliche Berichtigung hat mit der Wiedergabe der zu berichtenden Behauptung zu beginnen, hat diese Behauptung dem berichtenden Sachverhalt gegenüberzustellen. Verstößt ein Redner gegen diese Bestimmung, ist ihm durch den Präsidenten das Wort zu entziehen.

Eine tatsächliche Berichtigung darf die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zwei tatsächliche Berichtigungen zu den Ausführungen des Kollegen Radakovits.

Ich habe in meiner Rede nicht behauptet, dass die Bürgermeister schlechte Arbeit leisten, dass ich sie in Misskredit gezogen habe.

Ich habe in meiner Rede die Arbeit der Bürgermeister als tolle Arbeit hervorgestrichen und gelobt und deshalb ist diese Behauptung Ihrerseits als unrichtig festzustellen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die zweite unrichtige Behauptung ist, dass Sie beginnend mit dem Satz: Die Prüfer des Rechnungshofes müssen sich ja fürchten, wenn ich auf die Prüfer losgehe.

Ich habe kein Wort, auch kein negatives Wort in meiner Rede über die Arbeit, auch über die Prüfer der Abteilung 2, verloren. Also ich bitte Sie auch in diesem Fall bei der Wahrheit zu bleiben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächster Redner hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich habe mir jetzt einige Redner angehört, es ist bedauerlich, dass eine Partei die über eine absolute Mehrheit hier im Landtag und auch in der Regierung verfügt, ein Instrumentarium missbraucht, um Wahlkampf zu führen. *(Unruhe bei der SPÖ)*

Diese Art der Politik lehnen wir ab! *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Christian Illedits: Das Sie das sagen. – Abg. Mag. Georg Pehm: Das ist polemisch.)*

Es ist bedauerlich, dass eine Partei, *(Abg. Christian Illedits: Sie tun nur polemisieren, sonst tun Sie nichts.)* Neuwahlen mutwillig vom Zaun bricht. Wir hätten im Oktober 2010 gewählt.

Aber es ist hoch interessant, dass eine Partei, die über eine absolute Mehrheit im Burgenländischen Landtag verfügt, über eine absolute Mehrheit in den Ausschüssen, in allen Gremien, eine absolute Mehrheit in der Regierung hat, ihre Arbeit niederlegt, nicht *(Abg. Mag. Georg Pehm: Sie arbeiten nichts. – Abg. Christian Illedits: Wir? Sie arbeiten nicht. – Unruhe bei der SPÖ)* mehr für das Land, für die Menschen arbeiten möchte, sondern Neuwahlen vom Zaun bricht und sich permanent in einem Wahlkampf befindet. *(Abg. Christian Illedits: Seit fünf Jahren arbeiten Sie nicht mehr.)*

Das hat sich das Burgenland nicht verdient! *(Beifall bei der ÖVP)*

Es ist bedauerlich, meine sehr geehrten Damen, meine Herren, dass eine Partei die über eine absolute Mehrheit verfügt, permanent das Land schlecht redet, die *(Abg.*

Christian Illedits: Wir? – Heiterkeit bei der SPÖ) Bevölkerung verunsichert, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Kommunalpolitiker diffamiert. (*Abg. Christian Illedits: Sie behaupten schon wieder etwas was nicht stimmt.*)

Das hat sich das Burgenland nicht verdient. Das sage ich Ihnen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Es ist bedauerlich, dass eine Partei die über eine absolute Mehrheit (*Unruhe bei der SPÖ – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Abg. Christian Illedits: Sie sind bei keiner ÖVP Veranstaltung, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. – Abg. Matthias Gelbmann: Das ist kein ÖVP-Konvent.*) verfügt, in allen Gremien versucht, politische Mitbewerber, ob das die Grünen, die Freiheitlichen, die ÖVP ist, permanent nur anzuputzen.

Das (*Abg. Christian Illedits: Wechseln Sie die Rede bitte. – Abg. Mag. Georg Pehm: Sie haben die verkehrte Rede.*) ist Ihre Art der Politik, die lehnen wir, als ÖVP, kategorisch ab! (*Beifall bei der ÖVP*)

Unter dem Motto irgendetwas wird schon hängen bleiben, schüttet (*Abg. Willibald Stacherl: Das ist das Motto der ÖVP. Das machen Sie gerade.*) man andere an, anders Denkende.

Sie tricksen, (*Unruhe bei der SPÖ – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Sie täuschen nur, Sie versuchen wo es geht, das Land schlecht zu reden und das haben sich die Menschen hier im Burgenland nicht verdient, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*)

Jetzt zur Gemeindeordnungsnovelle. Wissen Sie, es ist schon interessant wie der Herr Illedits in seinem Referat hier, das ihm wieder vorgeschrieben wurde, (*Abg. Christian Illedits: Na sicher. – Heiterkeit bei der SPÖ*) versucht, das eine oder andere hervorzukehren.

Als Gemeindereferent habe ich ab dem Jahr 2008 zu Parteienverhandlungen eingeladen. Wir haben immer wieder Termine vorgeschlagen. Ich bedanke mich bei der Freiheitlichen Partei und auch bei den Grünen, die sofort immer wieder diese Termine zugesagt haben, beziehungsweise (*Abg. Christian Illedits: Die habt Ihr vorher ausgemacht. – Heiterkeit bei der SPÖ*) akkordiert haben.

Eine Partei hat immer blockiert, wenn es darum gegangen ist, Termine auszumachen und das war die SPÖ. 2008, ich habe es da, (*Abg. Christian Illedits: Ich habe es auch.*) zehn Termine vorgeschlagen, von den Grünen, von den Freiheitlichen wurden sie bejaht, von der SPÖ immer wieder abgelehnt. (*Abg. Christian Illedits: 20 Termine.*)

Dann kam es neuerlich zu einem Termin, wieder abgelehnt. (*Abg. Christian Illedits: Ich habe 20 Termine vorgeschlagen.*) Dann kam es zu weiteren Terminen im Jahr (*Abg. Christian Illedits: Die Sie nicht akzeptiert haben.*) 2009. Sieben Terminvorschläge im Jahr 2009, immer wieder blockiert, und abgelehnt.

Im Jahr 2010, jetzt schreiben wir Anfang März 2010, gab es von mir zehn Terminvorschläge, die Grünen und die Freiheitlichen haben sofort zugesagt. Wer hat wieder blockiert? Das war die SPÖ.

Sie wollen in diesem Land gar nicht mehr arbeiten. Sie wollen nur wahlkämpfen, tricksen, täuschen. (*Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Edith Sack: Nein, das tut schon Ihr.*) Das wird Ihnen der Wähler am 30. Mai honorieren. (*Beifall bei der ÖVP – Zwischenruf der Abg. Edith Sack*)

Das, was Sie wollten, nämlich dass es mehr Kontrolle gibt, das haben wir sehr wohl diskutiert. Wir haben vereinbart, dass wir das auch hinein nehmen. *(Abg. Christian Illedits: Nein, nein.)* Interessant ist nicht nur das, sondern dass Sie seitens der SPÖ einen Zickzackkurs fahren, das ist auch hoch interessant.

Der Herr Gemeindevertreterverbandspräsident Schmid, der sich nach jeder Verhandlung natürlich hier den Sanctus holen muss vom Herrn Illedits, seines Zeichens der Herr Klubobmann, vom Herrn Landeshauptmann, vom Büro Landeshauptmann, der geht in die Verhandlungen und sagt, ja wir wollen, *(Abg. Christian Illedits: Das ist Sensationell was Sie alles wissen.)* wir fordern, die Gemeinderäte zu reduzieren.

Da sind wir uns einig. Es gab Proteste seitens der Grünen und der Freiheitlichen, okay. Wir haben dann gesagt, wenn das ein gemeinsamer Konsens zweier Parteien wäre, nehmen wir das auf in die Begutachtung. Die SPÖ hat das gefordert. *(Abg. Ernst Schmid: Ja.)*

Hoch interessant, nach der Begutachtung kommt eine Stellungnahme vom Sozialistischen Gemeindevertreterverband, *(Abg. Christian Illedits: Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverband.)* Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverband, wo dann drinnen steht: Wir lehnen die Verkleinerung der Gemeinderäte kategorisch ab.

So, jetzt gab es vorgestern Verhandlungen. Da hat der Herr Schmid nicht mehr alleine kommen dürfen, sondern da war schon die Aufsichtsbehörde dabei, nämlich der Herr Illedits, der nicht bei allen Gesprächen dabei war, sondern *(Abg. Doris Prohaska: Die funktioniert wenigstens die Aufsichtsbehörde.)* jetzt auf einmal und dann kommt die Begründung, na ja, wir müssen unsere Bürgermeister erst fragen.

Ich frage Sie, wenn man zwei Jahre lang, 2008, 2009 und jetzt 2010, die Gemeindeordnung verhandelt, wir versuchen immer wieder permanent Termine anzubieten und dann haben Sie nicht die Zeit, Herr Präsident Schmid, dass Sie Ihre Mitgliedsgemeinden, Ihre Bürgermeister fragen, was Sie von Ihrem eigenen Vorschlag halten, den Sie dann, Ihren eigenen Vorschlag nach der Begutachtungsfrist ablehnen.

Das ist ein Zickzackkurs, das ist tricksen, täuschen, die Wähler verunsichern, das Land schlecht reden. *(Heiterkeit bei der SPÖ)* Das wird Ihnen am 30. Mai honoriert werden, da bin ich sicher. *(Beifall bei der ÖVP – Unruhe bei der SPÖ – Abg. Christian Illedits: Was hat das jetzt damit zu tun?)*

Und Herr Kollege Illedits, ja Sie können jetzt so laut schreien, wie Sie wollen, ich bin jetzt am Wort. Und ich habe genau zugehört. Und wenn Sie Anstand haben, dann hören Sie mir auch zu, ich höre Ihnen auch zu. *(Abg. Doris Prohaska: Den habe ich noch nie gehabt, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.)*

Ich möchte Ihnen nur eines sagen, es *(Abg. Doris Prohaska: Also ist es mir erlaubt. – Abg. Christian Sagartz, BA: Jetzt wissen wir es.)* gibt genug Bürgermeister, weil Sie sagen, mehr Kontrolle, es gibt genug Bürgermeister, die zum Beispiel jetzt schon in Ihrem eigenen Wirkungsbereich hergehen und versuchen, mehr Kontrolle zu gewährleisten.

Na selbstverständlich ist es möglich, dass man Unternehmen ausgliedert. Und es wird auch seitens der Gemeindeabteilung da und dort empfohlen, weil es einen Steuervorteil gibt, weil es verschiedene andere Vorteile gibt und selbstverständlich macht das auch das Land. Was macht das Land? Es macht ja auch nichts anderes und profitiert von den Gemeinden.

Herr Landesrat Bieler, Sie sind immer froh, wenn wir dann das gute Maastricht Ergebnis dem Land jährlich zur Verfügung stellen.

Dankeschön den Herrn Bürgermeister, den Gemeinden im Burgenland. Sie helfen dem Land dementsprechend die Maastrichtkriterien zu erfüllen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Weil sonst würde der Herr Finanzreferent die Maastrichtkriterien seitens des Landes nicht erfüllen können.

Schauen Sie zum Beispiel, der Bürgermeister Kölly ist da, damit ich nicht einen ÖVP Bürgermeister nehme. Er hat zum Beispiel als er ausgegliedert hat, da hat er das im Gesellschaftsvertrag schon hineingenommen. Da ist also ein Verein zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Marktgemeinde Deutschkreutz und Kommanditerwerbsgesellschaft gegründet worden und da ist zum Beispiel schon im Gesellschaftsvertrag der Passus drinnen, nämlich ich zitiere:

„Die finanzielle Gebarung der Gesellschaft ist durch den bestehenden Prüfungsausschuss der Marktgemeinde Deutschkreutz zu prüfen. Die Prüfung findet einmal jährlich nach Vorliegen des Rechnungsabschlusses statt. Es sei denn, der Gemeinderat beschließt darüber hinaus eine Prüfung aus besonderem Anlass. Ein Prüfungsprotokoll ist anzufertigen und der Gesellschaft sowie dem Gemeinderat der Marktgemeinde Deutschkreutz zur Kenntnis zu bringen.“

Jetzt frage ich Sie, seitens der SPÖ Bürgermeister, was hindert Sie, Herr Illedits, Herr Kollege Illedits, Sie sind ja auch Bürgermeister glaube *(Abg. Christian Illedits: Natürlich.)* ich, was hindert Sie daran, dass Sie das genauso machen? *(Abg. Christian Illedits: Mich hindert gar nichts.)*

Haben Sie das gemacht? Haben Sie das gemacht, Herr Kollege Schmid? *(Abg. Christian Illedits: Das muss ich nicht machen.)* Haben Sie das gemacht, Herr Kollege Stacherl, als Sie noch Bürgermeister waren? *(Abg. Christian Illedits: Das muss man nicht hinein schreiben.)* Herr Gelbmann? Nein?

Also, ich fordere Sie auf, bevor Sie andere anschütten, versuchen Sie in Ihrem eigenen Bereich diese Kontrolle dementsprechend, so *(Abg. Christian Illedits: Schauen Sie, dass Sie Ihre Aufgaben machen.)* wie das Deutschkreutz macht, auszuführen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Schauen Sie, das ist mir ja bewusst, wie *(Abg. Christian Illedits: Sie bringen nichts zusammen.)* das Ganze läuft. Vorzeitige Neuwahlen, zuerst wird der Landeshauptmann-Stellvertreter als Gemeindeferent angeschüttet. Egal wo etwas ist, wenn jemand Bauchweh hat, ist der Steindl schuld, das kennen wir eh schon im Land, niemand glaubt das mehr.

Nachdem *(Abg. Willibald Stacherl: Wieso sind Sie dann so nervös, das verstehe ich nicht.)* der Rechnungshofdirektor diese Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft gegeben hat, versucht man natürlich Neuwahlen auszurufen, weil die Staatsanwaltschaft wird nicht so schnell ermitteln, wird sich Zeit lassen, *(Abg. Ewald Gossy: Wie beim Strasser.)* und dann bleibt der Vorwurf bestehen. *(Abg. Ewald Gossy: Wie beim Strasser.)*

Warten Sie, hören Sie mir zu! Dann bleibt der Vorwurf bestehen und man wird sagen, na der Steindl, der ist kriminell, weil ja die Staatsanwaltschaft ermittelt. Die Medien haben ja das laufend geschrieben, und es wird angepatzt.

So, und jetzt sage ich Ihnen eines, ich habe die Begründung da und nur ich kenne sie, weil der Beschuldigte die Begründung vom Staatsanwalt bekommt und die werde ich Ihnen jetzt näher bringen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nur der Beschuldigte.)* Nur der Beschuldigte.

Jetzt sage ich Ihnen, jawohl, ich bin einvernommen worden wie andere auch und es gibt ein Ergebnis der Staatsanwaltschaft. Es gibt ein Ergebnis in zwei Teilen betreffend Strem.

Das Erste ist, dass die Staatsanwaltschaft betreffend dem Seniorenzentrum Strem zur Auffassung kommt, dass absolut, hören Sie mir zu, absolut kein strafrechtlich relevanter Sachverhalt vorliegt. Das einzige Problem, das die Staatsanwaltschaft hier niedergeschrieben hat, ist das Kommunikationsproblem zwischen der Abteilung 6 Wohnbauförderung und der Abteilung 2 gewesen.

Und durch die Genehmigung der Wohnbauförderung und die darauf beruhende Genehmigung des ersten Darlehens wurde der Startschuss gegeben. Das ist einmal die Erkenntnis der Staatsanwaltschaft nach den Recherchen.

Zweitens: Hören Sie mir genau zu, nämlich hier trifft die Staatsanwaltschaft eine klare Aussage und die ist mir wichtig. Nämlich die weiteren Genehmigungen nicht zu erteilen, wäre ein schwerer Fehler gewesen und zwar genau mit dem Argument, dass ein Abbruch der Genehmigungen gleichbedeutend mit einer Nichtfertigstellung des Heimes gewesen wäre und damit der Gemeinde jede Möglichkeit genommen gewesen wäre, Einnahmen zu erhalten und Darlehen zu bedienen.

Das bedeutet, die Staatsanwaltschaft hat hier festgestellt, dass nicht nur gegen mich nicht strafrechtlich relevante Schritte gesetzt werden, sondern im Gegenteil, das diese Vorgangsweise die von mir gesetzt wurde, sogar geboten war. Das ist das Erkenntnis der Staatsanwaltschaft. *(Beifall bei der ÖVP)*

Was haben Sie gemacht? Sie haben mich pausenlos angegriffen, besudelt, Sie haben versucht mich zu kriminalisieren. *(Abg. Christian Illredits: Wir? Wer hat denn die Anzeige gemacht?)*

Ich sage Ihnen, das möchte der Burgenländer, die Burgenländerin nicht, dass hier pausenlos nur gestritten wird *(Abg. Christian Illredits: Das wollen Sie nicht, aber die Burgenländer?)* auf dem Rücken der Gemeinden. Die Gemeinden kriminalisiert werden, dass Gutachten und Stellungnahmen von der Gemeindeabteilung und vom Landes-Rechnungshof, oder andere schriftliche Stellungnahmen, eins zu eins Wochenzeitungen zugespielt werden.

Wir wissen ganz genau von wo sie kommen. Das ist eindeutig zuordenbar und ich sage Ihnen da, das ist eine Vorgangsweise die wird noch Folgen haben und die werden wir noch in den nächsten Monaten, das schwöre ich Ihnen, genau untersuchen. Das schwöre ich Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Denn das ist keine Art wie Sie mit Beamten umgehen. Dass Sie Beamte mobben und versuchen *(Abg. Christian Illredits: Wieso zeigen Sie da auf mich?)* wo es geht, einzuvernehmen.

Dann nehmen Sie den Rechnungshof in Beschlag, dann geht der Herr Landeshauptmann her und gibt eine Weisung an den Landesamtsdirektor, eine Weisung! *(Abg. Norbert Sulyok: Ein Skandal!)*

Er macht damals einen Gemeindegipfel, ich war gar nicht eingeladen. Ich weiß nicht, ob der Landesamtsdirektor dabei war, aber es war der Landes-Rechnungshofdirektor dabei, und dann wird folgendes vereinbart - und das vor fast einem Jahr, nämlich, und das ist eine Weisung vom Landeshauptmann Niessl:

In den nächsten sechs Monaten ist ein vom Landes-Rechnungshof zur Verfügung gestellter Mitarbeiter für die Erstellung und Umsetzung der neuen Prüfungsstandards und

des Prüfungsprogrammes leitend beizuziehen. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Das ist schon lange vorbei!)*

Kein einziges Mal wurde vom Landes-Rechnungshof ein Mitarbeiter abgestellt. Kein einziges Mal hat sich der Landes-Rechnungshof gemeldet.

Ich selber habe auf Grund der gesetzlichen Vorgaben 13 Gemeinden dem Landes-Rechnungshof zur Überprüfung gegeben. *(Abg. Christian Illedits: Sagen Sie Namen!)* Wissen Sie, wie viele Gemeinden vom Landes-Rechnungshof bis dato überprüft wurden? *(Abg. Christian Illedits: Wie soll das gehen?)*

Null, null! *(Abg. Christian Illedits: Wie soll das gehen? Das ist ein Blödsinn!)* Es ist nicht einmal der Bericht von Oberwart da.

Ich verstehe ja den Kollegen Pongracz. Er weiß es ganz genau. Ich habe den Kollegen Pongracz - bitte das kannst Du bezeugen - nie direkt angegriffen. Das habe ich nie gemacht! *(Abg. Christian Illedits: Angreifen lassen, von der ÖVP-Oberwart!)*

Ich bin immer direkt angegriffen worden, ich habe das aber nie gemacht! Das wirst Du auch bezeugen können! Ich habe das nie gemacht. Ich tue das auch nicht im Fall Großpetersdorf.

Ich tue das auch nicht im Fall *(Abg. Christian Illedits: Nehmen Sie einmal die Kreide aus dem Mund!)* Heiligenkreuz. Ich tue das auch nicht bei anderen Fällen. *(Abg. Doris Prohaska: Da gibt es Handlanger!)*

Jetzt, Herr Kollege Illedits, weil Sie schon so hergehen *(Abg. Ewald Gossy: Du hast Deine Hässcher!)* und Berichtigungen machen, ich mache auch gleich eine Berichtigung.

Sie behaupten nämlich, dass Heiligenkreuz das letzte Mal im Jahr 1996 überprüft wurde. *(Abg. Christian Illedits: Nein, 2004, Oberwart!)* Das ist eine falsche Behauptung, denn ich habe einen Prüfungsbericht aus dem Jahr 2006 *(Abg. Christian Illedits: Oberwart!)* betreffend Heiligenkreuz. *(Abg. Christian Illedits: 2004 habe ich gesagt!)*

Aus dem Prüfbericht 2006 geht hervor, dass im Großen und Ganzen keine großen Fehlleistungen betreffend die Gemeinde Heiligenkreuz gegeben waren. *(Abg. Christian Illedits: Ich habe gesagt seit 2004 immer! Sie verirren sich schon wieder einmal! Hören Sie mir zu, damit Sie das Richtige sagen! Abg. Paul Fasching zu Abg. Christian Illedits: Hör doch einmal zu!)*

Dann - warten Sie, *(Abg. Christian Illedits: Ich habe gesagt, seit 2004 immer!)* hören Sie mir zu! *(Abg. Paul Fasching zu Abg. Christian Illedits: Hör doch einmal zu!)* Damit Sie alles wissen, damit Sie nicht wieder etwas Falsches behaupten - und jetzt habe ich im Jahre 2009 - Herr Kollege Illedits, können Sie nicht zuhören?

Herr Kollege, hören Sie mir ganz einfach zu, bitte hören Sie mir einmal zu, hören Sie mir zu, Herr Kollege - im Jahr 2009 habe ich über Umwege erfahren, *(Abg. Christian Illedits: Ich möchte ja helfen!)* dass es hie und da in Heiligenkreuz, auch in Großpetersdorf, Probleme gibt.

Ich habe mit einer Weisung an die Abteilung 2 - und der Abteilungsvorstand steht da und er wird das bestätigen - die Gemeindeabteilung ersucht, beide Gemeinden zu überprüfen. Auf Grund dieser Weisung und des Ersuchens zu überprüfen, gibt es jetzt ein Prüfungsprotokoll, wo gewisse Dinge festgestellt wurden und jetzt kommt es:

Wo ich aber nicht versuche, die Gemeinden zu kriminalisieren. Ich mache das nicht! Sondern ich versuche, gemeinsam mit der Gemeindeabteilung in einer partnerschaftlichen Manier - nicht als Sheriff, sondern als Partner der Gemeinden, *(Abg.*

Ewald Gossy: Als Tschango!) den Gemeinden zu helfen, Sanierungskonzepte zu erstellen, diese der Regierung vorzulegen, damit es weiter geht!

Das ist meine Art der Politik, gemeinsam mit den Gemeinden, gemeinsam mit den Bürgermeistern, gemeinsam mit den Menschen in diesem Lande, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zum Personal: Zum Personal muss ich folgendes feststellen: Es gab immer wieder Schreiben an den Herrn Landeshauptmann. Ich zitiere eines, das ist damals noch vom Abteilungsvorstand, Dr. Weikovics ergangen, nämlich am 20. Februar 2009, also ungefähr vor einem Jahr.

Der Herr Hofrat Weikovics hat darauf aufmerksam gemacht, dass sehr viele Positionen, Posten, nicht besetzt sind, dass die Gemeindeabteilung hier ein Personalproblem hat. Der Herr Landeshauptmann ist der Personalreferent - es wurde nicht reagiert.

Es gab in den letzten Jahren eine chronische Unterbesetzung. Deutlich! Eine chronische Unterbesetzung. Was hat der Herr Landeshauptmann gemacht?

Als dann die Diskussion um Oberwart war, geht man her, reduziert das Personal im Jugendreferat und nimmt zwei Personen vom Jugendreferat, die 30 Jahre, wahrscheinlich 20, 30 Jahre nur im Jugendreferat Projekte gearbeitet haben, die nimmt man her und sagt: Ab nun seid Ihr Prüfer in der Gemeindeabteilung. Und damit sagt er, na was willst Du, Du hast genug Personal.

Wissen Sie, und das bestätigt auch der Rechnungshofdirektor, dass man dazu drei, vier Jahre braucht, bis man wirklich prüfen kann? Es zeigt sich ja auch, wenn ich die Prüfungsberichte lese, dann prüfen nicht, wie der Herr Niessl gemeint hat, zwei Personen, und zwei Personen prüfen jemand anders, und zwei Personen weitere, nein!

Da prüft ein gesamtes Team, ein gesamtes Team von vier, fünf, sechs Personen prüft dort eine Gemeinde und dann erklären Sie mir, wie das gehen soll, wenn ich Personalmangel habe, dass ich hier 60 Gemeinden überprüfen kann? Das möchte ich von Ihnen wissen, das erklären Sie mir.

Wissen Sie, dass die Abteilung zum Beispiel jetzt eine Volksbefragung vorzubereiten hat? Sie hat die Bundespräsidentenwahl vorzubereiten, sie hat eine Landtagswahl vorzubereiten. Der Abteilungsvorstand Gold hat mir auch mitgeteilt, dass sie personell unterbesetzt sind und es wird nicht gehandelt. *(Abg. Christian Illedits: Niemand spricht von Wahlzeiten!)*

Daher sage ich Ihnen, das ist Fahrlässigkeit und das gehört dementsprechend aufgezeigt. Nämlich, die Gemeinden anpatzen, die Gemeindeabteilung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlecht reden, *(Abg. Christian Illedits: Kein Mensch macht das! Jetzt reißen Sie sich zusammen!)* kein Personal zur Verfügung stellen.

Das ist Ihre Politik, die verurteilen wir! *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Christian Illedits: Sagen Sie das der ÖVP! Warum sagen Sie das hier? Niemandem interessiert diese Unwahrheit! Das ist ein Witz! – Zwischenruf der Abg. Edith Sack)*

Was machen Sie dann weiters? Ich habe hier eine Liste von Regierungsakten, die vom Herrn Landeshauptmann blockiert, zurück gehalten werden. Das sind Regierungsakte, die ordnungsgemäß von der Abteilung 2 bearbeitet wurden, mir vorgelegt wurden, die seit Monaten beim Herrn Landeshauptmann sind und es wird nicht reagiert.

Strem zum Beispiel, hat ein Sanierungskonzept vorgelegt. Wir haben in der Regierung beschlossen, dass hier ein Sanierungskonzept vorgelegt werden muss. Das

haben wir gemacht! Jetzt wird dieses Sanierungskonzept abgearbeitet, unter anderem werden Grundstücke in der Höhe von 300.000 Euro verkauft.

Was machen Sie? Sie lassen den Akt von Strem schon monatelang liegen. Seit 25. September 2009 ist dieser Akt zum Beispiel beim Herrn Landeshauptmann und wird nicht auf die Sitzung der Regierung genommen.

Oder Stadtgemeinde Neusiedl am See – Darlehensaufnahme, aufsichtsbehördliche Genehmigung seit 17. November 2009!

Oder Stadtgemeinde Jennersdorf – Darlehensaufnahme, seit 15. April 2009 beim Herrn Landeshauptmann, wird blockiert. Den Gemeinden wird nicht geholfen.

Jetzt Heiligenkreuz mit einer Darlehensaufnahme von 300.000 Euro! Sanierung Wohnobjekt – Stillstand. Das ist Ihre Politik. Das muss man ganz offen sagen.

Ich würde mich nicht so vehement wehren, aber auch die Frau Abgeordnete Benkö hat mich aufgefordert. Ich sage Ihnen, ich lasse mir das nicht mehr gefallen, was Sie da machen.

Nämlich drei Monate vor einer Landtagswahl herzugehen, ein Parlament, einen Landtag zu missbrauchen, (*Abg. Christian Illedits: Was heißt missbrauchen?*) um gewisse Dinge zuzudecken, (*Abg. Christian Illedits: Steht uns das nicht zu? Was ist?*) jemanden wieder anpatzen, anschmieren.

Das ist Ihre Politik, und die wird Konsequenzen am 30. Mai haben, das verspreche ich Ihnen. (*Beifall bei der ÖVP*)

So und nun zum Schluss, dass man einmal sieht, wie Sie arbeiten: Ich habe im Jänner meinen 50. Geburtstag gefeiert und habe sehr viele Glückwunschbriefe bekommen, auch einen vom Herrn Landeshauptmann. Den darf ich Ihnen vorlesen:

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Im Allgemeinen gibt uns der Beginn eines neuen Lebensjahrzehntes Gelegenheit zu einer Rückschau auf die bisherigen Stationen unseres Lebens. Es ist aber auch ein Grund zum Feiern, was Du sicherlich auch tun wirst.

In diesem Sinne möchte ich Dir auf diesem Weg meine besten Glückwünsche zu Deinem 50. Geburtstag übermitteln.

In diesem Jahr sind die Burgenländerinnen und Burgenländer aufgerufen, die Weichenstellungen für die Landespolitik der nächsten fünf Jahr vorzunehmen.

Im Rahmen der Wahlwerbung ist es nur natürlich, dass es in der Darstellung der eigenen Programme und Erfolge zu schärferen Konturen und Gegensätzen zwischen den einzelnen Parteien kommt.

Dennoch müssen wir uns bemühen, einen fairen und offenen Wettbewerb zu führen, der den Menschen die Möglichkeit bietet, sich für die positiven Initiativen und Konzepte zu entscheiden. Keinesfalls sollte es zu einer Gestaltung des Wahlkampfes kommen, die andere verunglimpft anstatt über Leistungen und Ziele für das Land zu sprechen.

Meine Partei und ich werden uns an diesem Grundsatz orientieren und auch daran halten. (*Abg. Christian Illedits: So sind wir!*)

So wie Sie sich verhalten, ist gerade um 180 Grad gedreht, nämlich das Gegenteil. Sie verunglimpfen, Sie reden das Land schlecht, Sie beschimpfen die Bürgermeister,

(*Abg. Edith Sack: Was lesen Sie da jetzt wieder heraus?*) Sie machen die Gemeinden nieder.

Das ist eine Politik, (*Abg. Edith Sack: Ganz etwas anderes!*) die ich als Landeshauptmann-Stellvertreter (*Abg. Edith Sack: Sie müssen Sinn erfassend lesen lernen!*) auf das Schärfste verurteile.

Meine Politik ist mit den Menschen des Landes gemeinsam nicht Probleme aufzeigen, sondern auch Probleme gemeinsam mit allen lösen. Dankeschön! (*Abg. Christian Illredits: Machen sollten Sie das auch! – Beifall bei der ÖVP – Abg. Matthias Weghofer: Wer hat den Brief verfasst?*)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser (*der den Vorsitz übernommen hat*): Als nächster Redner zu Wort gemeldet, ist Herr Abgeordneter Ernst Schmid.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ernst Schmid (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich weiß nicht, warum der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter so nervös heute reagiert hat. Ich glaube... (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: So ruhig wie heute war er schon lange nicht mehr! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) so ruhig war er schon lange nicht, (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wenn Du ein Schreiben bekommst von der Staatsanwaltschaft...*) na, dann ist es in Ordnung.

Ich glaube eines, wenn er die Frage stellt, warum wir früher wählen, brauchen wir ja nicht viel herumsprechen, das merken wir ja doch einige Jahre schon, dass die ÖVP in der Regierung reine Oppositionsarbeit durchführt. Aus diesem Grund haben wir uns auch entschlossen, dass früher gewählt wird.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wenn Sie von Anpatzen sprechen, ich glaube, es ist mehr als Anpatzen, was viele Kolleginnen und Kollegen da herinnen gegenüber unserer Partei tun. Ich will keine Namen nennen, das lasse ich im Raum stehen, aber ich glaube, das brauchen Sie uns sicher nicht vorwerfen.

Wenn Sie mir vorwerfen, bezüglich Novellierung der Gemeindeordnung, Verkleinerung des Gemeinderates. Wie wir die letzte Verhandlung gehabt haben bevor Sie die Novelle zur Begutachtung ausgeschickt haben, haben wir noch eine Umfrage im Gemeindevertreterverband über den Inhalt aller geänderten Punkte gemacht.

Bei dem einen Punkt, die Verringerung des Gemeinderates haben wir keine Mehrheit unserer Mitgliedsgemeinden erhalten. Dadurch haben wir auch in unserer Stellungnahme hineingeschrieben, dass wir die Verringerung des Gemeinderates in der neuen Novellierung nicht wollen.

Ich weiß nicht, was gar so arg daran ist, aber wenn es die Mehrheit nicht will. Ich glaube, in einer Demokratie sollte man sich nach der Mehrheit halten. (*Abg. Christian Illredits: Das sind sie nicht gewohnt!*)

Wenn Sie vorher noch behauptet haben, wir wollen hier nicht arbeiten, weil wir früher wählen wollen, so muss ich eines sagen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: Sie wollten oder Ihre Regierungsmannschaft wollte schon lange nicht arbeiten und dadurch ist auch der frühere Wahltermin entstanden.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber zum Grundsätzlichen kommen. Durch die Wirtschaftskrise und ich glaube durch den bedingten Rückgang der Ertragsanteile sind viele Gemeinden, und das spüren wir ja, im Besonderen vor allem Gemeindevertreter in eine bedrohliche finanzielle Lage geraten.

Verschärft wird dies im Burgenland noch durch die Rückgänge in der Bevölkerungsstatistik. Viele Gemeinden können ihren Haushalt nicht mehr oder nur sehr schwer ausgeglichen gestalten. Daher muss es Hilfe für unsere Kommunen und damit auch für die Menschen im ländlichen Raum geben.

Die Gemeinden brauchen gerade jetzt angesichts der Wirtschaftskrise finanziellen Rückhalt und dafür hat Finanzlandesrat Helmut Bieler mit einem neuen Hilfspaket für Gemeinden mit Einwohnerrückgang gesorgt.

89 Gemeinden erhalten im Rahmen der Ausgleichszahlungen Geld vom Land und zwar 2010 und 2011 je 1,7 Millionen Euro. Trotz der finanziellen, angespannten Lage des Landes!

Denn auch das Land Burgenland hat rund 35 Millionen Euro Mindereinnahmen durch die Wirtschaftskrise zu verbuchen. Aber ich glaube, damit steht die SPÖ-Regierungsmannschaft zu den Kommunen.

Es gibt auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten ein klares Bekenntnis der SPÖ zu den Gemeinden. Dafür, lieber Herr Landesrat Bieler, dürfen wir Dir recht herzlich danken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Konkret werden 89 Gemeinden, die einen zahlenmäßigen Einbruch bei der Entwicklung der Einwohnerzahl im Vergleich zum Volkszählungsergebnis 2001 zu verzeichnen hatten, bereits 2009 weniger Abgaben, Ertragsanteile erhielten, finanzielle Abfederungen erhalten.

Durch die zweimaligen Ausgleichszahlungen von jeweils mehr als 1,7 Millionen Euro, können viele Verluste der Gemeinden abgedeckt und neue wirtschaftliche Impulse gesetzt werden.

Herr Gemeindereferent! Sie haben bisher finanzielle Hilfe nur versprochen und noch nichts verwirklicht. Sie wollen ja fünf Millionen Euro für die Gemeinden, für uns kein Problem. Aber nachdem Sie das Landesbudget für 2010 abgelehnt haben und Landesrat Bieler bereits 3,4 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellt, müssen Sie eigentlich nur Ihren Parteifreund Finanzminister Pröll ersuchen, den Rest des Geldes an die burgenländischen Gemeinden zu überweisen.

Damit sind Sie dann auf einer Linie mit der SPÖ, denn auch wir fordern vom Finanzminister im Burgenland Kraftpakete für unsere Gemeinden. Das habe ich bereits auch im Österreichischen Gemeindebund gefordert. Das Land hat seinen Teil mit 3,4 Millionen Euro geleistet. Wir fordern vom Finanzminister sieben Millionen Euro aus Bundesmitteln um hier unsere Kommunen weiter unter die Arme zu greifen.

Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wecken in den Kommunen nur falsche Hoffnungen und Erwartungen. Das ist nicht gerade fair gegenüber den Gemeindeverantwortlichen und der Bevölkerung. Alle ÖVP-Gemeinden nehmen die Ausgleichszahlungen von Landesrat Bieler gerne an, genau so wie die SPÖ-Gemeinden, obwohl ihre eigene Partei das Budget abgelehnt hat.

Das bezeichne ich als Scheinheiligkeit Marke ÖVP. Wo liegt noch die Scheinheiligkeit? Sie sind in der Regierung, spielen Opposition, stimmen keinem Budget zu, verlangen mehr Geld, obwohl Sie wissen, dass immer mehr Aufgaben auf Länder und Gemeinden übertragen werden und das Land 35 Millionen weniger Geld bekommt.

Warum verlangen Sie das nicht von Ihrem Finanzminister? Ich darf vielleicht einige Bemerkungen zum Fall Strem machen, weil vorher schon angekündigt wurde, die Rücklegung der Anzeige gegen Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl.

Der Fall Strem fällt, als Verantwortlichem in der Landesregierung in Ihre Kompetenz. Sie kennen den Fall von Beginn der Planung bis heute. Es wäre Ihre Pflicht gewesen, Ihren Parteikollegen und Bürgermeister aufmerksam zu machen, dass die Gemeinde mit diesem Projekt überfordert ist.

Dass dieses Projekt mit diesem Budget und gewissen Voraussetzungen nicht zu realisieren ist, ansonsten könnte die Gemeinde in Turbulenzen kommen. Sie waren selbst Bürgermeister und hätten das auch wissen müssen. So könnten wir noch andere Beispiele aufzählen, wo es Versagen Ihrerseits und der Gemeindeaufsicht gegeben hat.

Der Herr Bürgermeister Vadasz aus Güssing bekommt auch über 50.000 Euro. Sein Parteivorsitzender Steindl schimpft uns im Landtag, die SPÖ, die mit ihrem Budgetbeschluss diese Zahlung erst ermöglicht hat.

Wie erklären Sie das, lieber Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Ihren Gemeindeverantwortlichen draußen? Wir als SPÖ und Gemeindevertreterverband stehen zu unseren Gemeinden.

Wir fordern daher neben dem Burgenland-Kraftpaket ein Gemeindekonjunkturpaket österreichweit, einen aufgabenorientierten Finanzausgleich für die nächsten Verhandlungen, weg mit dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und einen finanziellen Masterplan für den ländlichen Raum.

Die Wirtschaftskrise und die Ertragsanteilsituation ist nur ein Teil der Medaille, auch hausgemachte Probleme belasten derzeit einige Kommunen des Landes. Durch Ihr Aufsichtsversagen sind viele burgenländische Kommunen in Bedrängnis geraten.

Wir als Gemeindevertreterverband und SPÖ wollen als Sofortlösung die Prüfungsausschüsse der Gemeinden stärken. Das haben wir auch in der Stellungnahme zum Entwurf für die neue Gemeindeordnung dokumentiert.

Wir müssen die Gemeindeabteilung zu einem Partner und Begleiter für die Kommunen umbauen. So wie in der Vergangenheit kann es nicht weitergehen.

Bei den Devisenoptionsgeschäften, die heute bereits angesprochen wurden, haben Sie zu lange gewartet und manche Gemeinden ins offene Messer laufen lassen.

Mängel in der Gebarung wurden beseitigt. In Oberwart wurden 13 Jahre keine Überprüfungen durchgeführt. Ich glaube, wenn eine Gemeinde überprüft wird und Mängel bereits damals festgestellt wurden, genauso in Heiligenkreuz, dass dann so lange gewartet wurde, ist unmissverständlich.

Daher ist diese Situation auch herausgekommen. Besorgnis erregend ist sicherlich auch die Entwicklung in so manch anderer Gemeinde des Burgenlandes. Da ließe sich die Liste, glaube ich, noch fortsetzen. Sie fordern ein Fünf Millionen Euro-Kommunalkpaket und gleichzeitig haben Sie Verluste mitzuverantworten, die mindestens den doppelten Umfang dieses Betrages haben.

Die Gemeinden, das Land und der Steuerzahler hätten sich durch effiziente Kontrolle viele Millionen ersparen können, wenn Ihre Kontrollfunktion erfüllt worden wäre.

Wir wollen als Sofortlösung die Prüfkompetenz der Prüfungsausschüsse in den Gemeinden auf ausgelagerte Gesellschaften ausweiten. Im Burgenland gibt es derzeit zirka 100 ausgelagerte Betriebe, die von den Prüfungsausschüssen, anders als in Niederösterreich nicht kontrolliert werden können.

Langfristig wollen wir die gesamte Prüfkompetenz für die Finanzgebarung im kommunalen Bereich, damit auch der Landes-Rechnungshof das durchführen kann. Dazu ist aber eine Änderung der Bundesverfassung notwendig.

Es ist jetzt wichtig rasch eine moderne neue Gemeindeordnung auf den Weg zu bringen. Da ist, glaube ich, sicherlich nicht die Anzahl der Gemeinderäte maßgeblich, sondern der andere Inhalt.

Und zweitens, dass diese kostspielige Kontrollkrise, sofort beendet wird und die Gemeindeabteilung zu dem gemacht wird, was sie in anderen Bundesländern schon ist, nämlich ein Partner der Kommunen.

Das geht aber nur, wenn die Abteilung einen politischen Referenten hat, der seine Aufgaben auch wahrnimmt. Sie, Herr Gemeindereferent Landeshauptmann Stellvertreter Steindl, fordere ich als Präsident des Gemeindevertreterverbandes Burgenland, im Sinne des Antrages auf:

1. in den burgenländischen Gemeinden jedes weitere Ausufern von finanziellen Schäden auf Kosten der Steuerzahler zu verhindern
2. die Abteilung so zu führen und zu organisieren, dass sie präventiv als Serviceeinrichtung die Gemeinden begleitet, berät und kontrolliert
3. auf Warnungen Ihrer Abteilung in Zukunft zu hören und ohne zu zögern zu reagieren und
4. parteipolitisch motivierte Weisungen ausnahmslos zu unterlassen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Mich wundern schon einige Aussagen, die hier soeben getätigt wurden, ganz einfach deswegen, weil sie nicht richtig sind, weil sie - und ich betone es - unwahr sind und überhaupt nicht stimmen.

Es wurde bereits in der Vergangenheit einige Male festgestellt, dass die Wohnbauabteilung kein Darlehen vergeben hat, sondern dass die Wohnbauabteilung Zinsenzuschüsse zu einem Darlehen gibt.

Das heißt, die Gemeinde hat ein Darlehen aufgenommen. Das hat die Gemeindeabteilung genehmigt und die Wohnbauabteilung gibt dazu einen Zinsenzuschuss. Also zu behaupten, dass die Wohnbauabteilung ein Darlehen gegeben hat, ist einmal falsch, unrichtig und unwahr.

Genauso die Behauptungen bei Eberau falsch waren, wo mir auch bald die Schuld gegeben worden wäre, bis hin zur Brieffälschung und anderen Dingen. Ähnlich die Vorgangsweise in diesem Fall, was die Gemeindeabteilung betrifft, nämlich dass immer wieder behauptet wird, die Wohnbauabteilung hat ein Darlehen gegeben.

Richtig ist, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Richtig ist, dass Sie gesagt haben, ich habe den Startschuss gegeben!)* dass es ein Zinsenzuschuss zu einem Darlehen ist. Sie sind der Spezialist - wie der Kollege Sagartz - der selbst nichts tut und anderen die Schuld gibt, wenn etwas nicht funktioniert.

Das ist die Vorgangsweise in der Regierung sein, Opposition sein, nichts zu arbeiten und sich zurückzulehnen, dann tritt das Chaos auf wie das in der Gemeindeaufsicht in der Vergangenheit der Fall war. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Punkt ist die Personalsituation. Unter Gerhard Jellasitz hat es in den Gemeinden 96/97/98 sieben Mitarbeiter in der Gebarungsprüfung gegeben und es gab 41 Prüfungen vor Ort. In den Jahre 2002 hat es mit einem Mitarbeiter weniger, mit sechs Mitarbeitern, null Prüfungen gegeben.

Im Jahr 2004 - ebenfalls null Prüfungen. Also da frage ich mich, wenn unter Gerhard Jellasitz 41 Prüfungen gemacht werden konnten, mit sieben Mitarbeiter und dann werden mit sechs Mitarbeiter null Prüfungen gemacht, wo hier die Arbeit und die Aufsicht und die Verantwortung, die politische Verantwortung, des politischen Referenten gelegen ist?

Der natürlich als Regierungsmitglied bezahlt wird und damit auch eine Verantwortung für seine Ressorts hat und auf der anderen Seite dagegen ist, dass der Proporz aufgehoben wird, aber nicht darauf schaut, damit auch wieder 40 Prüfungen, 35 Prüfungen, wenn um einer weniger ist, gemacht werden.

Diese Vorgangsweise ist ja nicht nachvollziehbar. Denn, wenn unter Jellasitz mit sieben Mitarbeiter über 40 Prüfungen gemacht wurden, dann ist nicht einzusehen, dass unter Steindl zwei Jahre lang null Prüfungen, mit einem Mitarbeiter weniger, gemacht wurden. Auch das möchte ich klar feststellen.

Aktuell haben wir jetzt neun Mitarbeiter in der Gemeindeabteilung plus zwei, die vielleicht nicht voll anzurechnen sind, die von der Jugendabteilung gekommen sind, so dass es in Summe zur Zeit elf Mitarbeiter in der Gemeindeabteilung gibt, (*Abg. Mag. Georg Pehm: So viel wie noch nie!*) so viel wie noch nie.

Ich muss dazu sagen, so viele Mitarbeiter hat es in der Gemeindeabteilung überhaupt noch nicht gegeben. Hier würde ich mir auch erwarten, dass auch in diesem Bereich die Wahrheit gesagt wird, (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die sind alle da? – Abg. Christian Illedits: Einer ist im Krankenstand!*) nämlich dass es neun qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, die im Augenblick alle anwesend sind und arbeiten.

Die sehr gut arbeiten und auch die entsprechenden Prüfungen vor Ort machen, die Beratungen vor Ort machen. Mit neun Mitarbeitern, denke ich, wird das auch ausgezeichnet gelöst. Man muss sich ganz einfach um seine Abteilungen kümmern. Das ist die politische Verantwortung.

Jeder hat sein Aufgabengebiet und da kann er nicht zuschauen, wie Devisenoptionsgeschäfte gemacht werden, und den anderen die Schuld gegeben wird.

Immer wenn die Wahrheit gesagt wird... (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: 345.000 Euro insgesamt! Über die 31 Millionen Euro vom Land, davon reden Sie nicht, Herr Landeshauptmann! Das sind die Verhältnisse, die es zu diskutieren gibt! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*)

Nächster Punkt, die Devisenoptionsgeschäfte: Als rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht wurde, dass wir im Land ein Gutachten haben, zwei Gutachten haben und es eigentlich intelligent wäre, diese Gutachten auch von der Gemeindeabteilung sozusagen als Serviceleistung den Gemeinden zur Verfügung zu stellen, wurde gesagt:

Eigentlich brauchen wir das nicht, die Gemeinden sind autonom, was interessieren uns Universitätsgutachten, die wir in Auftrag gegeben haben. Das soll das Land verwenden für seine Finanzgeschäfte, aber die Gemeinden sind autonom und wir richten uns nicht nach Gutachten. Die Gemeindeabteilung schaut drüber, dass eine Gemeinde ohne Gemeinderatsbeschlüsse Devisenoptionsgeschäfte macht.

Ja, wenn das eine verantwortungsvolle Tätigkeit ist, dann kann ich nur sagen, das verstehe ich nicht unter verantwortungsvoller Tätigkeit.

Wenn man sich nicht einmal um die eigenen Abteilungen kümmert, dass die entsprechenden Beratungen durchgeführt werden, die entsprechende Aufsicht durchgeführt wird, obwohl nur um eine Person weniger ist, als das in den vergangenen Jahren der Fall war.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann ist es wirklich besser, man schafft den Proporz ab, man nimmt dort Leute hin, die sich um ihre Abteilungen kümmern, die schauen, dass effizient gearbeitet wird und die schauen, damit auch in entsprechender Weise die Serviceleistungen und auch die Kontrollen der Gemeinden in entsprechender Qualität, in entsprechender Quantität, erfolgen.

Das war nicht der Fall. Dass null Überprüfungen gemacht werden, das gibt es in ganz Österreich nicht. Das ist ein Unikat im Burgenland, das man sich so wenig um seine Abteilungen kümmert. *(Beifall bei der SPÖ)*

Der nächste Punkt, bitte auch ganz interessant, reiht sich in die ganzen Unterstellungen und Unwahrheiten ein, da kommen noch eine ganze Partie in den nächsten Wochen, nehme ich an, noch mehr als schon in der Vergangenheit.

Sie sind der Spezialist - ich habe es schon gesagt - die Überprüfung der Bezüge in den Gemeinden. Der Abgeordnete Pongracz sagt: Vor 30 Jahren hat das der Gemeinderat in Oberwart beschlossen. Seit 20 Jahren macht die Gemeindeabteilung die Überprüfung dieser Bezahlungen, weil es ja logisch ist, dass die Gemeinde... *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Stimmt ja nicht!)*

Natürlich stimmt das! Sie können nicht sagen das stimmt nicht *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sie sind verantwortlich! - Abg. Edith Sack: Seid Ihr überhaupt für etwas verantwortlich? – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Noch einmal, ich erkläre es Ihnen - hören Sie mir bitte zu! *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das müssen Sie dem Landesrat Bieler erklären, nicht mir!)* Ich sage es noch einmal. Sie sind nicht am Wort, Sie reden. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ihm müssen Sie es erklären!)*

Ich sage es Ihnen gerne noch einmal, ich sage es Ihnen auch dreimal. Sie brauchen es wahrscheinlich viermal. Ich sage es noch einmal: Vor 30 Jahren hat der Gemeinderat von Oberwart beschlossen, dass es diesen 15. Bezug gibt.

Seit 20 Jahren überprüft die Gemeindeabteilung die Bezüge der Gemeindebediensteten, weil es ja mäßig intelligent wäre, Herr Kollege Strommer, wenn nicht nur die Gemeindeabteilung das macht, wenn noch eine zweite Abteilung hinfährt, um dort auch eine entsprechende Arbeit zu machen.

Also hat die Landesregierung vor 20 Jahren schon gesagt, vorausschauende intelligente Leute, natürlich macht das die Gemeindeabteilung mit, wenn sie schon vor Ort sind, und nicht auch noch eine andere Abteilung dort wieder zusätzliches Personal braucht, die dann wieder dort hinausfahren. Das wäre ja wirklich mäßig intelligent. Das wird seit 20 Jahren nicht anders gemacht.

Und wenn Sie mir jetzt die Schuld geben, dass in Oberwart der Gemeinderat vor 30 Jahren etwas beschlossen hat und seit 20 Jahren das die Gemeindeabteilung macht, und ich bin jetzt schuld, dass es 15 Bezüge gibt, dann machen Sie sich wirklich lächerlich, aber das ist offensichtlich Ihr Ziel. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wieder die nächste Unwahrheit. Natürlich habe ich eine Weisung erteilt, dass der Rechnungshof doch endlich auch schauen soll, dass die Gemeindeabteilung ordentlich arbeitet. Also das ist doch auch meiner Meinung nach wichtig, wenn die nicht einmal das

elektronische Prüfsystem in Betrieb nehmen, das interessiert offensichtlich auch keinen Menschen.

Ganz Österreich hat bei den Gemeindeprüfungen das elektronische Prüfsystem eingeführt, nur in einem Bundesland ist es nicht eingeführt. Mittlerweile ist es auch dort, bei uns im Burgenland, eingeführt.

Aber das interessiert auch offensichtlich niemanden. Das funktioniert überall, man kann rasch überprüfen, man kann effizienter überprüfen. Jetzt wird es im Burgenland auch eingesetzt.

Deswegen mein Hinweis: Bitte klärt, damit es die Mitarbeiter mit dem elektronischen Prüfsystem machen. Mittlerweile machen sie das, mittlerweile kümmert sich auch der Rechnungshof darum, dass dort die entsprechenden Strukturen aufgebaut werden.

Und ich kann Ihnen sagen, die werden mit neuen Mitarbeitern, die sie jetzt haben, genauso viele Prüfungen oder noch mehr Prüfungen machen, wie unter Gerhard Jellasitz. Wenn man sich darum kümmert. Wenn man die entsprechenden technischen Möglichkeiten auch tatsächlich nützt. Man muss sich nur darum kümmern.

In der Regierung zu sein, Opposition zu machen, aber dagegen zu sein, dass der Proporz abgeschafft wird, dagegen zu sein, dass man sich in die eigene Abteilung begibt und sagt, wo gibt es Probleme? Warum machen wir das nicht? Brauchen wir Fortbildung? Brauchen wir Ausbildung? Brauchen wir mehr Qualifikation? Das können wir alles anbieten.

Das ist alles nicht geschehen. Es wurden null Überprüfungen gemacht und deswegen sage ich, das ist ein absolutes Versagen, wie es das im Land Burgenland noch nie gegeben hat.

Hier sich nicht darum zu kümmern, hat zu Schädigungen der Gemeinden geführt, ob das bei den Devisenoptionsgeschäften war, ob das in anderen Bereichen ist.

Hier müssen die Strukturen geändert werden, hier muss man sich, wie jeder andere Verantwortliche in der Regierung, um diese Abteilungen auch persönlich kümmern und dafür sorgen, dass hier einerseits Service für die Gemeinden geboten wird und andererseits natürlich auch die entsprechende Kontrolle ausgeübt wird.

Und zu den ausgelagerten Gesellschaften noch ein Satz: Da werden wir uns hier in diesen Räumlichkeiten noch einige Male darüber unterhalten, weil da wird einiges zutage kommen, was in diesen ausgelagerten Gesellschaften in manchen Gemeinden passiert ist. Das ist nur der Anfang und hier hat man auch bis jetzt in vielen Bereichen weggeschaut. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Christian Sagartz, BA zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zum Dringlichkeitsantrag der SPÖ eine Klarstellung:

Also, Herr Landeshauptmann, wenn Sie mich gleich schon in den ersten beiden Sätzen Ihrer Wortmeldung erwähnen, ich nehme an, das haben Sie ja nicht absichtlich gemacht, dass Sie mich namentlich verunglimpft haben. Aber, was Sie sicherlich absichtlich gemacht haben, war ... *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das können Sie am besten.)* Ihren Namen verunglimpfen?

Ihren Namen, Herr Landeshauptmann, habe ich noch nie verunglimpft. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Nein, nicht den Namen verunglimpfen. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Den Namen verballhornen, ist nicht notwendig. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Na ja, aber Sie haben ja meinen Namen verunglimpft. *(Zwischenruf aus den Reihen: Verballhornen! So wie Dr. Hans Niessl zum Beispiel.)* Das war wahrscheinlich ein Fauxpas. Ja, Sie haben sich versprochen, nehme ich an.

Herr Landeshauptmann, Sie nannten mich „der Sagartsch“ und so heiße ich nicht. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Er nimmt sich viel zu wichtig. Das ist nicht so tragisch.)*

Macht nichts. Ich habe gut aufgepasst, Sie offensichtlich bei Ihrer eigenen Wortwahl etwas weniger.

Was Sie sicherlich auch bewusst gemacht haben, Herr Landeshauptmann, ist, dass Sie den Personalbrief, den Ihnen der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter und auch der Herr Abteilungsleiter Weikovics damals geschrieben hat, wo er Sie explizit darauf hingewiesen hat, dass die Personalsituation in der Gemeindeabteilung nicht optimal ist, *(Zwiegespräche in den Reihen – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* da möchte ich Ihnen schon sagen, da steht die Antwort bis heute aus.

Und wenn Sie sich jetzt herstellen und dem Landeshauptmann-Stellvertreter vorwerfen, er hätte mit elf Personen den höchsten Personalstand in der Gemeindeabteilung zu verzeichnen, den es jemals gab, dann muss man eben dazu sagen, wie sind diese Leute einsetzbar?

Das haben Sie nur ganz leicht angedeutet, bei den zwei Personen aus dem Jugendreferat. Dann haben Sie sich sofort darauf gestützt, *(Abg. Mag. Georg Pehm: Arbeiten die nichts?)* dass alle anderen - entschuldige, wenn man im Jugendreferat gute Arbeit leistet und dort kann ich es ein wenig beurteilen, weil dort habe ich ja längere Zeit im Jugendforum und im Jugendbeirat mitgearbeitet, *(Abg. Christian Illedits: Das kann nicht stimmen: Du warst einmal auch dort. Da habt Ihr Parteipolitik gemacht.)* was diese Kollegen dort geleistet haben.

Für Parteipolitik, Kollege Illedits, für die sind wir beide zuständig, also da werden wir uns kein Blatt vor den Mund nehmen.

Aber dort kann ich es beurteilen. Und ich glaube nicht, dass jemand, der Agrarförderungen macht, jetzt plötzlich für die Gemeindeaufsicht zuständig sein kann, genauso wie jemand, der in der Tierschutzabteilung arbeitet und im Veterinäramt, plötzlich für die Finanzen des Hauses zuständig sein soll.

Also, so viel Ehrlichkeit muss man sich schon zugestehen. Apropos Ehrlichkeit: Um dreiviertel eins ist hier eine Inszenierung losgegangen. Eine Inszenierung, die ich schon ins rechte Licht rücken möchte.

Kollege Pongracz, Sie sind jetzt nicht im Saal. Persönlichen Angriffe, die Sie erleiden müssen, die vielleicht Ihre Familie erleiden müssen, da haben Sie mein vollstes Verständnis und ich sage Ihnen, das ist nicht korrekt. Aber trotzdem, wo ist Ihr Beistand, wenn es um andere geht?

Wo war Ihr Beistand, wo waren die Tränen in den Augen, als andere attackiert wurden? Der Herr Bürgermeister von Zurndorf - katastrophale Situation! Ans Kreuz mit ihm! An den Pranger! *(Zwischenruf der Abg. Doris Prohaska)* Wissen Sie, was übriggeblieben ist?

Kollegin Prohaska, was ist übriggeblieben? 2.000 Euro sind übriggeblieben an Schaden. 2.000 Euro sind viel Geld und man kann mit 2.000 Euro wohl eingesetzt Gutes bewirken.

Aber, was Sie inszeniert haben, welche Hatz gegen Einzelpersonen, die ist einzigartig in der Geschichte dieses Landes und das passiert ausdrücklich deshalb, weil Sie mit Ihrer absoluten Mehrheit, der SPÖ, überfordert sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

Der Kollege Strommer hat es schon angedeutet: 345.000 Euro Gesamtschaden, damals hochgerechneter Schaden, der ja nicht entstanden ist, wurde verglichen mit 31 Millionen Euro, ebenfalls noch nicht entstandener Schaden, bei den Veranlagungen des Landes.

Dort hat sich der Herr Landesrat Bieler zu Wehr gesetzt und gesagt: Das ist nicht zustande gekommen, das ist ein Vergleich von Äpfel und Birnen und er hat uns alles geheißt. Wir könnten nicht zählen, wir könnten nicht den Taschenrechner benutzen.

Ja, aber die 345.000 Euro, die ja ebenfalls nicht zustande gekommen oder schlagend geworden sind, die wurden plötzlich hochgerechnet. Die fanden sich in jeder Zeitung, da wurde jeder einzelne Bürgermeister an den Pranger gestellt.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Sie schützen hier ein System, das Ihre eigenen Kollegen in den Kommunen attackiert. Das sollten Sie sich wohlweislich überlegen. Wir stehen hinter den Gemeinden! Sie verunglimpfen diese! *(Beifall bei der ÖVP)*

Zum Fall Strem: Eines muss man schon sagen. Hier wird die Justiz als Instrument der Politik benutzt. Wenn Sie sich das ansehen, wie oft hier jemandem gedroht wird, dass der Staatsanwalt eingeschaltet wird, dass Sachverhaltsdarstellungen dargestellt werden, als wären es vollendete Gerichtsprozesse.

Hier wird oft dieser Landtag als politisches Tribunal benutzt und die Justiz gleichzeitig dazu missbraucht.

Das haben wir alle miteinander nicht notwendig und die Einstellung der Erhebungen gegen Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl hat eines gezeigt, er hat es heute schon eingemahnt.

Herr Landeshauptmann, haben Sie gut zugehört, was der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter vorgelesen hat? Was die Staatsanwaltschaft berichtet hat? Die interne Kommunikation hat versagt.

Ja, heute haben Sie schon mehrfach in Ihrer letzten Wortmeldung gesagt: Fachlich ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter zuständig, darum hat er sich zu kümmern und das muss er machen.

Selbstverständlich, aber wer ist dann für die organisatorische und interne Kommunikation zuständig? Herr Landeshauptmann, wissen Sie die Verantwortlichkeit? Es ist der Herr Landesamtsdirektor und Sie!

Also, was hat die Staatsanwaltschaft jetzt berichtet? Das in Ihrem Bereich die interne Aufsicht, die organisatorische Aufsicht versagt hat. Das hat uns der Staatsanwalt schwarz auf weiß, in dem Fall dem Landeshauptmann-Stellvertreter übermittelt. *(Abg. Christian Illredits: Das hat er aber so nicht vorgelesen. – Landeshauptmann Hans Niessl: Ein Spezialist für Interpretation!)*

Herr Landeshauptmann, ich danke Ihnen für das Lob. Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass ich ein Spezialist für Interpretation bin, aber glauben Sie mir, viel mehr traue ich mir zu, dass ich sachlich analytisch bin.

Und da sage ich Ihnen, Herr Landeshauptmann, Sie haben hier inszeniert auf dem Rücken der Gemeinden, wer immer Ihre Helfershelfer waren, Sie müssen sich selber mit dieser Schuld ... (*Landeshauptmann Hans Niessl: Straßenbauamt Frauenkirchen! Spezialist!*)

Herr Landeshauptmann, warten Sie ein bisschen, Sie können mir ja nicht folgen, wenn Sie mir dauernd dazwischen reden. (*Zwiegespräche in den Reihen*)

Glauben Sie mir, ich möchte mich ja nicht wiederholen. Ich halte mich bewusst kurz. Ich weiß, die Kollegin Prohaska wird das dann alles wieder korrigieren, deshalb lasse ich ihr den Freiraum.

Großpetersdorf hat ja Platz genug, um hier bei den Gemeindeaufsichtsversäumnissen einen Teil einzunehmen. (*Zwiegespräche in den Reihen – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*)

Herr Landeshauptmann, Sie haben auf dem Rücken der Gemeinden hier ein sehr perfides Spiel getrieben. Sie kriminalisieren, Sie haben hier Leute, die ehrlich und aufrichtig versucht haben, in ihrer Gemeinde zu arbeiten, einige habe ich genannt, zum politischen Opfer gemacht, nur um politisches Kleingeld zu kassieren.

Das ist schäbig, Herr Landeshauptmann, ... (*Landeshauptmann Hans Niessl: Ihre Interpretation ... schäbig ... – Abg. Edith Sack: Und was Sie jetzt sagen, ist kriminell. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das geht zu weit! Herr Präsident! Das lasse ich nicht zu, dass mein Mandatar als schäbig bezeichnet wird. – Allgemeine Unruhe – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was glaubt denn der? – Abg. Edith Sack: Schäbig hat doch er gesagt.*)

Also, Herr Landeshauptmann, ...

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser (*das Glockenzeichen gebend*): Zunächst einmal würde ich um Ruhe bitten. Wenn das Glockenzeichen ertönt, hat Ruhe zu herrschen.

Ich bitte erstens, die Aufmerksamkeit zu erhöhen und zweitens bitte etwas leiser zu sein und die Wortwahl zu mäßigen.

Bitte, Herr Redner, fahren Sie fort.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP) (*fortsetzend*): Ich wiederhole meinen Satz. Wie gesagt, Herr Landeshauptmann, Sie haben zu verantworten, dass hier ein perfides Spiel getrieben wird und das ist schäbig. Ich habe sicher nicht gesagt, dass Sie schäbig sind und dagegen verwehre ich mich, weil die Würde jeder Person, in diesem Haus, ist unantastbar, so wie sie jeder Person unantastbar ist.

Herr Landeshauptmann, Sie haben gesagt, ich ...

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser (*das Glockenzeichen gebend*): Ich ersuche die Mahnung, die ich vorher ausgesprochen habe, zu berücksichtigen. Jetzt ist wiederholt worden, das ist nicht das Berücksichtigen dieser Mahnung. Bitte den Stil und die Würde des Hohen Hauses zu wahren.

Bitte fortzufahren.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP) (*fortfahrend*): Ich gehe davon aus, Herr Präsident, das gilt für alle Wortmeldungen, die gefallen sind. Ich habe sicher niemanden hier als schäbig bezeichnet und ich gehe davon aus, dass der Herr Landeshauptmann, der das wortwörtlich gesagt hat, das auch nicht so gemeint hat. (*Landeshauptmann Hans Niessl: Nein! Nur der Satz! – Beifall bei der ÖVP*)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Nachdem zu dem vorliegenden Thema auch meine Gemeinde häufig genannt wurde, möchte auch ich dazu Stellung nehmen. Aber vorher natürlich eine Stellungnahme zu meinen Vorrednern.

Frau Kollegin Krojer, wenn Sie sagen, beide Parteien streiten und arbeiten nichts, die Kontrollfunktion ist nicht möglich, muss ich natürlich auch Sie kritisieren.

Sie haben gesagt, es war heute keine Fragestunde möglich und Sie konnten keine Fragen einbringen. Sie wissen wahrscheinlich sehr genau, Fragen kann man immer einbringen und ich denke, Fragen stellt man dann, wenn man sich wo nicht auskennt und wenn man etwas kontrollieren will.

Wenn Sie jetzt keine Fragen zwischendurch eingebracht haben, stelle ich mir die Frage, arbeiten Sie nichts oder wollen Sie nichts fragen, wissen oder kontrollieren?

Sie haben auch gesprochen von der Anzeige des Herrn Bürgermeisters. Ich nehme an, Sie haben diese Informationen von Ihrem neuen Gemeinderat.

Seit der konstituierenden Sitzung nach der letzten Gemeinderatswahl bis zur letzten Sitzung, am 20. Februar dieses Jahres, gab es in Großpetersdorf 14 Gemeinderatssitzungen. Herr Dr. Ranftl war inklusive der konstituierenden Sitzung von diesen 14 Sitzungen bei den ersten sechs anwesend, bei den nächsten sieben durchgehend abwesend und bei der letzten Sitzung war er wieder da.

Also, ich darf Ihnen wirklich gratulieren zu diesem neuen Gemeinderat und wünsche Ihnen viel Erfolg.

Sie haben im Prüfbericht der Gemeindeabteilung angesprochen, dass Beschlüsse des Gemeinderates aus Großpetersdorf fehlen. Wenn, dann würde ich schon darum bitten, dass Sie das wirklich so lesen, wie es da steht.

Es steht: Insgesamt ist zur Abwicklung der Projekte, die ich nachher noch nenne, wäre anzumerken, dass die betreffenden Beschlüsse des Gemeinderates zum Teil nur sehr allgemein gehalten wurden, sodass oftmals nicht klar und deutlich hervorgeht, was tatsächlich konkret beschlossen werden sollte.

Also, wenn man schon darauf hinhaut, dann bitte ganz genau und sachlich lesen. Mag sein, dass die Beschlüsse inhaltlich nicht ganz richtig oder transparent oder im Nachhinein, wie auch hier steht, schwer nachvollziehbar sind, aber bitte nicht mit Halbwahrheiten oder mit Lügen herumgehen.

Zum Thema Devisenoptionen: Es stimmt absolut nicht, wenn Sie sagen, dass Großpetersdorf mit 300.000 Euro Schulden ausgestiegen ist. Großpetersdorf ist rechtzeitig ausgestiegen durch einen Mehrheitsbeschluss der SPÖ. Die ÖVP war damals dagegen.

Wir haben einen mittelfristigen Ausstieg geplant. Als es dann soweit war und alle wussten, wir steigen mit einem Gewinn von 30.000 Euro aus, war plötzlich die ÖVP auch wieder dabei. Nur so viel zu dem, die bewegen sich, wie der Wind sich dreht.

Herr Kollege Radakovits, zu Ihrem Abänderer. Sie schreiben darin, dass Sie nur eine Kooperation mit dem Rechnungshof wollen. Ich interpretiere das jetzt nur nicht wörtlich.

Aber mehr Personal für die Gemeindeabteilung, da denke ich mir, haben Sie Angst vor dem Rechnungshof (*Abg. Leo Radakovits: Aber rechtlich!*) oder vertragen Sie keine Kritik? Oder wollen Sie ganz einfach keine Kontrolle haben? (*Abg. Leo Radakovits: Die Bundesverfassung lesen! Das geht ja gar nicht.*) Auch, dass Sie gesagt haben, wir machen die Gemeinden schlecht, das ist absolut nicht die Wahrheit.

Außerdem haben Sie gesagt, Gebarungsprüfungen vor Ort sind nicht so wichtig, weil die Beschlüsse alle an die Abteilung geschickt werden. Wenn ich jetzt diesen Gedanken weiterspinnne, heißt das doch, warum hat dann die Gemeindeabteilung eigentlich Großpetersdorf die Schuld gegeben und warum regen Sie sich über den Prüfbericht so auf, wenn eigentlich diese Vor-Ort-Kontrolle gar nicht so wichtig ist, wie Sie das gesagt haben?

Herr Landeshauptmann Stellvertreter, Sie haben gesagt, die SPÖ missbraucht ein Kontrollorgan. Mir ist da ganz klar geworden, Sie sind im Wahlkampf. Sie sagen von sich selbst auch, Sie lehnen Anpatzen ab. Sie patzen keine Gemeinde an.

Mag so sein, aber dazu haben Sie ja Ihre Handlanger und die arbeiten genauso, wie Sie sagen, dass Sie es nicht tun. Ich frage mich nur, wissen Sie das nicht? Reden Sie nicht mit Ihren Funktionären? Aber wahrscheinlich ist es so, weil Sie ganz genau wissen, dass in der ÖVP schon einige mit der Säge hinter Ihrem Sessel stehen.

Und wenn Sie zu der SPÖ sagen: Sie wollen in diesem Land nicht mehr arbeiten! Dann sage ich Ihnen: Sie können in diesem Land nicht mehr arbeiten und schon gar nicht mehr für dieses Land arbeiten! (*Beifall bei der SPÖ*)

Ich habe auch, ich weiß nicht, war es auf der Homepage oder in einer Aussendung, gelesen, ich zitiere Sie: Ich begrüße Maßnahmen, die helfen. Eben in diesen Fall der Gemeindeaufsichtsbehörde.

Dann, wie Sie uns vorgeworfen haben, der Bürgermeister soll doch vorschlagen, dass der Prüfungsausschuss der Gemeinde die ausgegliederten Betriebe prüfen soll, sage ich, Sie sollten nicht sagen, ich begrüße und heiße diese Maßnahmen willkommen. Diese Maßnahmen und diese Ideen müssten schon von Ihnen kommen und die sollten Sie nicht erst begrüßen, wie irgendetwas Neues, das daherkommt.

Im Fall Großpetersdorf wird sehr wohl von der ÖVP angegriffen und zwar vom Bezirksgeschäftsführer der ÖVP und damit auch der rechten Hand von der Frau Landesrätin Resetar und der erledigt das auf Punkt und Beistrich.

Herr Kollege Sagartz, bei Ihnen ist mir auch eindeutig klar geworden, (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ist der dort Gemeinderat?*) Sie befinden sich im Wahlkampf und Sie sind schrecklich nervös.

So, jetzt darf ich noch ganz genau auf Großpetersdorf eingehen. Ich denke, so wie ich nicht alle Gemeinden im Detail kenne, ist es vielleicht ganz wichtig, ganz kurz Großpetersdorf vorzustellen.

Das ist keine kleine Gemeinde, eine Gemeinde mit ... (*Zwischenruf des Abg. Norbert Sulyok*) Na ja, ich werde Sie fragen, Herr Kollege Sulyok, ob Sie alles wissen. Das können wir auch so machen. Frage - Antwort. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wir sind doch nicht in der Schule.*) Deswegen frage ich Sie ja auch nicht, sondern erzähle es Ihnen.

Eine Gemeinde mit 3.540 Einwohner, wir haben fünf Ortsteile. Wir haben ein Budget also im Voranschlag von 5.372.000 Euro. Wir haben ein Gemeindestraßennetz von 35 Kilometer. Wir haben ein Kanalnetz von 45 Kilometer und ich hoffe, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter vergisst nicht, dass die Gemeinden im Süden andere räumliche Bedingungen vorfinden.

Aber ich nehme an, er weiß es, denn er ist ja bei allen Festakten, wo Feuerwehrhäuser und Gemeindezentren eingeweiht werden, immer in der ersten Reihe und wenn eine Gemeinde fünf Feuerwehrhäuser hat, ist er fünfmal dort. Genauso wie alle anderen ÖVP-Funktionäre und Abgeordnete.

Und ich nehme an, es wird auch bei der Kindergarteneinweihung in Großpetersdorf und beim Sicherheitszentrum so sein.

Zuerst werden wir als Gemeinde brutal durch den Kakao gezogen und dann sitzen genau diese Herrschaften und Damen in der ersten Reihe und ergehen sich in Lobeshymnen, was sie nicht alles dazu beigetragen haben, damit diese Projekte entstanden sind.

Wir haben eine Hauptschule, drei Volksschulen, zwei Kindergärten mit insgesamt sechs Gruppen, zwei Kinderkrippengruppen mit Öffnungszeiten von 6.30 bis 18.00 Uhr, Nachmittagsbetreuung und Ferienbetreuung. Eine Musikschule, in der sehr viele Kinder aus anderen Gemeinden betreut werden und das zahlt Großpetersdorf.

Wir haben „Jugend am Werk“, wo Großpetersdorf den Berufsschulbeitrag für viele Lehrlinge aus anderen Gemeinden trägt, was sich andere Gemeinden ersparen.

Wir haben das GIP, was immer wieder erwähnt wird, was momentan ein Problem für uns ist, was wir natürlich eingestehen. Aber, was war das Ziel? Warum haben wir das GIP gebaut? Ganz einfach, um den Wirtschaftsstandort Großpetersdorf zu festigen.

Wir hatten sehr, sehr viele, sehr große Betriebe und damals war es notwendig. Dass die Wirtschaftslage sich derartig ändert, war damals nicht absehbar und das können auch die Gemeinden in anderen Gemeinden mit ähnlichen Projekten nicht vorsehen.

Wir haben 188 Betriebe mit 1.900 Arbeitsplätzen, 69 Vereine, 17 Ärzte, und, und, und. Und genauso, wie jeder andere Bürgermeister - ich nehme immer nur das Beste an - bestrebt ist, seinen Bürgern höchstmögliche Lebensqualität zu bieten, so tut das auch unser Bürgermeister und unsere Fraktion. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Wie groß ist die Fraktion derzeit?)*

Wir haben immer die Gebühren eingehoben und wir sind nach 12 Jahren das erste Mal geprüft worden im Jahre 2009. Es gibt Abrechnungen aller beider Bauten des Kindergartens und des Sicherheitszentrums und sie wurden mit Mehrheitsbeschluss der SPÖ bereits beschlossen.

Auch andere Gemeinden haben Schulden, darüber brauchen wir gar nicht reden, und wenn es jetzt nach Meinung der Kollegen aus den anderen Fraktionen dort nur Saubermänner und Sauberfrauen gibt, wo keine Fehler passieren, dann sage ich Ihnen, in Gemeinden, wo gearbeitet wird, da kann natürlich auch ein Fehler passieren.

Und nachdem Sie ja bibelfest sind, darf ich Ihnen ein Zitat bringen: Wer unter Euch ohne Sühne ist, Herr Klubobmann, der werfe jetzt den ersten ... *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sünde! Nicht Sühne!)* Nein, ich habe in der Bibel nachgeschaut, Herr Klubobmann, schauen Sie auch nach, Sühne! Der werfe den ersten Stein.

Und jetzt, liebe Kollegen, überlegen Sie, ob Sie auf Ihre Bürgermeisterkollegen und Bürgermeisterkolleginnen wirklich werfen sollten, oder ob der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter als zuständiges Organ die Verantwortung für diese Gemeinde zu tragen hat oder nicht? *(Beifall bei der SPÖ)*

Ja, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter wird immer erst dann aktiv, wenn Feuer am Dach ist. Ja, er ist ja auch der Feuerwehrreferent, genauso war es bei den Devisenoptionsgeschäften.

Allerdings ist auch dort in der ÖVP anscheinend ein anderer Weg gelaufen, denn, wenn ich bedenke, dass in der Gemeinde des Herrn Landesrat Falb-Meixner Devisenoptionen eingegangen wurden, ohne Gemeinderatsbeschluss und jetzt ist er Landesrat geworden.

Dann denke ich mir, um Landesrat zu werden, machen unsere Bürgermeister anscheinend doch etwas verkehrt, denn dazu sind sie viel zu ehrlich und arbeiten wirklich zum Wohl der Menschen in ihren Gemeinden. (*Zwiegespräche in den Reihen*)

Dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter würde ich gern noch etwas sagen und zwar: In der ÖVP ist es Zeit, einen Urwald zu roden.

Ich habe mir die Homepage der ÖVP angeschaut und ich zitiere: Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl sagt: (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Gegen die Bedrohung von Urwäldern.*) Ich habe ja den Urwald in der ÖVP gesagt, hören Sie mir bitte zu, Herr Kollege!

„Es muss endlich Schluss sein mit der Politik des Anpatzens, Miesmachens. Nichts gegen sachliche Kritik, die muss immer möglich sein. - Die ÖVP kann das sehr gut, wenn ich an den Landes-Rechnungshof denke. - Der politische Maßstab der Landespolitik darf nicht tricksen und täuschen, sondern arbeiten für die Menschen und Lösungen suchen, die gemeinsam für das Land was weiterbringen.“

Ich hoffe, er hat diese Homepage selbst auch schon gelesen. Dann hat er in einer Presseaussendung geschrieben: „Der Bund gibt, das Land nimmt. So stellt sich die Situation für die Gemeinden des Landes dar.“

Ganz dürfte das nicht stimmen, denn, Herr Kollege Sulyok, Sie schreiben in Ihrer Weihnachtsaussendung in Ihrer Gemeinde: Ich habe als Bürgermeister alles versucht, um seitens des Landes mehr Geld in die Gemeinde zu bringen - ich zitiere:

Unter dem Motto, bei der einen Tür hinaus - wahrscheinlich meinen Sie die Landesregierung - und bei der anderen wieder hinein - wahrscheinlich Ihre Gemeinde - konnten durch intensive Verhandlungen die Bedarfszuweisungen von Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl angehoben werden und von Landesrat Falb-Meixner haben Sie 100.000 Euro ausverhandelt und Landesrätin Resetar hat Ihnen für die Öffnung der Krippe zusätzlich 40.000 Euro gegeben. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist ein fleißiger Bürgermeister.*)

Herr Landeshauptmann Stellvertreter, das klingt für mich ja gerade so, ich habe gerade das Sesselsägen erwähnt, wie Goethe, der Zauberlehrling, hat der alte Hexenmeister sich doch einmal wegbegeben. (*Abg. Kurt Lentsch: Aber alt ist er nicht, der Sulyok.*)

Herr Kollege Sulyok, ich habe mir jetzt ein bisschen die Bedarfszuweisungen angeschaut und da gibt es riesige Unterschiede. Ich weiß ja nicht, meine werten Damen und Herren Kollegen von der ÖVP, ob Sie wissen, wie viel Bedarfszuweisungen Ihr linker und Ihr rechter Nachbar bekommt? (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ja!*)

Gut, vielleicht wissen Sie es, vielleicht wissen es die anderen nicht. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Seien Sie froh, dass Sie die von der SPÖ nicht wissen, weil da ist der Teufel los.*)

Ich habe mir von 2008 und 2009 ... (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Aber ich kann Ihnen die Liste auch geben.*) Ja, ich möchte es trotzdem sagen, auch wenn der Teufel los ist, 2008, 2009 und ich habe das dann aufgerechnet durch die Einwohner pro Kopf:

Spitzenreiter ist Bildein. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Vier Uhr ist es.*) Da ist jeder Einwohner dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter 249 Euro wert. Gleich danach kommt dann Unterrabnitz 160 Euro, dann kommt allerdings Neuhaus am Klausenbach 148, Schachendorf 119 und so weiter.

Herr Präsident Lentsch, Sie sind der Letzte, 28,30 Euro ist Ihr Gemeindeglieder dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter wert. Ich erspare mir jetzt alle anderen. Radakovits ist Fünfter mit 117 und so weiter.

Herr Kollege Weghofer, Sie sind auch ziemlich weit hinten, 39,6 Euro, Sie sind auch weit hinten, weit hinten. (*Zwiegespräche in den Reihen – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Frau Kollegin, schauen Sie mal Tschanigraben!*)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Ich bitte um Ruhe!

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ) (fortsetzend): Es ist ja niemand von Tschanigraben da.

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Es ist keine Fragestunde, bitte die Rednerin fortfahren zu lassen.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ) (fortsetzend): Ich muss noch etwas sagen, was mir persönlich ganz stark weh getan hat, und zwar wir wissen, die Gemeinden sind finanziell in Nöten und jetzt muss ich noch einmal, nachdem ich eben in dieser Gemeinde sehr viel zu tun habe, auf den Herrn Bürgermeister Sulyok zurückkommen, auf das letzte Flugblatt, das Sie ausgeschickt haben, wo Sie sagen, die Gemeinde hat aus dem Jahre 1994, 2,2 Millionen Euro Schulden.

Warum sagen Sie nicht, dass das die Schulden sind, als der Kanal gebaut wurde? Hätte Sie den Kanal nicht gebaut, hätten Sie die Hauskläranlagen erhalten. So kann man natürlich Geld sparen. Aber ich denke, jeder Bürgermeister sollte schon schauen, dass seine Gemeinde up to date ist. (*Abg. Norbert Sulyok: Wir haben 1,6 Millionen Euro heuer investiert.*)

Aber, wenn Sie so Sparmeister sind, ist es wahrscheinlich auch der Grund, warum Sie Ihr Freibad nicht sanieren und die Menschen alle in ein anderes Freibad gehen sollen, weil vorher das absparen, damit man es sich nachher kaufen kann, das spielt es in Gemeinden jetzt nicht mehr, Herr Kollege.

Eines noch: Der Prüfungsausschuss in Ihrer Gemeinde hat bekrittelt, dass die Stromkosten sehr hoch sind. Am Friedhof brennt das Licht in der Nacht und die Straßenlampen. (*Abg. Norbert Sulyok: Wir haben Maßnahmen gesetzt. Es wird abgedreht.*)

Ja und zu diesen Maßnahmen möchte ich jetzt kommen, Herr Kollege Sulyok. Ich finde, seien Sie jetzt ehrlich und sagen Sie es und das finde ich echt fies. Der Vizebürgermeister Ihrer Gemeinde, SPÖ Vizebürgermeister, arbeitet seit 30 Jahren bei der BEWAG.

Sie sind zur BEWAG gegangen und haben die Rute ins Fenster gestellt, den Anbieter zu wechseln, so dass sich der Vizebürgermeister ... (*Zwiegespräche in den Reihen – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) Es gibt Zeugen für dieses Gespräch und wenn das Ihre christlichen, demokratischen, sozialen Grundwerte sind, Danke schön, wirklich.

Ja, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich darf Ihnen jetzt nur mehr sagen, entweder sind Sie zu bequem oder überfordert und können Ihrem Amt nicht nachkommen.

Gehen Sie endlich weg vom Weg der großen Worte! Schreiten Sie zu großen Taten! Sie sind es den Menschen im Land schuldig! *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Radakovits eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Dringlichkeitsantrag Ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend das Aufsichtsversagen auf Kosten der burgenländischen Gemeinden und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist somit mehrheitlich angenommen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 16 Uhr 00 Minuten